

HESSEN ERNEUERN.

Sozialdemokratisches Regierungsprogramm für Hessen 2014-2019

**Vorläufige Fassung
vorbehaltlich redaktioneller Änderungen**



SPD-Landesverband Hessen

V.i.S.d.P.: Michael Roth MdB (Generalsekretär)

Vorsitz der Programmkommission: Gernot Grumbach, MdL

Koordination: Timon Gremmels, MdL

Ansprechpartner: Michael Fraenkel (Programmreferent)

Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 999 77- 38

Telefax: (0611) 999 77-11

E-Mail: Programmkommission@spd-hessen.de

Internet: www.spd-hessen.de

Übersicht

o. WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK.....	1
Wir hören zu, bevor wir entscheiden.	1
Wir stehen ein für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.	1
Wir werden Hessens Zukunft tatkräftig gestalten.	1
Wir wollen mehr Zusammenhalt.....	2
Daseinsvorsorge stärken	2
Wir machen Politik aus einem Guss.	2
Wir wollen mehr Demokratie wagen.....	3
Wir sind bereit für den Wechsel.....	3
1. Gute Bildung von Anfang an	4
Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz.....	4
1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit.....	5
Gute Bildung von Anfang an	6
Jedes Kind mitnehmen	6
Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden!	7
Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt	7
Verantwortung in Selbstständigkeit.....	8
Berufliche Bildung weiterentwickeln.....	8
Eine qualifizierte Erstausbildung	9
Schulen in freier Trägerschaft	10
Neue Lehrerbildung.....	10
Lebensbegleitendes Lernen.....	10
1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen	11
Schwarz-Gelbe Bildungspolitik: Große Worte, keine Taten.....	11
Studiengebühren nein – BAföG verbessern	12
Soziale Öffnung der Hochschulen.....	12
Verlässliche Finanzierung.....	13
Fehler des Bologna-Prozesses korrigieren	13
Forschung und Lehre gehören zusammen	14
Demokratische und soziale Hochschule	15
Nichtstaatliche Einrichtungen.....	15
2. Gute Arbeitsbedingungen für eine starke und innovative Wirtschaft	17
.....	17
2.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt	17
Sichere und faire Arbeit	17
Endlich dynamischer Mindestlohn	17
Familienfreundliche Arbeit	18
Kein Jugendlicher ohne Ausbildung	18
Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit.....	18
Gute Arbeitsplätze durch guten Arbeitsschutz	19

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	19
Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	19
Dienstrecht	20
2.2. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen.....	20
Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen!	20
2.3. Unsere Wirtschaftspolitik	21
CDU-Landesregierung ohne Ideen	21
Innovation in der Wirtschaft	22
Faire Bedingungen für den Mittelstand	23
Außenwirtschaft und Standortsicherung.....	23
Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht	24
Ausbau des Breitbandnetzes	25
Tourismus.....	25
Dem Fachkräftemangel begegnen	25
2.4. Finanzen für die Zukunftssicherung	25
Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main.....	25
Neue Herausforderungen.....	26
Sparkassen	26
Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba).....	27
WI-Bank wird zur Hessenbank	27
Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft	27
2.5. Neue Energie für Hessen!	29
Abschalten allein reicht nicht	29
Energiewende als Chance.....	29
Es muss bezahlbar bleiben	29
Chance für Kommunen	29
Chance für Demokratie.....	30
Keine Investitionen in die Vergangenheit.....	30
Die Vielfalt bringt es.....	31
Neue Speicher und Netze	33
Forschung.....	33
Intelligenter Verkehr	33
2.6 Mobilität sichern.....	33
Schwarz-gelbe Politik der Worthülsen.....	34
Moderne Verkehrspolitik.....	35
Internationale Bauausstellung "Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität"	
.....	35
Schienenverkehr	36
Verlagerung von Güterverkehr	36
Ballungsraum und ländlicher Raum	36
Hessische Verkehrsverbünde.....	37
Sanierungsstau abarbeiten.....	37
Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen.....	37
Lärmschutz.....	37
Verkehrssicherheit.....	38
Fahrradverkehr	38
Fußgängerinnen und Fußgänger	38

2.7 Ehrliche Politik für Flughafen und Region	38
Landespolitische Handlungsmöglichkeiten	39
Neuer Flughafenkonsens.....	40
Bundes- und europapolitische Initiativen	41
Gute Arbeitsbedingungen am Flughafen	42
Regionalflughafen Kassel-Calden	42
3. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt wieder stärken	43
3.1 Soziale Gerechtigkeit	43
14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit	43
Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft	43
Hessen zum Familienland machen	44
Kinder und Jugendliche im Zentrum	44
Politik für Ältere und Senioren	45
Aktionsprogramm Armutsbekämpfung und Sozialbudget	46
Gesundheitsland Hessen	47
Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung.....	48
3.2. Ehrenamt macht Spaß	49
Sport verbindet.....	50
3.3 Gutes Wohnen für alle	51
Bezahlbare Wohnungen	51
Öffentliche Wohnungswirtschaft.....	53
Soziale Stadt	53
Schutz der Mieterinnen und Mieter	53
4. Gutes Leben in Stadt und Land	55
4.1. Den ländlichen Raum fördern	55
14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum.....	55
Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten.....	55
Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten	56
Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern	57
Innenentwicklung hat Priorität.....	58
4.2. Städtische Zentren und den Ballungsraum Rhein-Main gestalten.....	58
Gegen die soziale Spaltung.....	59
Die Regionen gestalten.....	59
Region Rhein-Main	60
4.3. Kommunen stärken.....	61
5. Hessens demokratische und liberale Tradition stärken	64
5.1 Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung	64
5.1.1 Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen ist notwendig!.....	64

5.2. Für ein tolerantes Hessen	66
5.3. Weltoffenes Hessen.....	67
14 Jahre vergebene Chancen für die Integration.....	67
Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis	68
Integration durch Bildung und Sprache.....	68
Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern.....	69
Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt konsequent bekämpfen.....	70
Flüchtlinge	70
Politische Teilhabe als Schlüssel	71
Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands.....	71
Kultursensibler Umgang mit älteren Migrantinnen und Migranten	72
Die Mehrheitsgesellschaft einbinden	72
5.4 Liberales und sicheres Hessen	72
Datenschutz.....	72
Polizei.....	73
Justiz und Justizvollzug	74
Verfassungsschutz.....	76
Initiativen gegen Rechts	77
Feuerwehr und Katastrophenschutz.....	78
5.5 Wieder mehr Demokratie wagen.....	78
6. Hessen international	81
6.1 Hessen in Europa: Die Krise als Chance begreifen	81
6.2 Hessen in der Welt	83
7. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz	86
7.1. Naturschutz	86
7.2. Wald und Landwirtschaft	87
Der hessische Wald.....	87
Landwirtschaft	88
7.3. Gesunde Umwelt	89
Wasser	89
Saubere Luft.....	90
Abfall.....	90
7.4. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucherinnen und Verbraucher	91
Gentechnikfreie Nahrungsmittel.....	91
7.5. Tierschutz	92
Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen.....	92
Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung.....	92

Tierversuche.....	93
Mitwirkungsrechte stärken	93
8. Kultur, Medien und Netzpolitik.....	94
8.1. Kunst in Hessen	94
Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern	94
Theaterförderung und regionale Kooperation	95
Museen	95
Soziokultur und regionale Kulturförderung	95
Kreativwirtschaft und Filmförderung	96
Kulturkooperation und Kulturfonds.....	96
Musikförderung	96
Literatur.....	96
Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur.....	97
Bildende Kunst	97
8.2 Medien und Netzpolitik.....	97
Modernisierung des Rundfunkauftrags.....	97
Vielfältige Presselandschaft erhalten	98
Medienkompetenz fördern	98
Netzpolitik in Hessen	99
9. Verantwortliche Finanzpolitik	100
9.1 Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen	100
9.2 Notwendige staatliche Aufgaben.....	101
9.3 Steuergerechtigkeit herstellen.....	102

1 **o. WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK.**

2
3
4 Wir hören zu, bevor wir entscheiden.

5 Unsere Politik ist seit 150 Jahren einem ambitionierten Ziel verpflichtet: Wir wollen
6 die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen konkret und spürbar verbessern.
7 Das gelingt nur, wenn man ihre Probleme und Sorgen aber auch ihre Wünsche und
8 Vorstellungen kennt – und anerkennt. Wir haben uns die Zeit genommen,
9 zuzuhören. Darum haben wir hessenweit einen offenen Dialog geführt: mit
10 interessierten Bürgerinnen und Bürgen, Institutionen und Verbänden und nicht
11 zuletzt mit vielen engagierten Mitgliedern unserer HessenSPD. Darauf sind wir
12 stolz. Und wir bedanken uns für die große Bereitschaft vieler, uns auf dem Weg zur
13 Erneuerung unseres Landes kritisch zu begleiten und aktiv zu unterstützen.

14 Das Ergebnis dieses lebendigen Austauschs findet sich in unserem
15 Regierungsprogramm für Hessen wieder. Viele wertvolle Impulse aus der Mitte
16 unserer Gesellschaft, die unsere eigenen Vorschläge noch verbessert haben,
17 konnten darin berücksichtigt werden. Damit sind wir gut gerüstet für den Politik-
18 und Regierungswechsel, für die gemeinsame Arbeit an einer sozial gerechten,
19 solidarischen Gesellschaft.

20
21 Wir stehen ein für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

22 Die Maßstäbe, die wir an alle Vorschläge angelegt haben, sind unsere Grundwerte:
23 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie schaffen den verlässlichen Kompass für
24 unsere tägliche Arbeit. Wie konkret diese Grundwerte unser Handeln bestimmen,
25 zeigen drei kurze Beispiele:

26 Freiheit muss auch materiell abgesichert werden. So hat zum Beispiel jede
27 Abiturientin und jeder Abiturient zwar die Freiheit zu studieren – oft aber fehlen
28 dafür die finanziellen Mittel. Deshalb sind wir Sozialdemokratinnen und
29 Sozialdemokraten für ein auskömmliches BAföG und gegen Studiengebühren.

30 Soziale Gerechtigkeit muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Noch immer
31 verdienen viele Frauen bei gleicher Tätigkeit deutlich weniger als Männer. Deshalb
32 machen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für gleiche Löhne bei
33 gleicher Arbeit stark.

34 Solidarität basiert auf Achtung und Respekt. Tatsächlich aber werden Menschen,
35 die in Not geraten sind, häufig auch noch ihrer Würde beraubt. Deshalb setzen wir
36 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für soziale Rechte ein und
37 verhindern, dass Menschen zu Bittstellern gemacht werden.

38
39 Wir werden Hessens Zukunft tatkräftig gestalten.

40 Ganz gleich, ob es um globale Veränderungen in der Arbeitswelt oder den
41 weltweiten Klimawandel geht: Es reicht nicht, sich mit den herrschenden
42 Verhältnissen zu arrangieren. Daher werden wir Veränderungen aktiv in Angriff
43 nehmen – mit Ideen und Konzepten, die das Leben besser machen und die Probleme
44 der Zukunft nachhaltig lösen. Wir lassen nicht den Einzelnen mit diesen
45 tiefgreifenden Veränderungen alleine. Wir sind einer solidarischen Gesellschaft
46 verpflichtet, in der es keine Verlierer geben darf.

1 Wir wollen mehr Zusammenhalt
2 Anders als die derzeitigen Regierungsparteien werden wir Sozialdemokratinnen
3 und Sozialdemokraten den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken –
4 ganz in der sozialdemokratischen Tradition: Hessen vorn. Die Überwindung der
5 Ellenbogenmentalität kommt allen zugute. Daher darf niemandem die Teilhabe am
6 gesellschaftlichen Leben auf Grund seiner Herkunft und seiner sozialen Lage
7 verwehrt bleiben. Wer Hilfe benötigt, muss sie erhalten. Wer wenig verdient,
8 verdient einen Mindestlohn. Wer lange arbeitslos war, wird auf dem Weg zu neuer
9 Berufstätigkeit unterstützt. Und wer Schwierigkeiten in der Schule hat, soll
10 gefördert und nicht ausgegrenzt werden.

11 Dieses neue Miteinander ersetzt nicht den Einsatz und das Engagement eines jeden
12 Einzelnen. Es ersetzt aber die ungerechte Politik der schwarzgelben
13 Landesregierung, die sich mit der wachsenden Spaltung Hessens abgefunden hat.
14 Die HessenSPD hat den Mut und die Bereitschaft zur Veränderung. Dabei vertrauen
15 wir auf viele Partnerinnen und Partner. Wir vertrauen auf unsere Gewerkschaften
16 und Betriebsräte, mit denen wir seit an Seit für die Würde der Arbeit kämpfen. Wir
17 vertrauen den Kirchen und Religionsgemeinschaften, die als Gestalter, Mahner und
18 Vermittler unverzichtbar sind in einer werteorientierten Gesellschaft. Wir vertrauen
19 verantwortungsbewussten Unternehmen, die für gute Arbeit und starke Wirtschaft
20 eintreten. Wir vertrauen auf Künstlerinnen und Kulturschaffende, die mit ihrer
21 Kreativität unser Land inspirieren und bereichern. Wir vertrauen auf den
22 ehrenamtlichen Einsatz vieler Vereine und Organisationen, die Menschen
23 zusammenführen und ihnen eine Heimat vor Ort bieten. Wir vertrauen auf
24 Bürgerinnen und Bürger, die mit viel Engagement unser Land voran bringen.

25

26 Daseinsvorsorge stärken

27

28 Land, Städte und Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit erhalten, beispielsweise
29 die Wasserversorgung, die Energieproduktion oder die Abfallentsorgung selbst zu
30 organisieren. Die Daseinsvorsorge ist ein öffentlicher Auftrag. Nur die öffentliche Hand
31 kann sicherstellen, dass hessenweit vergleichbare Zugangsvoraussetzungen
32 geschaffen werden. Die Versorgung mit schnellen Internet-Breitbandzugängen zeigt,
33 dass private Anbieter nur die lukrativen Städte und Ballungsräume anbinden und der
34 ländliche Raum für sie wirtschaftlich nicht interessant ist. Wir Sozialdemokratinnen
35 und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass Güter und Einrichtungen, die für die
36 Daseinsvorsorge wichtig sind, nicht weiter privatisiert werden.

37

38 Wir machen Politik aus einem Guss.

39 Weil das Leben mehr ist als die Summe seiner Teile, darf auch Politik nicht länger
40 Stückwerk sein. Arbeit, Wirtschaft und ökologische Modernisierung zum Schutz von
41 Menschen, Klima und Umwelt gehören für uns ebenso zusammen wie Familie,
42 Bildung, Betreuung und Gleichstellung. Hessen schöpft seine Kraft auch aus starken
43 Kommunen und dem Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land. Wenn wir für
44 eine gute Zukunft streiten, nehmen wir unsere Metropolen genauso in den Blick
45 wie den ländlichen Raum, sei es der bezahlbare Wohnraum in unseren Städten oder
46 der Erhalt einer sozialen Infrastruktur in unseren Dörfern. Unsere Vorschläge
47 machen nicht an Ressortgrenzen halt. Unser Programm fasst Vorschläge für
48 gesamte Lebensbereiche zusammen, die sich aufeinander beziehen und sinnvoll
49 ergänzen.

50

1 Wir wollen mehr Demokratie wagen.
2 Diesen richtungweisenden Anspruch von Willy Brandt mit neuem Leben zu füllen,
3 ist eines der großen Ziele, das sich Hessens Sozialdemokratinnen und
4 Sozialdemokraten gesetzt haben. Und unser Land und seine Bevölkerung sind bereit
5 für mehr direkte Demokratie, für eine neue Kultur der Beteiligung und der
6 Transparenz. Wir setzen uns daher für mehr Volksinitiativen, -begehren und -
7 entscheiden auf allen Ebenen ein. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird
8 oder über ein Naturschutzgebiet – Bürgerinnen und Bürger müssen stärker mit
9 einbezogen werden. Wir wollen das aktive und passive Kommunalwahlrecht auch
10 für hier lebende Nicht-EU-Ausländer und die Absenkung des kommunalen
11 Wahlalters auf 16, damit auch Jugendliche über ihre Belange mitentscheiden
12 können.

13
14 Wir sind bereit für den Wechsel.
15 Unser Regierungsprogramm steht – und immer mehr Hessinnen und Hessen
16 dahinter. Gemeinsam mit ihnen wird der Politik- und Regierungswechsel am 22.
17 September gelingen.
18

1. Gute Bildung von Anfang an

Bildungspolitik ist der Kernbereich von Landespolitik. In keinem anderen Bereich hat ein Bundesland so viel Gestaltungsmöglichkeiten und so viel Gestaltungsspielraum. Mit einer guten Bildungspolitik werden die Grundlagen für Chancengleichheit, für gute Arbeit und persönlichen Wohlstand gelegt. Ein gutes Bildungssystem gibt die Freiheit, den eigenen Lebensweg zu finden. Es dient der Gerechtigkeit, indem es gleiche Chancen herstellt.

Zur Realisierung eines solchen Bildungssystems brauchen wir die Zusammenarbeit aller Ebenen: Bund, Land, Kommunen, außerschulische Partner, Schulen und Familien. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kann nur in gemeinsamer Verantwortung erfolgreich sein!

Wir setzen uns erstens dafür ein, dass der Bund in die Verantwortung für gute Bildung einbezogen und das sog. Kooperationsverbot, wonach der Bund keine Bildungsaufgaben finanzieren darf, aufgehoben wird. Wir wollen zweitens die bildungspolitische Kleinstaaterei überwinden und durch konkrete Vereinbarungen den Schulwechsel für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer zwischen den Bundesländern vereinfachen. Wir wollen drittens die zukünftige Bildungspolitik mit den Kommunen und den außerschulischen Bildungspartnern besser und verbindlich abstimmen. Zuständigkeitsgrenzen können nur in Kooperation überwunden werden. Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler im Laufe des eigenen Bildungswegs immer wieder die Freiheit hat sich neu zu entscheiden, so wie es der jeweiligen persönlichen Entwicklung entspricht. Wir lassen kein Kind zurück.

Daraus kann ein echter hessischer Schulfrieden entstehen, der Schulen und Eltern wirkliche Verlässlichkeit gibt.

Dazu brauchen wir auch besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die viel leisten und dafür unsere Anerkennung verdienen. Wir wollen sie daher sechstens besonders unterstützen, u.a. durch bessere Arbeitsbedingungen und eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Erfolgreich werden wir am Ende mit unserem bildungspolitischen Anspruch nur sein, wenn alle Beteiligten miteinander arbeiten und davon überzeugt sind. Deshalb werden wir den Schulen ein Angebot machen und Rahmenbedingungen schaffen, die den Anforderungen gerecht werden. Eine Schulorganisationsreform von oben wird es deshalb mit uns nicht geben.

Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz

Entgegen allen ihren wortreichen Erklärungen ist die bildungspolitische Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung schlecht. Der vorgelegte Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes gefährdet massiv die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen. Niedrige Zuschüsse pro tatsächlich besetztem Platz, der Einsatz fachfremder Kräfte und die Einführung von „Betreuungsmittelwerten“ führen neben anderen negativen Faktoren zu größeren Gruppen, geringeren Öffnungszeiten und Qualitätsverlust.

In Ländervergleichen erreichen hessische Schülerinnen und Schüler bestenfalls mittlere Plätze, die soziale Ungleichheit nimmt eher zu. Viel zu viele Kinder bleiben auf dem Bildungsweg zurück, weil sie nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Frühe Selektion und eine zunehmende Zersplitterung

1 prägen das hessische Schulsystem. Die Durchlässigkeit nach oben wird mehr und mehr
2 abgebaut, Sackgassen entstehen.

3 Die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8) war und ist ein Fehler. Das Ergebnis der
4 schlecht geplanten Verkürzung der Mittelstufe sind überlastete Schülerinnen und
5 Schüler deren Persönlichkeitsentwicklung leidet, weil ihnen die Zeit für Sport, Musik
6 und für soziales Engagement genommen wird. Die steigende Zahl der
7 Sitzenbleibenden und Querversetzungen ist ein Warnzeichen.

8 Wie wenig ernst die CDU-FDP Regierung den Elternwillen nimmt, zeigt der Versuch, die
9 aussterbende Hauptschule durch die Konstruktion der Mittelstufenschule am Leben zu
10 erhalten. Durch Abstufung aus anderen Bildungsgängen wird der Bildungsgang
11 Hauptschule gegen den Schulwunsch der Eltern ab der Klasse 7 einfach aufgefüllt.

12 Das Recht auf Unterricht in der Regelschule aus der UN-Konvention über die Rechte
13 Behinderter wird über einen Ressourcenvorbehalt einfach ausgehebelt. Damit wird die
14 gesellschaftliche Akzeptanz für Inklusiven Unterricht gefährdet. Schulen und Eltern
15 werden allein gelassen.

16 Auch das Projekt Selbstständige Schule droht zu scheitern, da die versprochene 105-
17 prozentige Lehrerversorgung nicht zur Verfügung steht. Statt die Qualität der
18 einzelnen Schulen zu stärken, werden mit dem bürokratischen Wasserkopf eines
19 Landesschulamts zusätzliche Stellen in der Verwaltung geschaffen.

20

21

22 1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit

23 Jedes Kind hat ein Recht auf die Achtung seiner Persönlichkeit und bestmögliche
24 Bildung. Für uns sind alle Kinder gleich viel wert, völlig unabhängig von ihrer
25 Leistungsfähigkeit und ihrer Begabung und ungeachtet ihrer sozialen und ethnischen
26 Herkunft oder ihres Geschlechts. Ihre Förderung und ihr Wohlergehen sind der
27 Maßstab unseres politischen Handelns.

28 Unser Ziel ist, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu
29 geben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und
30 Fähigkeiten zu sichern. Damit stärken wir die Voraussetzungen für eine umfassende
31 demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, für ein
32 selbstbestimmtes Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind einen
33 berufsqualifizierenden schulischen Abschluss erreicht, der ihm die Chance auf eine
34 positive Lebensperspektive und die Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnet.

35 Kinder sind wissbegierig und motiviert, wenn ihre Freude am Lernen geweckt, erhalten
36 und gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die das kann. Nicht die Kinder müssen der
37 Schule angepasst werden, sondern die Schule muss der Unterschiedlichkeit der Kinder
38 Rechnung tragen. Dazu wollen wir die Schulen befähigen.

39 Wir wissen, dass unser Bildungssystem sich an vielen Stellen verändern und verbessern
40 muss, um dieses Ziel zu erreichen. Pädagogische, inhaltliche und strukturelle
41 Maßnahmen sind notwendig, um ein leistungsfähiges Bildungssystem von hoher
42 Qualität zu schaffen, das der Vielfalt der Kinder gerecht wird und gleiche
43 Bildungschancen überall in Hessen schafft. Unser Konzept „Haus der Bildung“
44 beschreibt die Schritte, von der frühkindlichen Erziehung bis zum Einstieg in den Beruf.
45 Auch alle Erwachsenen müssen durch Angebote für ein "lebenslanges Lernen" die
46 Möglichkeit bekommen, sich ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend weiter zu
47 qualifizieren und zu entwickeln.

48

1 Gute Bildung von Anfang an

2 In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen
3 Bildungsweg gelegt. Unser Ziel ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von
4 Anfang an. Im Mittelpunkt steht das einzelne Kind mit seinem Bedürfnis nach Bindung
5 und Geborgenheit, seiner Freude am Spielen und am Lernen, seinem Wunsch nach
6 Gemeinsamkeit und Freundschaft. Stärken werden gestärkt, individuelle
7 Beeinträchtigungen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale
8 Benachteiligungen ausgeglichen. Individuelle Förderung leistet so einen
9 herausragenden Beitrag zur Chancengleichheit durch Bildung. Wir wollen zugleich die
10 Entlastung von Familien bei der Kinderbetreuung und die bessere Vereinbarkeit von
11 Erwerbstätigkeit und Kindererziehung erreichen. Deshalb ist für uns eine
12 wohnortnahe Schulversorgung erforderlich.

13
14 Wir wollen für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf individuelle
15 ganztägige Förderung und Betreuung umsetzen, in Kindertagesstätten oder in der
16 Kindertagespflege. Wir wollen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu
17 Familienzentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder
18 auch Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und
19 Familienangehörige sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil geboten
20 werden. Der Bildungs- und Erziehungsplan ist Grundlage für die inhaltliche Arbeit und
21 die Kooperation zwischen Kita und Grundschule.

22 Deshalb haben der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze und die Steigerung der Qualität
23 der Arbeit durch Verbesserung der Personalausstattung und Verkleinerung der
24 Gruppen weiter Priorität. Deshalb werden wir das schwarz-gelbe
25 „Kinderförderungsgesetz“ aufheben und in Zusammenarbeit mit den kommunalen
26 und freien Trägern, den Fachverbänden sowie den Elternvertretungen eine neue
27 gesetzliche Regelung schaffen, die nicht die betriebswirtschaftliche Frage sondern die
28 pädagogische Qualität in den Mittelpunkt stellt. Die Ausbildung von Erzieherinnen und
29 Erziehern wird durch Angebote auf Fachhochschulniveau und flexible
30 Weiterqualifizierungsmaßnahmen ergänzt und aufgewertet. Wir streben die
31 allgemeine Gebührenfreiheit auch für alle Angebote der frühen Bildung an. Priorität
32 hat für uns im ersten Schritt jedoch der Aufbau der Angebote. Was für Schülerinnen
33 und Schüler sowie Studierende gilt, gilt hier nicht minder: Lebensumstände und
34 Einkommensverhältnisse der Eltern dürfen nicht länger Bildungsschranken für die
35 Kinder darstellen.

36

37 Jedes Kind mitnehmen

38 Kein Kind darf alleingelassen werden! Immer noch werden viele Kinder in der Schule zu
39 wenig gefördert, sie werden beschämt und verletzt. Schulversagen und zerstörte
40 Motivation sind häufig die Folge. Das Wiederholen einer Klasse oder der Wechsel in
41 eine andere Schulform tragen meist nicht dazu bei, die Freude am Lernen zu erhalten.

42 Wir wollen deshalb Schulen ermöglichen, alle Kinder mitzunehmen und sie in ihrer
43 Entwicklung zu fördern und die individuelle Sprachförderung zu unterstützen.
44 Sitzenbleiben und Querversetzung sollen durch individuelle Fördermaßnahmen ersetzt
45 werden. Jede Schule verpflichtet sich, ihre Schüler und Schülerinnen erfolgreich zu
46 einem Abschluss zu führen.

47 Dazu brauchen Schulen neben Lehrerinnen und Lehrern, Angehörige vielfältiger
48 Berufe, die Hand in Hand zusammenarbeiten. Damit die Bildungs- und
49 Erziehungsprozesse optimal gelingen können, bedarf es eines breiten Spektrums an
50 Unterstützungsmöglichkeiten und vor allem einer Vernetzung und Koordination der

1 bereits existierenden Instrumente. Wir wollen kommunale Schulträger beim
2 schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit unterstützen und streben eine
3 Drittelfinanzierung an.
4

5 **Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden!**

6 Kinder haben verschiedenste Interessen, Begabungen und Fähigkeiten. Sie entwickeln
7 sich unterschiedlich schnell. Auch das Lerntempo ist verschieden ausgeprägt.
8 Individuell fördern bedeutet auch, im Unterricht und in der Schulorganisation flexible
9 Lernzeiten anzubieten, um jedem Kind seine Zeit zum Lernen zu geben.

10 Deswegen wollen wir, dass sowohl die Grundschule als auch die gymnasiale
11 Oberstufenzeit unterschiedlich schnell durchlaufen werden können.

12 In der Grundschule werden wir die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe
13 mit der Möglichkeit halbjährlicher Einschulungstermine weiterentwickeln, in der die
14 Kinder je nach Entwicklungsstand und -fortschritt zwischen ein und drei Jahre bleiben
15 können.

16 Mehr Zeit zum Lernen brauchen Schüler und Schülerinnen insbesondere in der
17 Mittelstufe. Wir werden in Hessen den gescheiterten G8-Versuch beenden. Die
18 Mittelstufe soll wieder auf sechs Jahre ausgelegt werden. Ob das Abitur nach zwölf,
19 dreizehn oder vierzehn Schuljahren abgelegt wird, richtet sich nach der individuellen
20 Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Eine modularisierte Oberstufe soll nicht nur
21 eine größere Wahlfreiheit bei der Fächerkombination, sondern auch eine
22 unterschiedlich lange Verweildauer ermöglichen.
23

24 Ganztagschulen machen die Zeit in der Schule flexibel und verbinden Lernen, Fördern,
25 Freizeit und Gruppenaktivitäten in einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus.
26 Wir wollen einen Schulalltag, der ganzheitliche Förderung realisiert, zum Beispiel
27 durch fächerübergreifendes und auch projektorientiertes Lernen. Ganztagschulen
28 geben auch mehr Raum, um die Kompetenzen im Zusammenleben mit anderen zu
29 stärken. So wollen wir die Qualität von Lern- und Erziehungsprozessen insgesamt
30 steigern. Dazu ist die Stärkung der regionalen Kooperation mit allen Angeboten der
31 Kinder- und Jugendhilfe erforderlich. Schule wird sich zum Leben im Stadtteil öffnen.
32 Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden,
33 dabei haben Grundschulen beim Ausbau Priorität. Wir werden jährlich 100 echte
34 Ganztagsgrundschulen in Hessen aufbauen.
35

36 **Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt**

37 Wir sind der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und
38 Jugendlichen bis zur Klasse 10 mehr Chancen und echte Spielräume für Kinder und
39 Jugendliche eröffnet. Das gilt für die schwächeren und die stärkeren Schülerinnen und
40 Schüler. Denn gemeinsames Lernen braucht die individuelle Förderung genauso wie
41 das Lernen voneinander. Wir wollen deshalb allen Schulen anbieten, diesen
42 pädagogischen Weg des längeren gemeinsamen Lernens zu gehen. Dies kann nur mit
43 den Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern gemeinsam gelingen und wird
44 nicht von oben verordnet. Unsere Schule ist eine Schule der Vielfalt. Wir sehen die
45 Unterschiedlichkeit der Kinder als Chance. Jedes Kind leistet einen wertvollen Beitrag
46 in der Schulgemeinschaft und macht seine Schule bunter und lebendiger. Jedes Kind
47 kann für seine eigene Entwicklung von den vielfältigen Kenntnissen, Interessen und
48 Fähigkeiten anderer Kinder profitieren und seine eigenen Stärken vermitteln und
49 ausbauen. Die Schule der Vielfalt geht auf jedes einzelne Kind ein.

1 Deutschland hat sich 2008 durch die Ratifizierung der „UN-Konvention über die Rechte
2 von Menschen mit Behinderungen“ verpflichtet, kein Kind aus der Regelschule
3 auszuschließen. Wir wollen, dass Schulen erfolgreich inklusiv arbeiten können.
4 Fortbildungsangebote für alle an Schule Beteiligten sind ebenso wichtig wie eine
5 angemessene personelle und sachliche Ausstattung. Inklusion darf nicht an einem
6 Haushaltsvorbehalt scheitern, denn sie ist ein individuelles Recht jedes einzelnen
7 Kindes. Wir werden die Kooperation mit den Schulträgern verbessern und diese bei der
8 schrittweisen Umsetzung der Inklusion unterstützen.

9
10 Inklusion braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Wir gehen davon aus, dass wir
11 innerhalb von zwei Legislaturperioden das inklusive Schulsystem realisieren können.
12

13 Verantwortung in Selbstständigkeit

14 Die Rahmenseetzungen für das Bildungssystem bleiben eine öffentliche Aufgabe in
15 Verantwortung des Landes. Innerhalb dieses organisatorischen, curricularen und
16 pädagogischen Rahmens erhalten die Schulen die Freiheit selbst zu entscheiden, mit
17 welchen pädagogischen und organisatorischen Instrumenten sie ihren Schülern und
18 Schülerinnen den bestmöglichen Bildungsweg bieten können. Wir wollen, dass
19 Schulen im Rahmen weitreichender organisatorischer und pädagogischer
20 Gestaltungsmöglichkeiten und auch von schulformübergreifenden Bildungsstandards
21 ihr eigenes Profil bestimmen können. Wir werden den selbstständigen Schulen ein
22 Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem sie eigenständig Personal- und
23 Sachmittelaufwendungen bestreiten. Ein neues Lehrerzuweisungsverfahren wird auch
24 soziale Indikatoren einbeziehen und den besonderen Förderbedarf der Schüler und
25 Schülerinnen berücksichtigen. Selbstständige Schule darf nicht zum Deckmantel für
26 Mangelverwaltung werden. Schulen müssen verlässlich so ausgestattet sein, dass sie
27 ihren pädagogischen Auftrag tatsächlich in eigener Verantwortung erfüllen können.

28
29 Die selbstständige Schule ist eine demokratische Schule und lebt von der Beteiligung
30 der gesamten Schulgemeinde. Eltern, Schülerschaft und Lehrkräfte müssen stärker als
31 bisher in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Demokratie steht nicht nur
32 auf dem Stundenplan, sie wird von der Schulgemeinde gelebt. Daher wollen wir die
33 Schulkonferenz als zentrales Entscheidungsgremium stärken. Staatliche Schulämter
34 und die Schul- und Jugendhilfeträger sind wichtige Partner für die selbstständige Schule.
35 Wir wollen eine verlässliche und gleichberechtigte Kooperation sicherstellen, um
36 Schulentwicklung in der Region und notwendige Unterstützungssysteme für die
37 Schulen zusammen mit den Städten und Gemeinden zu verbessern.

38 Der selbstständigen Schule muss für ihre Arbeit ein effizientes Unterstützungssystem
39 zur Seite gestellt werden. Daher wird das ineffektive Landesschulamt aufgelöst und
40 Institute und Schulaufsichtsbehörden wieder errichtet, die vor Ort kompetent und
41 bürgernah Schule und Bildung unterstützen können. Wir wollen Strukturen für
42 Fortbildung und Qualitätsentwicklung schaffen, die die Schulen in ihrer Entwicklung
43 unterstützen.

44 Berufliche Bildung weiterentwickeln

45 Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung fest. Die
46 duale Ausbildung hat viele Vorteile und ist für uns nach wie vor das Regelsystem der
47 beruflichen Ausbildung. Produktionsschulen bieten eine gute Chance für
48 benachteiligte Jugendliche. Wir streben daher grundsätzlich den Aufbau mindestens
49 einer Produktionsschule pro Schulamtsbezirk an.

1
2 Wir wollen zur Sicherung der weiteren Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler
3 und Studierende der beruflichen Bildungsgänge die Anschlussmöglichkeiten zu den
4 Hochschulen sichern und Übergänge erleichtern.

5
6 Jede und jeder Jugendliche hat das Recht auf eine wohnortnahe Berufsausbildung. Zur
7 Sicherung eines flächendeckenden qualifizierten Berufsschulangebots ist ein
8 Landesberufsschulentwicklungsplan als Orientierungshilfe für kommunale
9 Entscheidungsträger erforderlich, den wir auflegen werden.

10

11 Eine qualifizierte Erstausbildung

12 Eine Berufsqualifikation ist Voraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsleben und damit an
13 der Gesellschaft. Die weitaus meisten jungen Menschen, die eine berufliche
14 Ausbildung anstreben, schaffen diesen Einstieg über die duale Ausbildung. Sie bietet
15 eine große Nähe zur betrieblichen Praxis und sichert damit, dass die Inhalte der
16 Ausbildung auf dem aktuellen Stand sind. In den vergangenen Jahren blieben in
17 Hessen allerdings viele Jugendliche ohne den gewünschten Ausbildungsplatz.
18 Mittlerweile sind insgesamt 140.000 junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne
19 Berufsqualifikation.

20

21 Wir garantieren diesen jungen Menschen, die es wollen, alle nötigen Schritte zu einer
22 beruflichen Qualifikation. Dazu wollen wir die duale Ausbildung stärken, aber auch
23 schulische Angebote machen, wenn es mit der betrieblichen Ausbildung nicht klappt.
24 Wir unterstützen die Jugendlichen im Betrieb und in der Schule und stellen sicher, dass
25 bereits erfolgte (Teil)Qualifikationen angerechnet werden. Wer weitere Hilfe und
26 Unterstützung benötigt, soll sie bekommen. Wir helfen Betrieben und
27 Tarifvertragsparteien, die mehr in Ausbildung investieren wollen, wir fördern die freien
28 Träger in diesem Sektor. Wir stärken die beruflichen Schulen, denn vollschulische
29 Ausbildungsgänge sind Bestandteil eines vielfältigen Bildungsangebots. Teile des
30 Übergangssystems, die lediglich Warteschleifen darstellen, und Angebote, die in nicht
31 nachgefragte Berufe hin qualifizieren, werden wir abbauen.

32

33 Ein besonderes Augenmerk gilt den Menschen, die keinen Berufsabschluss haben. Für
34 Jugendliche, die noch Zeit und Reife zur Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen,
35 schaffen wir klare und verständliche Angebote, die sich am Bedarf der Jugendlichen
36 orientieren. Inhalts- und theoriegeminderte Berufe, die der zukünftigen Arbeitswelt
37 nicht gerecht werden, lehnen wir ab. Betriebe, die keinen eigenen Beitrag zur
38 Fachkräftegewinnung leisten wollen oder können, werden wir auf anderen Wegen an
39 den Ausbildungskosten beteiligen.

40 Die frühzeitige Berufsinformation und die Unterstützung von Aktionstagen wie dem
41 Girls' und Boys' Day wollen wir der immer noch oft vorherrschenden Zuordnung von
42 einzelnen Berufen als „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ begegnen und damit
43 Mädchen und Jungen neue Berufsperspektiven eröffnen.

44 Auch Auszubildende müssen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb
45 setzen wir uns für die Durchsetzung einer Mindestausbildungsvergütung ein.

46

1 Schulen in freier Trägerschaft

2 Das öffentliche Schulsystem hat für uns Priorität. Schulen in freier Trägerschaft
3 ergänzen wirkungsvoll das Angebot der staatlichen Schulen. Besondere pädagogische
4 Profile und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie
5 brauchen ein transparentes und verlässliches Finanzierungssystem und die
6 Möglichkeit, an Landesschulprogrammen zu partizipieren. Wir wollen aber auch
7 sicherstellen, dass durch die Höhe der Elternbeiträge keine neue Selektion entsteht.
8 Eine Einbindung von Ersatzschulen in die Schulentwicklungsplanung ist
9 wünschenswert.
10

11 Neue Lehrerbildung

12 Wir wollen Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen,
13 sprachlichen und familiären Hintergründen sowie Lernerfahrungen und
14 Lernvoraussetzungen in ungleichen Lerngruppen individuell fördern und effektiv
15 unterrichten können. Sie müssen mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten umgehen
16 und besonderen Förderbedarf erkennen können. Lehrerinnen und Lehrer leiten zum
17 eigenverantwortlichen Lernen an. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lehrämter in
18 einer stufenorientierten Ausbildung abbilden. Vor und während des Studiums soll
19 durch Beratung und Praktika die Eignung der Studierenden für den Lehramtsberuf
20 reflektiert werden. Wir wollen eine praxisorientierte Lehrerausbildung und streben im
21 Anschluss an das Masterstudium perspektivisch eine von den Studienseminaren
22 begleitete Berufseinstiegsphase mit geringerer Unterrichtsverpflichtung an, die das
23 Referendariat langfristig ablösen soll. Die Möglichkeit der Teilzeit in dieser
24 Ausbildungsphase zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufsausbildung muss
25 geprüft werden.
26

27 Jede Lehrkraft hat ein Recht darauf, auf die vielfältigen und immer neuen
28 pädagogischen Herausforderungen vorbereitet zu werden. Wir wollen
29 Lehrerfortbildung schul und praxisnah organisieren. Neue Aufgabenstellungen müssen
30 von entsprechenden Fortbildungsangeboten begleitet werden. Dazu gehören auch
31 Angebote der Supervision.

32 Lebensbegleitendes Lernen

33 Chancengleichheit bedeutet für uns auch, das Recht auf öffentlich verantwortete Fort-
34 und Weiterbildung zu garantieren und nachholende Bildungsangebote zu
35 organisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen muss deutlich erhöht
36 werden. Schulen für Erwachsene haben einen eigenständigen Bildungsauftrag und
37 werden als Institution erhalten und unterstützt. Sie ermöglichen das Nachholen von
38 Bildungsabschlüssen und damit bessere berufliche Perspektiven. Wir wollen regionale
39 Weiterbildungsnetzwerke, in denen die regionalen Bildungsbedarfe analysiert und
40 Angebote entwickelt werden. Eine der zentralen Aufgaben ist es, Bildungsberatung
41 landesweit zu etablieren. Wir werden die Unterstützung der nach dem
42 Weiterbildungsgesetz geförderten Träger sukzessive ausbauen, um den
43 Bildungsauftrag der Volkshochschulen und freien Träger zu unterstützen.
44

45 Angesichts der schnellen technischen Entwicklung müssen berufliche Qualifikationen
46 und Kompetenzen ständig erneuert und ergänzt werden. In einer alternden
47 Gesellschaft des Demografischen Wandels wird das Normalarbeitsverhältnis, in dem
48 ein einmal erlernter Beruf ein Leben lang ausgeübt wird, zur Ausnahme. Deshalb
49 wollen wir die Möglichkeiten der Weiter- und Neuqualifikation deutlich ausbauen und

1 die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen maßgeblich erhöhen. Dabei kommt der
2 beruflichen Bildung und den Hochschulen eine besondere Bedeutung zu. So wird
3 zugleich dem drohenden Fachkräftemangel begegnet.
4

5 Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und
6 Arbeitnehmern werden wir uns insbesondere für eine angemessene
7 Weiterbildungsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen
8 und prüfen, wie Altersdiskriminierung im Zugang zum Erhalt und Ausbau von
9 Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit konsequent verhindert werden kann.
10

11 Das Grundrecht auf Bildung hat für uns auch in der nachberuflichen Zeit einen hohen
12 Stellenwert. Ohne Bildung ist im Alter eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben
13 und technischen Fortschritt nur schwer möglich. Fortbildungsangebote können auch
14 dabei helfen, den beruflichen Wiedereinstieg, z. B. nach Erziehungs- und Pflegezeiten,
15 zu erleichtern.
16
17
18

19 1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen

20 Gute Studienbedingungen sind die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Studium.
21 Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Landes. Daneben sind Hochschulen wichtige
22 Impulsgeber für wirtschaftliche Innovationen und regionale Entwicklungen.
23

24 Schwarz-Gelbe Bildungspolitik: Große Worte, keine Taten

25 Das Selbstlob der Landesregierung für ihre Ausgaben im Hochschulbereich trägt nur,
26 solange man sie nicht mit anderen Landesregierungen vergleicht. Bei den
27 Hochschulausgaben pro Einwohner liegt Hessen bestenfalls im Mittelfeld der
28 Bundesländer, bei den Ausgaben pro Studierenden noch weiter hinten.
29

30 Während die SPD seit über zwei Jahren fordert, die Hochschulen auch finanziell so
31 auszustatten, dass sie mit dem Anstieg der Studierenden zurechtkommen, zeigte sich
32 die CDU-Ministerin noch Ende 2012 „überrascht“ von dem Ansturm. Folgerichtig hat sie
33 die Mittel für die Hochschulen erst einmal um 30 Millionen Euro gekürzt, um sie erst
34 jetzt wieder etwa 10 Millionen Euro über den alten Stand anzuheben. Wenn die
35 Hochschulen den Ansturm der Studierenden trotzdem "irgendwie" bewältigt haben,
36 dann ist das ihr Verdienst, nicht das der Landesregierung.
37

38 Auf der anderen Seite werden mehr als 25 Millionen Euro zur Förderung einer
39 überflüssigen juristischen Fakultät an der privaten European Business School zugesagt,
40 obwohl dort immer wieder Rückforderungen früherer Fördergelder anstehen.

41 Hinzu kommt, dass eines der Renommierprojekte der CDU-geführten Landesregierung,
42 die Privatisierung des Uni-Klinikums Gießen-Marburg, in weiten Teilen gescheitert ist.
43 Eine zentrale Investition wird vertragswidrig nicht getätigt, wodurch eine
44 Rückzahlungsverpflichtung von 107 Millionen Euro ausgelöst wird, auf der anderen
45 Seite wird entgegen allen früheren Erklärungen der Klinikleitung eine größere Zahl von
46 Stellen gestrichen.
47
48

1 Studiengebühren nein – Bafög verbessern

2 Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob er die Freiheit zu studieren
3 in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen
4 eine öffentliche Aufgabe. Eine der wichtigsten politischen Leistungen im Jahr 2008
5 war, dass unter Federführung der SPD mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken die
6 Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Für die SPD bleibt es auch in
7 Zukunft dabei: Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Nur so
8 kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle
9 offen gehalten werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für gleiche
10 Bildungschancen.

11
12 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Bafög kontinuierlich angehoben
13 und ein neues Schüler-Bafög eingeführt wird. Beides sind wichtige Instrumente zur
14 Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen
15 Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten
16 Elternhäusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins
17 Bafög zurückgeführt werden.
18

19 Soziale Öffnung der Hochschulen

20 Eine SPD-geführte Regierung wird daher die Durchlässigkeit im Bildungssystem
21 verbessern. So werden wir den Zugang zum Studium für Menschen ohne Abitur
22 erleichtern. Qualifizierten Berufstätigen muss ein Studium leichter möglich sein. Wir
23 werden den Übergang zwischen Fachhochschule und Universität erleichtern. Zudem
24 werden wir bessere Möglichkeiten für ein berufsbegleitendes (Teilzeit)-Studium mit
25 dem Ziel Bachelor oder Master schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass das
26 Teilzeitstudium in allen Fächern möglich ist. Ferner soll eine "Abendhochschule" für
27 Berufstätige und Studierende mit Kind eingeführt werden. Außerdem wollen wir mit
28 den Hochschulen überlegen, wie mit der zunehmenden Heterogenität so umzugehen
29 ist, dass eine Benachteiligung von Studierenden aus bildungsfernen Elternhäusern
30 vermieden wird.

31 Die Hessen-SPD will die soziale Öffnung der Hochschulen. Neben materiell
32 ausreichenden Bedingungen muss es auch Unterstützung durch Beratung, Betreuung
33 und durch nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsangebote
34 geben.
35

36 Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete
37 berufliche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende
38 Persönlichkeitsbildung erfahren, dass kritische Reflexion und Selbstreflexion und die
39 Entfaltung möglichst vieler Talente gefördert werden.
40

41 Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören angemessene Bedingungen für
42 Studierende mit Kindern, Barrierefreiheit und Unterstützung für behinderte und
43 chronisch kranke Studierende und gezielte Förderung von Studierenden aus
44 Migrantenfamilien und ausländischen Studierenden.
45

46 Wir werden die Studentenwerke stärken. Sie sollen ihre vielfältigen
47 Beratungsfunktionen sowie die Schaffung studentischen Wohnraums und die
48 Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen können. Im Bereich des studentischen
49 Wohnungsbaus werden wir auch alternative Modelle, wie z. B. Mietgarantiemodelle

1 entwickeln, um den massiven Bedarf auch mit privaten Investitionen gerecht zu
2 werden.

3
4 Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört für die SPD aber auch die Öffnung in die
5 Gesellschaft. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Universität und für
6 verbesserte Studienbedingungen mit Kind ein. Wir unterstützen die Einrichtungen von
7 sogenannten Bürger-Universitäten als Angebote der Hochschulen für interessierte und
8 qualifizierte Menschen, die sich an wissenschaftlichen Diskursen beteiligen möchten.

10 **Verlässliche Finanzierung**

11 Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche
12 Rahmenbedingungen. Zusätzliche Räumlichkeiten und ein stetiger Mittelanstieg sind
13 für die Hochschulen nötig. Auch nach 2018 wird sich die Zahl der hessischen
14 Studierenden auf hohem Niveau verstetigen. Unabhängig von zukünftig
15 möglicherweise zurückgehenden Studierendenzahlen wollen wir das
16 Finanzierungsniveau halten, um es für Qualitätsverbesserungen zu nutzen.

17
18 Wir werden die Finanzierung der Hochschulen fortentwickeln und den offensichtlichen
19 Fehlentwicklungen gegensteuern. Dazu gehört, dass die Grundfinanzierung im
20 Vergleich zur Leistungsfinanzierung gestärkt werden muss. Die höhere Verlässlichkeit
21 der Finanzierung im Hochschulbau werden wir beibehalten und auf der Grundlage
22 einer landesweiten Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Die Forschungs-
23 und Exzellenzförderung werden wir fortentwickeln und stärker an
24 Programmschwerpunkten wie z. B. der Gesundheits-, Mobilitäts-, Energie- und Sozial-
25 sowie Bildungsforschung ausrichten.

26
27 Wir stehen zur gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die
28 Hochschulfinanzierung. Deswegen halten wir an dem Hochschulpakt 2020 des Bundes
29 fest und setzen uns für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbotes im
30 Grundgesetz ein. Land und Bund müssen künftig wieder gemeinsam Verantwortung
31 für die Hochschulen übernehmen dürfen.

33 **Fehler des Bologna-Prozesses korrigieren**

34 Die Ziele der Bologna-Erklärung halten wir für richtig. Die Forderung nach mehr
35 internationaler Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und
36 Wissenschaftlern, die europaweite Anerkennung von Studienleistungen und
37 Abschlüssen, die Erweiterung der europaweiten Beschäftigungsmöglichkeiten von
38 Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die schrittweise Entwicklung eines
39 „europäischen Hochschul- und Forschungsraumes“, in dem – frei von nationalen
40 Beschränktheiten – Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung betrieben
41 werden kann, all dies geht in die richtige Richtung.

42
43 Die internationale Mobilität von Studierenden und Lehrenden wollen wir fördern. Sie
44 sollen zusätzliche Qualifikationen erwerben. Sie sollen von und mit den Nachbarn
45 lernen, die kulturelle Vielfalt respektieren, den sozialen Zusammenhalt stärken und die
46 gemeinsame europäische Identität betonen und so eine friedliche, wirtschaftliche und
47 soziale Entwicklung fördern.

48

1 Wir werden die bei der Umsetzung von Bologna gemachten Fehler korrigieren und die
2 von den Studierenden und Gewerkschaften initiierten „Bologna-Werkstätten“
3 fortsetzen. Die Ergebnisse wollen wir in Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe
4 zwischen den Hochschulgremien und der Landesregierung weiterentwickeln.
5

6 Neben dem Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur und dem Recht auf Zugang zum
7 Masterstudiengang wollen wir die Modularisierung der Studienangebote so
8 überarbeiten, dass mehr Zeit für „forschendes Lernen“ möglich wird, sowie die starren
9 Beschränkungen der Studienzeiten aufheben.

10
11 Wir werden mittelfristig Studienbedingungen schaffen, die es allen Studierenden
12 ermöglicht, in angemessenen Schritten und Zeiten die angestrebten Studienabschlüsse
13 zu erzielen.
14

15 Die neue Studienstruktur macht es nötig, das Teilzeitstudium neu zu organisieren.
16 Hierbei müssen neue Modelle, auch neue Typen von netzbasierten Studiengängen
17 ermöglicht werden. Gegebenenfalls muss das Teilzeitstudium in einem neuen
18 Hochschulfinanzierungssystem gesondert berücksichtigt werden. Die Regelungen des
19 BAföG sind entsprechend anzupassen.
20

21 Durch die Förderung von Informations- und Mentorinnenprogrammen wollen wir den
22 Anteil von Studentinnen in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik,
23 Naturwissenschaften und technische Studiengänge) erhöhen.
24

25 Wir wollen den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung als eine Teilaufgabe von
26 Hochschulen. Modelle kooperativer und berufsintegrierter Studiengänge an
27 öffentlichen Hochschulen werden von uns unterstützt. Hierfür zusätzlich anfallende
28 Kosten sollen von den Arbeitgebern übernommen werden.
29

30 **Forschung und Lehre gehören zusammen**

31 Für die SPD sind Forschung und Lehre gleich viel wert. Sie sind stärker als bisher zu
32 verzahnen und als Einheit zu sehen. Das bedeutet, dass neben einer kontinuierlichen
33 Verbesserung der Lehre an den Hochschulen auch die Forschung gestärkt werden
34 muss. Wir wollen einen gesicherten Zugang zur Promotion für alle geeigneten
35 Studierenden. Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte
36 wollen wir nachhaltig fördern, besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur
37 Verbesserung der Lehre an den Hochschulen werden wir die Hochschuldidaktik stärken
38 und sie zu einem festen Bestandteil der Ausbildung für eine hochschulische Laufbahn
39 machen.
40

41 **Politik zurück in die Verantwortung**

42 Die Politik kann sich der Verantwortung für eine gute Bildung nicht entziehen. Wir
43 wollen deshalb die Rechte des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik stärken.
44 Und die Steuerungsmöglichkeiten der Legislativen verbessern. Hierfür brauchen wir
45 eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Landtag Eckpunkte beschließt. Die
46 Landesregierung hat die Aufgabe, diese in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Dies
47 setzt den klaren Rahmen für die Hochschulen, in dem wir eine neue Balance zwischen
48 gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschule
49 herstellen.
50

1 Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für die wirtschaftliche und soziale
2 Entwicklung des Landes Hessen wollen wir einen Landeshochschulentwicklungsplan
3 erstellen, in dem die wesentlichen Entwicklungslinien der hessischen Hochschulen und
4 Forschungseinrichtungen in den einzelnen Regionen sowie den Standorten
5 beschrieben werden. Dieser Plan wird auch ein Konzept zum räumlichen Ausbau
6 beinhalten.
7

8 Demokratische und soziale Hochschule

9 Wir wollen die demokratische und soziale Hochschule. Wir werden die demokratisch
10 legitimierten Gremien der Hochschulen stärken und die Verantwortung innerhalb der
11 Hochschule neu verteilen. Außerdem werden wir die verfasste Studierendenschaft im
12 Hinblick auf die politische Bildung der Studierenden wieder mit einem
13 allgemeinpolitischen Mandat ausstatten. Den Hochschulrat werden wir auf eine rein
14 beratende Funktion zurückführen. Wir bleiben bei der Unterstützung der Verfassten
15 Studierendenschaft. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und der Finanzierung der
16 Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab.
17

18 Wir werden die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an den Hochschulen
19 verbessern. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Universität und für
20 verbesserte Studienbedingungen mit Kind ein. Wir werden eine konsequente
21 Personalentwicklung beim wissenschaftlichen Nachwuchs und insbesondere bei der
22 Förderung von Frauen in Hochschulen einschließlich von Professuren und
23 Leitungsfunktionen betreiben. Von den Hochschulen werden wir regelmäßig Berichte
24 über die Verteilung von Leistungsbezügen, aufgeschlüsselt nach Professorinnen und
25 Professoren, anfordern. Wir wollen für den sog. Mittelbau den Arbeitsplatz
26 Wissenschaft attraktiver gestalten. Für Promovierende, die keinen Mitarbeiterstatus
27 haben, wollen wir einen eigenen Status schaffen. Wir wollen angemessen lange
28 Vertragslaufzeiten und Stellenzuschnitte. Es muss ausreichend Zeit für die eigene
29 Qualifikation zur Verfügung stehen und für Daueraufgaben sollen unbefristete Stellen
30 eingerichtet werden.
31

32 Familienfreundliche Hochschulen, die die Vereinbarkeit von Familie und Studium, aber
33 auch von Familie und Wissenschaftskarriere erleichtern, tragen auch zu mehr
34 Chancengleichheit im Hochschulbereich bei und sind gleichzeitig ein wichtiger
35 Standortfaktor für die hessischen Hochschulen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe.
36

37 Nichtstaatliche Einrichtungen

38 Auch im Hochschulbereich hat das öffentliche System für uns Priorität. Private
39 Einrichtungen können eine sinnvolle Ergänzung sein. Die staatliche Finanzierung des
40 Ausbaus von Einrichtungen, die keine Innovation gegenüber öffentlichen Angeboten
41 bieten, halten wir nicht für sinnvoll. Dies gilt insbesondere für die Law-School der EBS.
42

43 Die von der CDU betriebene Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und
44 Marburg ist gescheitert. Wir wollen durch gesetzliche Personalmindeststandards für
45 alle qualitätsrelevanten Krankenhausbereiche, durch eine Stärkung der
46 Beteiligungsrechte im Universitätsklinikagesetz für Forschung und Lehre, durch
47 Nutzung der Anteilsrechte des Landes sowie durch die Durchsetzung der Einhaltung
48 des Vertrages unmittelbar nach einem Regierungswechsel zur Verbesserung der
49 Situation in Gießen und Marburg beitragen. Wenn sich eine realisierbare Möglichkeit

1 für einen Eigentümerwechsel ergibt, wollen wir mit dem Ziel des Rückkaufs
2 verhandeln.
3

2. Gute Arbeitsbedingungen für eine starke und innovative Wirtschaft

2.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Sichere und faire Arbeit

Eine starke Wirtschaft in Hessen braucht Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nach 14 Jahren CDU-Regierung ist Hessen Spitzenreiter in unsicherer Arbeit. Sichere und faire Arbeitsverhältnisse werden immer stärker angegriffen durch Niedriglöhne, Befristungen, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, Niedriglöhne, Leiharbeit, Stress: Jeder und jede Vierte in Hessen arbeitet in unsicherer Beschäftigung, jede dritte Frau im Niedriglohnsektor genauso wie 90 Prozent aller Minijobberinnen und Minijobber. Wir wollen eine neue Ordnung der Arbeit, die sichere und faire Arbeit schützt und Menschen in unsicherer Arbeit nicht alleine lässt. Unsere Wirtschaft ist stark genug, um allen Menschen sichere und faire Arbeit zu ermöglichen.

Deshalb brauchen wir neben einem gesetzlichen Mindestlohn auch klare Regeln für die Leiharbeit, damit es nicht länger Beschäftigte 1. und 2. Klasse gibt. Wir sorgen dafür, dass es bei gleicher Arbeit gleichen Lohn für alle gibt. Wir wollen die Ersetzung von Stammbeschäftigten durch Leiharbeitskräfte durch gesetzliche Regelungen verhindern. Das Instrument der Leiharbeit muss wieder auf das ursprüngliche Ziel der Bewältigung von Produktionsspitzen zurückgeführt werden.

Das Geschäftsmodell „Lohndumping durch Werkvertrag“ darf keine Zukunft haben. Deshalb wollen wir auch hier präzise gesetzliche Regelungen, um Lohndumping durch Werkvertrag zu unterbinden. Wir wollen keine Berufskarrieren in befristeten Verträgen. Deshalb schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt bei uns auch bei der Bezahlung von Frauen und Männern, deshalb setzen wir uns neben einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein.

Wir sehen in den Betriebs- und Personalräten wesentliche betriebliche Akteure für Ordnung im Betrieb, auf dem Arbeitsmarkt und für Beschäftigungssicherung.

Endlich dynamischer Mindestlohn

Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Durch zurückgehende Tarifbindung und zunehmende Dumpingtarifverträge geraten die Löhne immer mehr unter Druck. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen dynamischen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro - auch in Hessen. Deshalb werden wir Bundesratsinitiativen ergreifen, bis ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland durchgesetzt ist. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, prüfen wir die Einführung eines Landesmindestlohngesetzes nach Vorbild des Landes Bremen.

Die öffentliche Hand muss als Arbeitgeber Vorbild sein für eine gute Lohnentwicklung, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen sowie eine faire Arbeitszeit. Das Land muss

1 über die öffentliche Vergabe sowie die Wirtschaftsförderpolitik Einfluss darauf
2 nehmen den Niedriglohnsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Diesen
3 Anspruch werden wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz für Hessen umsetzen,
4 das bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro
5 garantiert. Für die Umsetzung und weitere Anpassung werden wir eine
6 Mindestlohnkommission unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern
7 einsetzen. Wir wollen auch im Bereich der Pflege- und Sozialberufe gerechten Lohn
8 und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, dazu muss das Land entsprechende
9 Entgeltkosten und Pauschalen anwenden.
10

11 Familienfreundliche Arbeit

12 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in Hessen dringend besser werden. Dazu
13 brauchen wir flexiblere und selbstbestimmte Arbeitseinteilungen und einen Anspruch
14 auf Rückkehr in Vollzeit. Familienfreundlichkeit erfordert eine Überprüfung der
15 gesetzlich zulässigen Arbeitszeiten, z. B. der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen sowie
16 der Rechtmäßigkeit der hessischen Bedarfsgewerbeverordnung. Der Sonntag soll auch
17 weiterhin den Familien gehören.
18 Doch auch die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, etwa durch
19 Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen. Pflegende Angehörige brauchen ein Recht
20 auf flexible Arbeitszeiteinteilung, Kündigungsschutz, Anrechnung auf die Rente und
21 Lohnersatzleistungen.
22

23 Kein Jugendlicher ohne Ausbildung

24 Wir wollen, dass in Hessen kein junger Mensch ohne Ausbildung bleibt. Eine berufliche
25 Ausbildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Wir wollen eine Startgarantie für
26 alle Jugendlichen durch eine Garantie für eine berufliche Erstausbildung. Dazu gehört
27 frühzeitige Vorbereitung und Aufklärung, Unterstützung bei der Auswahl und
28 Selbsteinschätzung sowie ein Anspruch auf eine berufsqualifizierende Ausbildung.
29

30 Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

31 Die Bereitstellung von guten Arbeitsplätzen für alle ist zuerst Aufgabe der Wirtschaft.
32 Wo ihr das nicht gelingt, muss gehandelt werden.
33

34 Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist die wichtigste Ursache von
35 Armut, aber auch von Krankheit und sozialer Exklusion. Arbeit ist mehr als
36 Einkommenserwerb. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dieser
37 Verantwortung stellen. Jeder Langzeitarbeitslose soll die Hilfen bekommen, die
38 erforderlich sind, um Teilhabe an Arbeit, Einkommen und sozialer Teilhabe zu
39 ermöglichen. Dazu wollen wir eine regionale Arbeitsmarktpolitik und die
40 Möglichkeiten kommunalwirtschaftlichen Handelns stärken. Die Instrumente der
41 lokalen Akteure müssen ausgeweitet werden. Medizinische Rehabilitation und soziale
42 Begleitung müssen intensiviert werden. Eine Stärkung der koordinierenden Rolle der
43 Länder ist dazu unverzichtbar.
44

45 Mit den Instrumenten des Sozialbudgets werden wir die Unterstützungsstrukturen
46 schaffen, die auch nötig sind, um in einem sozialräumlichen Ansatz Hindernisse einer
47 Arbeitsaufnahme zu verringern.
48

1 Für diejenigen, die auf absehbare Zeit keine Chance haben, einen Arbeitsplatz auf dem
2 ersten Arbeitsmarkt zu finden, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Hier
3 müssen alle politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, in einem integrierten
4 Modell Mittel und Strukturen zusammenführen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit
5 zu finanzieren. Dazu müssen Arbeitsagenturen, Kreisjobcenter und Sozialverwaltung
6 auf soziale Arbeitsmarktbetriebe zurückgreifen können. Diese können längere Phasen
7 von Beschäftigungslosigkeit überbrücken oder verkürzen, ungeforderte Beschäftigung
8 vorbereiten und Marktersatz schaffen durch die Beschäftigung von Menschen, die
9 dauerhaft keine Chance auf reguläre Beschäftigung haben. So wird soziale Teilhabe
10 durch Beschäftigung ermöglicht.

11 Wir werden uns dafür einsetzen, die vorhandenen Mittel zusammenzuführen und zu
12 ergänzen, um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren.
13

14 **Gute Arbeitsplätze durch guten Arbeitsschutz**

15 Der Arbeitsschutz wurde unter Schwarz-Gelb in Hessen konsequent abgebaut.
16 Gleichzeitig führen Beschleunigung und Flexibilisierung der Arbeit und ständige
17 Verfügbarkeit an vielen Dienstleistungsarbeitsplätzen zu einer massiven Zunahme von
18 Überlastungserkrankungen. Vor allem im Niedriglohnsektor greifen unhaltbare
19 Arbeitsbedingungen immer weiter um sich. Wir werden deshalb in Hessen den
20 gesundheitlichen Arbeitsschutz wieder herstellen. Der Ausbau des Arbeitsschutzes
21 sichert gesunde Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Gerade im Niedriglohnbereich
22 sind weit umfangreichere Kontrollen zur Sicherung der Gesundheit der Beschäftigten
23 notwendig. Regelungslücken in Arbeitsschutz werden wir aufspüren und beseitigen.
24

25 **Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

26 Arbeit bedeutet auch Bestätigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir
27 werden hessische Betriebe unterstützen und Programme fördern, die das Potential
28 älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser würdigen und einsetzen.
29 Arbeitsplätze müssen altersgerecht gestaltet werden, Wissen und Erfahrungen müssen
30 ebenso wertgeschätzt werden wie körperliche Leistungsfähigkeit.
31

32 **Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung**

33 Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
34 für Menschen mit Behinderungen weiter mit dem Ziel verstärken, möglichst vielen
35 Menschen eine geeignete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu
36 können. Dazu gehört die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von
37 Assistenzen, unterstützter Beschäftigung, persönliches Budget für Arbeit, ein
38 flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des
39 Integrationsfachdienstes sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller
40 Akteure auf dem Ausbildungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern
41 zum Angebot entsprechender Stellen. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der
42 Ausbildung und Beschäftigung von Behinderten eine Vorbildfunktion.

43

1 Dienstrecht

2 Wir brauchen ein modernes, europakonformes Dienstrecht in Hessen. Aus der letzten
3 Föderalismusreform hat sich der Handlungsspielraum in Hessen beim Dienstrecht
4 erweitert. Wir wollen deshalb das hessische Dienstrecht im Dialog mit allen Beteiligten
5 (kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften, Betroffene) diskriminierungsfrei und
6 auf die europäischen Anforderungen ausgerichtet vorbereiten und umsetzen. Dabei
7 soll auch geprüft werden, ob Elemente des Vertragsrechts in das Dienstrecht
8 übernommen werden können. Im Übrigen ist die demografische Entwicklung im
9 öffentlichen Dienst zu berücksichtigen.

10
11 Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten
12 in unserem Land. Die seit Jahren bestehende Ungleichbehandlung zwischen
13 Tarifbeschäftigten und Beamten ist endlich zu beenden. Insbesondere im
14 Wechselschichtdienst hat die im Rahmen der CDU-Operation „düstere Zukunft“
15 eingeführte 42 Std.-Woche zu zusätzlichen besonderen Belastungen geführt. Die SPD
16 ist sich ihrer hohen Verantwortung insbesondere der hessischen Polizei und des
17 Justizvollzugs bewusst und wird daher nach der Übernahme der
18 Regierungsverantwortung die Wochenarbeitszeit für die Polizeibeamtinnen und -
19 beamten in einem ersten Schritt für die besonders belastende Dienste auf 40
20 Wochenarbeitsstunden reduzieren. Die Rahmenbedingungen für den Dienst zu
21 ungünstigen Zeiten müssen zeitnah angepasst werden.

22
23 Wir wollen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehren, die Hessen 2004
24 verlassen hat.

25
26 Wir wollen eine strukturelle Aufgabenanalyse, die den zukünftigen Bedarf ermittelt
27 und von daher im Rahmen einer vorausschauenden Personalentwicklungsplanung
28 Schwerpunkte setzt. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Zahl der
29 Ausbildungsverhältnisse insbesondere in den Bereichen steigern, in denen die
30 erworbene Qualifikation auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Verwendung finden
31 kann.

32
33 Wir wollen modellhaft die Möglichkeiten einer anonymisierten und damit schon im
34 Vorfeld diskriminierungsfreien Bewerbung und eines anschließenden
35 Auswahlverfahrens prüfen.

36 Das Hessische Personalvertretungsrecht ist gemeinsam mit den Gewerkschaften
37 zukunftsweisend und europarechtskonform weiter zu entwickeln. Die
38 Mitbestimmungsrechte sind zu stärken.

39

40 2.2. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen

41

42 Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen!

43 Hochschulen sind wichtige Treiber für Innovationen und für regionale Entwicklungen.
44 Damit können sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens
45 leisten.

46

47 Die Hochschulforschung ist eine wichtige Ressource für wirtschaftliche und soziale
48 Innovationen Hessens. Wir treten ein für eine transparente, plurale, kritisch-reflexive

1 Wissenschaft, deren Ergebnisse öffentliches Gut bleiben. Dieses öffentliche Gut soll
2 auch der gesamten Gesellschaft zur Verfügung gestellt und dort, wo es angebracht ist,
3 auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung zugunsten der
4 Hochschulen zugeführt werden. Wir werden die hierfür bestehenden Einrichtungen in
5 Hessen unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur einbinden. In
6 Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen Regeln für die Annahme
7 und Durchführung von Drittmittelforschung vereinbart werden. Sie sollen dafür
8 sorgen, dass die Forschungsziele offen gelegt, die Finanzierung der Projekte und die
9 Verwertung ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden.

10
11 Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter
12 Forschung und Entwicklung und Forschung, in Universitäten und Fachhochschulen, in
13 Forschungseinrichtungen und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von
14 Unternehmen mit allen an der Forschung Interessierten zu diskutieren und zu
15 vereinbaren. Eine regional- und strukturpolitisch begründete
16 Landesforschungs-koordination soll längerfristige Perspektiven eröffnen und damit für
17 Synergie und Nachhaltigkeit sorgen.

18
19 Wir werden eine nachhaltige Vernetzung von Hochschulen mit regionalen
20 Institutionen und Akteuren fördern, Forschung und Entwicklung gemeinsam
21 betreiben, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen, um gerade die Zukunfts-
22 und Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen und die regionale
23 Wertschöpfung zu stärken.

27 2.3. Unsere Wirtschaftspolitik

28
29 Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele
30 sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Eine starke industrielle Basis,
31 ein leistungsfähiger Mittelstand, gute und gerechte Arbeit und ein handlungsfähiger
32 Staat bilden dabei die Grundlage für unser erfolgreiches Wirtschafts- und
33 Sozialsystem. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale
34 Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Gerade in Zeiten wie diesen
35 steht keine andere Partei so eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft wie die SPD.
36 Doch ist sie für uns kein Selbstzweck, sondern sie muss der Gesellschaft dienen.
37 Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören untrennbar
38 zusammen. Zum wirtschaftlichen Wandel gehört für uns Sicherheit für die
39 Beschäftigten.

40 CDU-Landesregierung ohne Ideen

41 Von der wichtigen Rolle der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens
42 hat die hessische CDU-Landesregierung keine Vorstellung. Genauso versagt sie bei den
43 aktuellen Herausforderungen für Wirtschaftspolitik.

44
45 Anstatt die Globalisierung zu gestalten, Hessens Stärken als Hochtechnologie-,
46 Wissenschafts- und Forschungsstandort auszubauen und für eine Regulierung der
47 Finanzmärkte zu streiten, um den Finanzstandort Frankfurt zu stabilisieren, ist die
48 hessische Wirtschaftspolitik geprägt von Ideenlosigkeit und Klientelpolitik. Der starke

1 Mittelstand, der einen großen Teil neuer Arbeitsplätze bereitstellt und einen großen
2 Teil der betrieblichen Ausbildung schultert, ist fast völlig außerhalb des Blickfeldes.

3
4 Statt gute Arbeit zu fördern und damit privaten Wohlstand und öffentliche Haushalte
5 zu stabilisieren, glänzt die Landesregierung durch Tatenlosigkeit. Die Landesregierung
6 hat bisher jegliche Gesetzesinitiative über den Bundesrat zur Einführung eines
7 gesetzlichen Mindestlohnes und gegen Lohndumping abgelehnt. Anstatt die
8 Möglichkeiten von Vergaberegulungen und Kontrollen zu nutzen und mit dem guten
9 Vorbild der Landesverwaltung anständig bezahlte Arbeit zu sichern und zu schaffen,
10 verweigert sie, diejenigen landespolitischen Instrumente zu nutzen, die bessere Arbeit
11 ermöglichen.

12
13 Die amtierende Landesregierung hat tatenlos zugesehen, wie Jahr für Jahr Tausende
14 junge Menschen ohne Berufsausbildung geblieben sind. Hessen ist in allen Fragen der
15 Fachkräfteausbildung ins Hintertreffen geraten.

16
17 Anstelle Hessen auf den Demografischen Wandel vorzubereiten, durch bessere Bildung
18 und Ausbildung – ein Leben lang – auch durch verbesserte Arbeitsbedingungen und
19 eine Erhöhung der Produktivität sowie einer höheren Frauenerwerbsquote, bleibt die
20 Landesregierung auch hier tatenlos. Stattdessen wirbt die aus Hessen stammende
21 Bundesfamilienministerin für eine Herdprämie und bekommt dabei die
22 Rückendeckung ihrer Parteifreunde vor Ort.

23
24 Anstelle Hessen durch die Forcierung der Energiewende und mithilfe einer
25 Wachstumsstrategie, die Wachstum von Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppelt,
26 auf die Zukunft vorzubereiten, blockiert die Landesregierung die Umstellung auf
27 Erneuerbare Energien und gefährdet damit mittelfristig die Bezahlbarkeit von Energie.

29 Innovation in der Wirtschaft

30 Hessen hat eine starke und innovative Wirtschaft mit einem starken industriellen Kern
31 und einem wachsenden Dienstleistungssektor, die wir erhalten, für die wir
32 Verantwortung übernehmen und die wir weiter entwickeln wollen. Dafür braucht
33 Hessen eine gestaltende Wirtschaftspolitik, die zukunftsfähige und gesellschaftlich
34 sinnvolle wirtschaftliche Schwerpunkte setzt, wie beispielsweise:

- 36 • Die Stärkung des Automobil- und Luftfahrtstandorts durch die Förderung neuer
37 und alternativer Verkehrs- und Antriebssysteme (Elektromobilität, innovative
38 öffentliche Verkehrssysteme, Lärmreduzierung) und Ressourceneffizienz.
- 39 • Die Förderung der Kreativ- und Netzwirtschaft z. B. durch die Schaffung eines
40 Ansprechpartners/einer Ansprechpartnerin im Wirtschaftsministerium, die sich
41 zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Rhein-Main-Gebiet
42 entwickelt hat oder
- 43 • die Förderung des Technologie- und Wissenschaftstransfers zwischen
44 Hochschulen/Instituten und der Wirtschaft durch eine regionale Cluster-
45 Strategie und –Förderung (Cluster werden definiert als räumliche Konzentration
46 miteinander direkt oder indirekt verbundener Unternehmen und Institutionen,
47 die in einem bestimmten wirtschaftlichen Feld agieren).
- 48 • Institutionen wie das House of Logistics and Mobility (HOLM), das House of
49 Finance, House of Pharma oder das House of IT als Beispiele für intelligente und

1 zukunftsfähige Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft,
2 Gesellschaft und Politik zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des Industrie-
3 und Forschungsstandorts Hessen.

4 Wir setzen uns für den Erhalt gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Sicherung der
5 industriellen Basis wie dem VW-Gesetz oder die Stärkung der Sozialpartnerschaft u. a.
6 durch die betriebliche Mitbestimmung ein.
7

8 **Faire Bedingungen für den Mittelstand**

9 Etwa zwei Drittel aller hessischen Beschäftigten sind in kleineren und mittleren
10 Betrieben beschäftigt. Der Wettbewerb um Aufträge wird immer häufiger von den
11 Betrieben entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping und
12 unkontrollierten Subunternehmern abgeben. Dies behindert seit Jahren die
13 Innovationskraft unserer hessischen Betriebe.

14
15 Wir brauchen andere Wettbewerbsfaktoren. Der Betrieb mit den besten Ideen, der
16 qualifiziertesten Belegschaft und der innovativsten Unternehmensleitung muss wieder
17 die Möglichkeit erhalten, bei der Auftragsvergabe die Nase vorn zu haben. Gerade
18 kleine und mittlere Unternehmen sehen sich in einer besonderen Verantwortung für
19 ihre Beschäftigten aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre Existenz ist
20 für das Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die Lage versetzt werden
21 wieder ihre Stärken unter Beweis zu stellen.
22

23 Wir wollen eine Überprüfung und Neuordnung der Schwerpunktsetzung der
24 Wirtschaftsförderung. Hessen braucht ein europarechtskonformes
25 Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz, das auch für unsere heimischen
26 Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen schafft und Mitarbeiterinnen und
27 Mitarbeiter vor Lohndumping schützt.
28

29 **Außenwirtschaft und Standortsicherung**

30 Um langfristig in einer globalisierten Wirtschaft Betriebe, Arbeitsplätze und
31 Einkommen in Hessen zu sichern, müssen hessische Unternehmen Marktchancen
32 weltweit nutzen. Auch vermag Hessen hervorragende Voraussetzungen für
33 ausländische Firmen zu bieten, die hier investieren wollen und damit Arbeitsplätze
34 schaffen.
35

36 Hessen muss sich profilieren als internationaler Wirtschaftsstandort, attraktiv auch für
37 ausländische Unternehmen und zunehmend benötigte Fachkräfte, geprägt von einer
38 Willkommenskultur und von interkulturellen Angeboten. Die Zuwanderungsregeln für
39 ausländische Fachkräfte wollen wir erleichtern.
40

41 Mittelständische Firmen, die durch ihr Auslandsengagement ihren Standort in Hessen
42 und die damit verbundenen Arbeitsplätze festigen und ausbauen, brauchen
43 Unterstützung bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Wir werden gemeinsam mit
44 der hessischen Wirtschaft regionale Schwerpunkte festlegen und damit Verlässlichkeit
45 in die Außenwirtschaftspolitik bringen, wie sie in unserem Konzept
46 HessenGlobal beschrieben wurden.
47

48 Viele hessische Unternehmen haben mit innovativen Produkten und neuen
49 Technologien ein großes Potential, um die weltweit wachsende Nachfrage im Bereich

1 eines nachhaltigen, ressourceneffizienten Wirtschaftens zu bedienen. Dieses Potential
2 der hessischen Wirtschaft wollen wir gezielt unterstützen.

3
4 Wir treten ein für eine langfristige Stärkung der hessischen
5 Außenwirtschaftsförderung, um gerade auf den wachstumsstarken Märkten dem
6 hessischen Mittelstand den Zugang zu erleichtern, im fairen Wettbewerb mit den
7 entwickelten Industrienationen und um den Entwicklungsländern, unseren
8 Handelspartnern von morgen, durch solidarische wirtschaftliche und technologische
9 Zusammenarbeit eine reale Chance zum Entwickeln ihrer eigenen Marktpotentiale
10 eröffnen zu helfen.

11
12 Unternehmerische Interessen und unternehmerische Verantwortung sehen wir als
13 Einheit. Im Sinne eines fairen Welthandels fordern wir weltweit die verbindliche
14 Einhaltung von ökologischen und sozialen Mindeststandards, sichere
15 Arbeitsbedingungen und die Bezahlung gerechter Löhne. Das Vorgehen gegen
16 Dumpinglöhne in sogenannten Billiglohnländern dient nicht nur den
17 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den betreffenden Ländern, sondern letztlich
18 auch der Chancengleichheit hessischer Unternehmen im internationalen Vergleich.

19
20 Wir werden unsere außenwirtschaftliche Strategie mit der Gesellschaft für
21 internationale Zusammenarbeit (GIZ) abstimmen und mit deren Arbeit in Bezug
22 setzen. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften insbesondere im Hinblick auf
23 eine europäische und weltweite Entwicklung sozialpartnerschaftlicher Aktivitäten
24 zusammenarbeiten

25 **Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht**

26 Wir wollen durch ein neues Planungsrecht mehr Beteiligung, Transparenz und
27 Beschleunigung bei der Umsetzung von Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen
28 erreichen. Wir wollen öffentliche Beteiligung so früh, wie nur möglich. Dadurch und
29 durch eine bessere Personalausstattung der planenden Behörden wollen wir eine
30 Beschleunigung erreichen. Das gesamte Verfahren von Planung bis Durchführung
31 muss transparent und nachvollziehbar sein. Die zügige Umsetzung der Energie- und
32 Verkehrswende ist nur durch Beteiligung und Beschleunigung zu erreichen.

33
34 Unter Schwarz-Gelb wurde das Landesplanungsrecht bis heute weitestgehend als
35 Instrument zur Verhinderung der Energiewende, insbesondere der Windkraft genutzt.
36 Unser oberstes Ziel ist es, das vom hessischen Energiegipfel unter maßgeblicher
37 Beteiligung der SPD festgeschriebene Ziel, zwei Prozent der Landesfläche als
38 Windvorranggebiete auszuweisen, in den nächsten fünf Jahren auch umgesetzt wird.

39
40 Für die Umsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien kommt den
41 Regionalversammlungen in den drei hessischen Planungsregionen eine entscheidende
42 Bedeutung zu. Wir wollen ihre Rechte und ihren Einfluss bei der Ausweisung von
43 Windvorrangflächen wieder stärken. Die Regionalversammlungen sind eine wichtige
44 Klammer zwischen Kommunen und Land, um möglichst mit den Menschen die
45 Energiewende umzusetzen. Auch in der Regionalplanung wollen wir die
46 Bürgerbeteiligung ausbauen.

47

1 **Ausbau des Breitbandnetzes**

2 Die SPD setzt sich für einen beschleunigten Ausbau des Breitbandnetzes in allen Teilen
3 des Landes ein. Ein schneller Internetzugang ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme
4 an der digitalen Gesellschaft. Wir halten eine generelle Grundversorgung als
5 Daseinsvorsorge für unabdingbar. Ziel ist eine 100prozentige Versorgung des Landes.
6 Wir wollen eine gesetzlich verbindliche Grundversorgung und unabhängig von den
7 regionalen Gegebenheiten einen gleichen Zugang für alle. Wir setzen uns für eine
8 finanzielle Förderung unterversorgter Gebiete gemeinsam mit Bundesprogrammen
9 ein.

10

11 **Tourismus**

12 Hessische Regionen mit attraktiven und reizvollen Landschaften wollen wir in ihrer
13 touristischen Entwicklung fördern. Wir sehen noch große Potentiale neue
14 Einkommensquellen zu erschließen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um
15 damit die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen. Wir wollen die touristische
16 Infrastruktur durch gezieltes Marketing fördern.

17 Wir wollen, dass unser Radwegenetz den modernen Anforderungen genügt. Intakte
18 Radwege erlauben einen sicheren Radverkehr und eröffnen darüber hinaus vielerorts
19 touristische Entwicklungsmöglichkeiten im strukturschwachen Raum.

20

21 **Dem Fachkräftemangel begegnen**

22 Die hessische Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Durch ein
23 Bildungssystem, das alle Kinder optimal fördert, eine Verbesserung der Vereinbarkeit
24 von Familie und Beruf sowie die Erhöhung des Frauenerwerbsanteils, eine aktive
25 Integrationspolitik und ein stärkeres Ausschöpfen des Potentials von Arbeitskräften
26 mit

27 Behinderungen wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen.

28

29 **2.4. Finanzen für die Zukunftssicherung**

30

31 **Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main**

32 Eine starke Wirtschaft, vor allem die mittelständische, braucht hinter sich ein
33 Bankensystem, das sich als Dienstleister der Realwirtschaft versteht. Wir stehen für
34 das Drei-Säulen-Modell in der Bankenlandschaft, das private Geschäftsbanken, den
35 Genossenschaftssektor und das öffentlich-rechtliche Kreditwesen wie die Sparkassen
36 nebeneinander enthält.

37

38 Der Finanzplatz Frankfurt ist über die Stadt und Region hinaus ein wichtiger Teil der
39 hessischen Wirtschaft. Um ihn zu stärken, seine Arbeitsplätze zu erhalten und
40 zukunftssicher zu machen, wollen wir stärkere Regeln für die Finanzmärkte im
41 Bundesrat durchsetzen. Wir wollen über die Börsenaufsicht des Landes eine Stärkung
42 des Handels an der Börse und eine Zurückdrängung des außerbörslichen Handels und
43 damit eine stabilere und transparentere Finanzwirtschaft erreichen.

44

1 Neue Herausforderungen

2 Die Sparkassen sind für die Menschen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein
3 verlässlicher und zugleich innovativer Partner. Die Sparkassen haben sich - gemeinsam
4 mit dem ebenfalls dezentral aufgestellten Genossenschaftsbanken - insbesondere in
5 der Finanzkrise als verlässlich erwiesen und ihre Kreditaktivitäten sogar aufgestockt.
6 Die Landesbank Hessen-Thüringen ist im Unterschied zu manchen anderen
7 Landesbanken gut durch die Krise gekommen, dank einer vorher bereits risikoarm
8 ausgelegten Orientierung sowie einer Ausrichtung auf die Region.

9

10 Die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt sind hoch:

11

12 Die klassischen Banken werden in der Folge der Finanzkrise nur noch einen geringeren
13 Teil der Kreditnachfrage der Wirtschaft bedienen können, nicht zuletzt weil gestiegene
14 aufsichtsrechtliche Anforderungen sie zu Recht davon abhalten, ihre Bilanzen immer
15 weiter auszuweiten; das wird insbesondere den langfristigen Kredit für die
16 Modernisierung der Infrastruktur treffen und den größeren Mittelstand, der für die
17 deutsche Wirtschaft mit ihren Exporterfolgen bedeutsam ist.

18

19 Die hessische Infrastruktur muss dringend modernisiert und weiterentwickelt werden
20 und die Wirtschaft bei Investitionen in innovativen Feldern unterstützt werden, und
21 das in Zeiten extrem angespannter öffentlicher Finanzen. Der Umbau der
22 Energiewirtschaft erfordert hohe Investitionen in dezentrale Steuerungs- und
23 Regelsysteme in den Gemeinden und Stadtquartieren. Die Modernisierung der
24 Verkabelung, um eine flächendeckende Breitbandversorgung zu erreichen, die
25 Erneuerung und Erweiterung des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs, die
26 Energieeffizienz in Gebäuden und die Modernisierung des Wohnungsbestandes sowie
27 der selektive Neubau in den Zuzugsregionen skizzieren die Herausforderungen. Die
28 Sparkassen in der Kommune und Region sind aufgerufen, ihre Aktivitäten
29 auszuweiten. Die Landesbank muss auf Ebene des Landes gemeinsam mit den anderen
30 Säulen des Bankenwesens ein aktiver Partner in ihrer Rolle als Geschäftsbank bleiben
31 und sich stärker der Infrastrukturfinanzierung zuwenden. Die WI-Bank als Förderbank
32 muss ihre wettbewerbsneutralen Aktivitäten, die allen zu gleichen Bedingungen zur
33 Verfügung stehen, im Rahmen von Förderprogrammen für diese Ziele ausweiten.

34

35 Sparkassen

36 Sparkassen sind als Zugang für alle Bevölkerungskreise zu Bankdienstleistungen
37 unentbehrlich. Wir wollen die Sparkassenlandschaft in Hessen leistungsfähig und
38 regional verankert erhalten. Sie gehört zu einer guten, an den Bedürfnissen der
39 Menschen wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten
40 Infrastruktur. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern
41 und die enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern.

42

43 Die Sparkassen waren maßgeblich daran beteiligt, dass es in der Krise in Hessen zu
44 keiner Kreditklemme für die kleineren und mittleren Unternehmen kam. Eine
45 Konzernbildung im Sparkassenwesen lehnen wir ab, weil wir die dezentrale
46 Geschäftspolitik stärken wollen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen
47 und der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet ist.

48

1 Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)

2 Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Verbund zwischen Sparkassen und der
3 Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) mit einer regionalen Schwerpunktsetzung der
4 Helaba, bei gleichzeitigem Zugang zu europäischen und weltweiten Märkten der
5 Refinanzierung und Finanzierung. Dieses überlegene und in der Krise bewährte
6 Geschäftsmodell werden wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern der Sparkassen
7 weiterentwickeln. Nur mit dem einerseits europatauglichen, andererseits aber auch
8 vorsichtigen Verhalten kann langfristig die Helaba auch in ihrer relativen Position zu
9 anderen Landesbanken und der Finanzplatz Frankfurt insgesamt gestärkt werden.

10

11 Angesichts der Herausforderungen zur Begleitung einer erhöhten Investitionstätigkeit
12 für Wirtschaft und Infrastruktur in Hessen und Deutschland befürworten wir die
13 Stärkung einer in diesem breiten Sinne ausgerichteten Geschäftsbank-Sparte der
14 Helaba. Sie stützt zudem das Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensystems:
15 Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen sowie
16 Privatbanken. Wir befürworten deshalb auch den Ausbau der Zusammenarbeit mit
17 Sparkassen über das Stammgebiet der Bank in Hessen und Thüringen hinaus, was die
18 Sparte der Verbundbank der Helaba stärkt und die Verankerung der Bank im
19 Sparkassenwesen verbreitert.

20

21 WI-Bank wird zur Hessenbank

22 Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank als zentrale Förderbank innerhalb der Helaba
23 ist als Instrument der Wirtschafts-, der Infrastruktur- und der Wohnungsbauförderung
24 sowie der Innovationsfinanzierung notwendiger denn je. Ihre Aktivitäten müssen auch
25 in Zukunft strikt wettbewerbsneutral und diskriminierungsfrei ausgelegt sein, aber
26 auch dem erhöhten Bedarf Rechnung tragen. Es muss auf Dauer sichergestellt werden,
27 dass das Land Hessen allein für die strategische Steuerung dieser Sparte der Helaba
28 zuständig ist.

29

30 Die Kernbedingungen eines in die Helaba integrierten Förderinstituts sind für die
31 Sozialdemokratie:

32

- 33 • Das Land kann seine günstigen Refinanzierungsbedingungen auch für die
34 Fördervorhaben ausdehnen.
- 35 • Das Land übernimmt die Gewährträgerhaftung und entscheidet im Gegenzug
36 über Ausrichtung und Volumen der Förderaktivitäten, wobei es sich auf die
37 Bankexpertise der Helaba stützt.
- 38 • Das Fördervermögen bleibt unangetastet und steht dauerhaft für
39 landespolitisch gestaltete Förderaktivitäten zur Verfügung.

40

41 Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft

42 Eine zukunftsfähige steuernde und gestaltende Wirtschaftspolitik benötigt die
43 Unterstützung einer effizienten Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese ist am
44 effektivsten, wenn viele Instrumente der Wirtschaftsförderung in einer
45 Steuerungsinstanz gebündelt und monetäre sowie nicht-monetäre Förderung
46 zusammengefasst werden.

47

1 Die Hessen-Agentur hat dies nicht erfüllen können. Dies ist nicht das Versagen der
2 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern liegt an der
3 Organisationsstruktur. Wir werden daher die Hessen-Agentur auflösen, ohne dass die
4 Beschäftigten Angst um ihre Arbeitsplätze haben müssen.
5
6 Wir wollen wesentliche Aufgaben der Hessen-Agentur in die Wirtschafts- und
7 Infrastrukturbank integrieren. Dazu gehören insbesondere die Landes- und
8 Kommunalentwicklung, die unternehmensnahe Technologieförderung und die
9 Wirtschafts- und Regionalforschung. Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank soll zu
10 einer Landesentwicklungsgesellschaft weiterentwickelt werden, um Ziele einer
11 gestaltenden Wirtschaftspolitik optimal unterstützen zu können. Dazu gehört eine
12 Stabstelle Cluster-Management und Regionalentwicklung. In die
13 Landesentwicklungsgesellschaft wird die Hessische Landgesellschaft integriert.

1 2.5. Neue Energie für Hessen!

2

3 Abschalten allein reicht nicht

4 Mit dem endgültigen Ende des ältesten deutschen Atomkraftwerks in Biblis haben die
5 hessische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine ihrer wesentliche
6 Forderung erfüllt. Aber ein Atomausstieg allein ist keine Energiewende. Hessen ist
7 noch immer Schlusslicht unter den bundesdeutschen Flächenländern in Bezug auf die
8 Erzeugung Erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz.

9

10 Energiewende als Chance

11 Die Energiewende wird zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland – wenn
12 jetzt die Weichen richtiggestellt werden. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine
13 Versorgung aus Erneuerbarer Energie und der gleichzeitigen Steigerung der
14 Energieeffizienz eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die wir aktiv gestalten
15 wollen. Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom- und
16 Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen. Dies wollen wir
17 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen sowie den Industrie-
18 und Dienstleistungsunternehmen und der Energiewirtschaft schaffen.

19

20 Es muss bezahlbar bleiben

21 Wir sind überzeugt: Nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise.
22 Durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger wie Kohle und Gas würde es ohne
23 Energiewende zu erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen, so wie
24 die Kostensteigerungen der letzten Jahre vor allem auf die steigenden Kosten fossiler
25 und atomarer Energieträger zurückzuführen sind.

26

27 Aber auch auf dem Weg zur vollständig vollzogenen Energiewende hin zu
28 Erneuerbaren Energien muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben. Das gilt
29 sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte. Entlastungen für die
30 Industrie dürfen aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden. Ebenso
31 sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und
32 Wohnungssanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten.
33 Entlastungen für die Industrie sind strikt auf solche energieintensive Unternehmen zu
34 begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und müssen an
35 Effizienzsteigerungen geknüpft werden.

36

37 Chance für Kommunen

38 Die Energieversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört somit in öffentliche
39 Hand. Eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Energiewende hat die kommunale
40 Ebene. Die dezentrale Energieproduktion macht uns unabhängig von den großen
41 Versorgern, fördert den Mittelstand und das Handwerk, schafft kommunale
42 Wertschöpfung, zahlreiche neue Arbeitsplätze und führt zu neuen Einnahmequellen
43 für die Kommunalhaushalte. Wir wollen die Kreise, Städte und Gemeinden in die Lage
44 versetzen, selbst verstärkt Akteure bei der Energieerzeugung zu werden. Die

1 Kommunen sollen bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen und
2 Bebauungsplänen die Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung berücksichtigen.

3
4 Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Kommunen benötigen
5 Handlungsspielräume, um die Energiewende mit maßgeschneiderten Konzepten für
6 die Belange vor Ort gestalten zu können. Dazu werden wir die rechtliche Grundlage für
7 die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in den Bereichen Erzeugung, Netz und
8 Vertrieb schaffen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen das Satzungsrecht, um
9 Energie- und Solarsatzungen zu erlassen. Wir werden Kommunen, die ihre Netze
10 rekommunalisieren wollen, um wieder mehr Einfluss auf die Energieproduktion zu
11 gewinnen, frühzeitig durch Beratungsangebote, insbesondere in Rechts- und
12 Finanzfragen, zur Seite stehen.

13
14 Wir werden die landespolitischen Rahmenbedingungen dafür setzen, dass der
15 Rückkauf der hessischen Regionalversorger E.ON Mitte und SÜWAG zusammen mit
16 starken Partnern aus der Kommunalwirtschaft ermöglicht wird.

18 Chance für Demokratie

19 Die Energiewende bietet die Chance zur Demokratisierung der Energieversorgung. Die
20 Bürgerinnen und Bürger sollen auf allen Stufen beteiligt werden - durch eine
21 frühzeitige Einbeziehung, durch Informationen im Vorfeld, durch Beteiligung am
22 Ausbau und Betrieb der Erneuerbaren Energien vor Ort sowie an den finanziellen
23 Gewinnen. Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen unterstützen wir die
24 Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Genossenschaften. Wir
25 werden Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger so ausgestalten, dass sich
26 diese bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.

27
28 Weiterhin werden wir den Kommunen die rechtliche Grundlage geben, um freiwillig
29 lokale Energieräte zu errichten.

31 Keine Investitionen in die Vergangenheit

32 Wir brauchen keine neuen Kohlekraftwerke. Bei den bestehenden Blöcken des
33 Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg werden wir die bestehenden
34 Vollzugsdefizite im Umweltrecht auflösen und so eine vollständige Kontrolle der
35 gesundheitlichen und umweltbezogenen Auswirkungen durch den Anlagenbetreiber
36 sicherstellen. Der gasbetriebene Block IV sollte modernisiert werden, und als flexible
37 Reserve zur Verfügung stehen.

38
39 Techniken wie die Verpressung von CO₂ in den Boden (CCS) oder wie die derzeit in
40 Nordhessen geplante Suche nach Erdgas durch das Verpressen von Chemikalien ins
41 Erdreich, dem sogenannten „Fracking“-Verfahren, dessen Folgen für Mensch und
42 Umwelt noch gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ebenfalls ab.

43
44 Energieeffizienz: Energie sparen mit Gewinn. Ohne eine Steigerung der
45 Energieeffizienz wird die Energiewende teurer und langwieriger. Wir werden ein neues
46 gebündeltes Energieeinspar- und Energieeffizienzprogramm des Landes Hessen für
47 den Gebäudebestand auflegen, in dem Beratungs- und Förderleistungen mit
48 angemessenen und sozialverträglichen Verpflichtungen der Gebäudeeigentümer zur
49 Energiewende kombiniert werden. Förderprogramme zur energetischen

1 Gebäudesanierung wirken wie ein Konjunkturprogramm, insbesondere für das
2 mittelständisch strukturierte Handwerk. Wichtig ist zudem, dass Mieterinnen und
3 Mieter durch energetische Gebäudesanierungen nicht zusätzlich finanziell belastet
4 werden, aber auch die Vermieter einen Anreiz zur Sanierung erhalten.

5
6 Wir werden die Förderung der energetischen Gebäudesanierung verbessern. Ein
7 wichtiger Schritt wäre der Verzicht auf eine Gewinnausschüttung der KfW in Höhe von
8 2 Mrd. Euro. Diese Mittel sollten für Förderprogramme eingesetzt werden, mindestens
9 50 Prozent der Mittel sollten für den Sozialwohnungsbau reserviert werden. Selbst der
10 Landesanteil an der KfW-Ausschüttung würde immer noch 150 Millionen Euro bringen.
11 Der Landesanteil wird von uns zweckgebunden verwendet und nicht im Haushalt
12 vereinnahmt.

13
14 Das Land Hessen soll bei der energetischen Sanierung eine Vorreiterrolle einnehmen.
15 Wir werden den Zustand und die Sanierungsrate der hessischen Liegenschaften
16 analysieren und anschließend einen Sanierungsfahrplan aufstellen. Dabei wollen wir,
17 dass die angestrebte Sanierungsrate über der von der EU-Energieeffizienzrichtlinie
18 vorgegebenen Rate von drei Prozent liegt.

19
20 Als Geber von Aufträgen jeglicher Art ist das Land Hessen auch wirtschaftlich ein
21 wichtiger Akteur. Ziel muss es sein, eine energieeffiziente Vergabekultur zu
22 entwickeln.

23
24 Eine Energieberatung im weitesten Sinn ist häufig der erste Schritt zu energie- und
25 kosteneffizientem Verhalten und führt zum Einsatz von sparsamen Technologien und
26 Prozessen. Wir werden eine Landesenergieagentur einrichten, die die bestehenden
27 kommunalen Energieberatungsagenturen sowie die Landesregierung und Wirtschaft
28 in Fragen der Energiewende und Effizienz berät. Wir werden durch ein hessisches
29 Zertifizierungs- und Qualifizierungssystem dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und
30 Verbraucher gut qualifizierte Energieberater erkennen und somit der Energieberatung
31 ermöglichen, ihr Potential als wichtiges Instrument voll zu entfalten.

33 Die Vielfalt bringt es

34 Um die mittelfristige Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen
35 wir auf die Kombination aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Bis zu einer
36 100-Prozent-Versorgung aus Erneuerbaren Energien sind dezentrale Gaskraftwerke mit
37 Kraftwärmekopplung eine wichtige Brückentechnologie. Gaskraftwerke können
38 sowohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden. Den Bau von Gas-und-
39 Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) zur Laststeuerung werden wir im Einzelfall prüfen.

40
41 Windkraftnutzung an Land ist die derzeit preisgünstigste und effektivste Form der
42 Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Daher haben wir das Ziel, mindestens 2
43 Prozent der Landesfläche zur Erzeugung von Windstrom zu nutzen. Diese Vorgabe
44 werden wir verbindlich festschreiben. Wir setzen uns für den Ausbau von
45 Kleinwindkraftanlagen ein.

46
47 Windkraft im Wald ist ein wichtiger Baustein für die Energiewende. 42 Prozent der
48 Fläche Hessens ist Wald. Eine höhere Verpachtungsrate mit entsprechendem Gewinn
49 für den Landeshaushalt ist möglich. Wir werden bei der Verpachtung von
50 Windvorrangflächen im HessenForst, die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen,

1 dass regionale Akteure wie Kommunen, Stadtwerken, Energiegenossenschaften
2 bessere Chancen erhalten, Windparks zu betreiben. Darüber hinaus sind. Allerdings
3 sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen des Hessen-Forstes – nach
4 dem Vorbild von Rheinland-Pfalz an den Pachteinnahmen zu beteiligen.

5
6 Wir sehen in Hessen ein großes Potential für den Ausbau der Photovoltaik nach dem
7 Vorbild der Solarregion Nordhessen. Wir werden die im Energiegipfel beschlossenen
8 Maßnahmen beschleunigen und mit ambitionierten Plänen zur Umsetzung
9 unterlegen. Der Schwerpunkt des Ausbaus sollte auch weiterhin in der Nutzung der
10 vielen noch ungenutzten Dachflächen liegen. Wir werden das Hessische Denkmalrecht
11 so ändern, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument missbraucht
12 wird. Wir werden die Hessische Bauordnung so ändern, dass die Statik von neu
13 gebauten Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass sie
14 Anlagen der Photovoltaik und Solarthermie tragen. Zusätzlich werden wir darauf
15 hinwirken, dass vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken
16 sowie Lärmschutzwände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden. Wir
17 werden Hessen zum Vorreiter beim Thema intelligente Netze machen. Darüber hinaus
18 werden wir Projekte zur Steigerung des Eigenverbrauchs des Stroms aus Photovoltaik
19 unterstützen.

20
21 Wir werden die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen und Abfällen
22 der „Biomasse der zweiten Generation“, die nicht in Konkurrenz zur
23 Nahrungsmittelproduktion stehen, durch ordnungspolitische Maßnahmen und
24 gezielte Förderung voranbringen. In diesem Bereich gibt es noch viele ungenutzte
25 Potentiale, wir wollen die Forschung an hessischen Hochschulen insbesondere im
26 Bereich von Energiepflanzen stärken. Als wissenschaftlich-technischen Grundstock für
27 die wachsende Bedeutung energetischer und stofflicher Biomassenutzung gründen wir
28 eine öffentliche Saatgutbank.

29
30 Wir werden die Wasserkraft in hessischen Flüssen im Rahmen der von der EU
31 geforderten Bewirtschaftungspläne in Abstimmung mit den hessischen
32 Umweltverbänden reaktivieren. Mehr als 5 Prozent des hessischen Stromverbrauchs
33 könnten mit Wasserkraft gedeckt werden. Hierfür kann an vielen Flüssen die bereits
34 vorhandene Querverbauung genutzt werden. Wir werden auch die Vergabe und die
35 Nutzung der Wasserrechte auf den Prüfstand stellen. Die Potentiale der
36 Fließgeschwindigkeit bestehender Wasser- und Abwasserleitungen sind zu heben.

37 Tiefengeothermie kann Strom unabhängig von Wind und Sonne liefern. Deshalb
38 werden wir die Chancen und Risiken dieser neuen Art der Energiegewinnung sorgsam
39 erkunden.

40 Wir werden ein vollständiges Landeskataster für Erneuerbare Energien einführen, um
41 allen Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Zugriff auf notwendige Informationen
42 zu ermöglichen. In dem Kataster werden sowohl die regionalen Voraussetzungen für
43 den Einsatz aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien dargestellt, als auch
44 potenzielle Orte für die Errichtung von Pump- und Druckluftspeichern und
45 Fließwasserkraftwerke erfasst. In diesem Landeskataster soll auch das Potenzial von
46 Speicherkapazitäten dargestellt werden. Es wird kontinuierlich fortgeschrieben.

47

48

1 Neue Speicher und Netze

2 Die Schaffung verschiedenster Kurz- und Langzeitenergiespeicher ist einer der
3 wichtigsten Bausteine zur hundertprozentigen Umstellung auf Erneuerbare Energien.
4 Forschung und Entwicklung müssen in diesem Bereich stärker gefördert werden. Hier
5 gibt es zum Beispiel am Fraunhofer-Institut für Windenergie und
6 Energiesystemtechnik (IWES) in Kassel Forschungen im Bereich der Umwandlung von
7 Windstrom in Methan, das in unserem Erdgasnetz transportiert und gespeichert
8 werden kann.

9
10 Eine wesentliche Rolle bei der Energiewende spielt der Aus- und Umbau des
11 Stromnetzes. Wir setzen auf dezentrale Energieerzeugung, um Wertschöpfung in der
12 Region zu erreichen und lange Transportwege und die damit verbundenen
13 Energieverluste zu vermeiden. Je mehr Strom verbrauchsnahe erzeugt wird, umso
14 geringer ist der Zubau neuer Übertragungsnetze. Wir werden mit den Netzbetreibern
15 ein landesweites Szenario für das Verteilnetz entwickeln und die Öffentlichkeit hierbei
16 einbinden. Wir stehen für einen intensiven Dialog und echte Bürgerbeteiligung. Die
17 Energiewende ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, die wir zusammen mit den
18 Bürgerinnen und Bürgern realisieren wollen.

19
20 Die Verteilnetze sind grundsätzlich als Erdkabel auszubauen, um den
21 Landschaftsverbrauch und die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner zu
22 reduzieren. Auch bei Höchstspannungsverbindungen müssen die Möglichkeiten für
23 Erdkabel so weit es geht genutzt werden. Schließlich müssen für Stromtrassen
24 verbindlich Abstandsregelungen zu Wohnhäusern festgelegt werden.

27 Forschung

28 Wir werden Forschung und Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien und der
29 Energieeffizienz ausbauen. Die Ausgaben hierfür sind derzeit in Hessen noch
30 unterdurchschnittlich. Wer jedoch Innovation und Fortschritt will, der muss in
31 Forschung und Entwicklung investieren. Hessen braucht kluge Köpfe und Konzepte,
32 um bei den Themen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiespeicher die
33 Nase vorn zu haben. Daher werden wir bestehende Einrichtungen wie z. B. das Institut
34 dezentrale Energietechnologien (IdE) und das IWES weiter stärken.

36 Intelligenter Verkehr

37 Die Energiewende ist nur mit einer Wende im Verkehrssektor realisierbar. Daher setzen
38 wir uns für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie einer
39 flächendeckenden Versorgung mit Tankstellen für Elektrofahrzeuge ein. In
40 Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen unterstützen wir die hessischen
41 Automobilhersteller bei der Entwicklung neuer energiesparsamer Fahrzeuge mit
42 alternativen Antriebsformen wie Erdgas und Strom. Wir werden eine Enquete-
43 Kommission zur Zukunft und Entwicklung des Verkehrs in Hessen einsetzen.

46 2.6 Mobilität sichern

47

1 Hessen ist das wichtigste Transitland Deutschlands und Europas. Eine gut ausgebaute
2 und vernetzte sowie in ihrer Unterhaltung gesicherte Verkehrsinfrastruktur mit
3 leistungsfähigen Verkehrsträgern – wie Bahn und Nahverkehrssystemen – ist
4 Voraussetzung und Garant eines unverzichtbaren Instruments für unsere
5 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.
6 Verkehrspolitik ist aber auch immer gleichzeitig Strukturpolitik – nur wo
7 leistungsfähige Verkehre ermöglicht werden, können sich Regionen und deren
8 Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterentwickeln.
9 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind daher vorrangige Zukunftsinvestitionen
10 – denn diese bilden das Rückgrat unserer Exportnation und sind gleichzeitig auch
11 wesentliche Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit Wachstum, Wohlstand,
12 Klimaschutz und Lebensqualität.
13 Mobilität ist gerade in Hessen eine Zukunftsaufgabe, die mit mehreren
14 Herausforderungen konfrontiert ist. Mobilität muss bezahlbar sein, sowohl für
15 Privatpersonen als auch für Unternehmen, wobei die Kosten dafür nicht auf die
16 Allgemeinheit verlagert werden dürfen. Mobilität muss nachhaltig sein, damit die
17 Energiewende gelingt und um Umwelt, Gesundheit und Klima zu schützen. Mobilität
18 darf nicht krank machen, deshalb ist u. a. Lärmschutz von elementarer Bedeutung.
19 Mobilität braucht moderne Infrastruktur. Mobilität ist im ländlichen Raum
20 konzeptionell und organisatorisch mit anderen Herausforderungen als im
21 Ballungsraum konfrontiert.
22 In der Landespolitik muss daher dem öffentlichen Verkehrsangebot und der
23 Integration der Verkehrsträger ein deutlich stärkerer Stellenwert eingeräumt werden,
24 der dessen wirtschafts-, sozial-, siedlungs-, energie- und umweltpolitischer Bedeutung
25 gerecht wird.
26

27 Schwarz-gelbe Politik der Worthülsen

28 Die Landesregierung in Hessen ist im Bereich Mobilität und Verkehr nicht durch
29 innovative Konzepte, sondern durch Tatenlosigkeit, den Wortbruch beim
30 Nachtflugverbot und Worthülsen wie „Staufreies Hessen“ aufgefallen. CDU und FDP
31 leben hier von der Hand in den Mund: Schon die aus unserer Sicht selbstverständliche
32 Weiterreichung von Bundesmitteln wird als Erfolg verkauft.
33

34 Bei notwendigen Schienenprojekten herrscht seit Jahren Stillstand: Der mehr als
35 überfällige Ausbau der Bahnstrecke Fulda – Frankfurt kommt nicht voran; bei der ICE –
36 Verbindung Rhein-Main – Rhein-Neckar gibt es keine Bewegung. Eine Perspektive für
37 den notwendigen S-Bahn Anschluss an das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen ist
38 nicht absehbar. Bei der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ hat ein Abbau von
39 Verbindungen stattgefunden, statt dass sie attraktiver geworden wäre.
40

41 Die Bedeutung des ÖPNV in Hessen - unter sozialdemokratischer
42 Regierungsverantwortung noch vorbildlich mit eigenen Landesmitteln gefördert – hat
43 unter Regierungsverantwortung von CDU und FDP abgenommen. Es gibt auf
44 Landesebene kein Konzept, wie der ÖPNV in Zukunft die unterschiedlichen
45 Herausforderungen z. B. im Ballungsraum und ländlichen Raum bewältigen soll.
46

47 Hessen als Bundesland in der Mitte Europas mit hohen Ansprüchen an die Mobilität in
48 seinen ländlichen Regionen und Ballungsräumen, braucht ein zukunftsfähig
49 finanziertes und alle Verkehrsträger umfassendes und verbindendes Verkehrskonzept.

1
2 Der Ausbau der A 44 und der Ausbau der A 49 sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen,
3 die wir unterstützen und vorantreiben werden. Leider gab es beim Ausbau der A 44
4 wegen nicht gerichtsfester Planfeststellungsbeschlüsse erhebliche Verzögerungen.
5 Dafür ist die schwarz-gelbe Landesregierung verantwortlich. Bei der A 49 ist die
6 Finanzierung der gesamten Maßnahme noch nicht gesichert.

7
8 Beim Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Hessen liegen Anspruch und Wirklichkeit
9 weit auseinander. Hier bekommt Hessen katastrophale Beurteilungen. Beim
10 Bundesländerranking Mobilitätsindex liegt Hessen auf dem letzten Platz. In Hessen
11 gibt es die höchste Anzahl an sanierungsbedürftigen Brücken. Insgesamt beträgt der
12 Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen bei mindestens 4 Milliarden
13 Euro. Allein für überregionale Schienenausbauprojekte fehlen in Hessen über 6
14 Milliarden Euro.
15 Alle Aspekte der Mobilitätsentwicklung in Hessen fassen wir in einem jährlichen
16 Mobilitätsbericht zusammen.

18 **Moderne Verkehrspolitik**

19 Der Sanierungsbedarf der Verkehrswege ist dramatisch hoch, die bisherigen
20 Finanzierungsvolumen und -wege reichen nicht aus, um den Substanzverlust der
21 Verkehrsinfrastruktur zu sichern. Hessen braucht mehr Mittel und ein größeres
22 Gewicht in Berlin. Außerdem braucht Hessen ein integriertes Verkehrssystem. Unser
23 Ziel ist Mobilität aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll
24 ergänzen. Hierbei soll das HOLM (House of Logistics and Mobility) eine wichtige Rolle
25 spielen.

26 Auf Bundesebene muss erreicht werden, dass für die im Jahre 2019 auslaufende
27 Förderung nach dem GVFG (Bundes-GVFG) eine Nachfolgeregelung mit einer
28 adäquaten Finanzmittelausstattung getroffen wird. Sie kann verbunden werden mit
29 der dringend notwendigen Reform der Bundesverkehrswegeplanung.

30

31 **Internationale Bauausstellung "Moderne und gesundheitsverträgliche 32 Mobilität"**

33 Die besonderen Herausforderungen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik erfordern
34 besondere Wege. Daher schlagen eine IBA "Moderne und gesundheitsverträgliche
35 Mobilität" vor. Internationale Bauausstellungen haben in der Vergangenheit
36 modellhafte Lösungen für Wohnungs- und Stadtentwicklungsfragen über ein
37 Jahrzehnt entwickelt und umgesetzt. Wir wollen dieses Konzept für die Lösung der
38 neuen Herausforderung bei der Vernetzung von Mobilität nutzen. Gerade im
39 Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main existieren enorme Koordinierungsaufgaben
40 wegen der Verkehrsdrehkreuze Frankfurter Flughafen, Schienenverkehr und
41 Autobahnen. Vernetzung, Sicherheit, Lärmschutz, Infrastrukturverbesserung,
42 Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit sind die sechs zentralen Themen einer IBA Mobilität.

43

1 Schienenverkehr

2 Die bestehenden Kapazitäten im Schienenverkehr reichen nicht aus, um den
3 zukünftigen Bedarf im Personen- und Güterverkehr zu bewältigen. Die Kapazitäten
4 müssen deutlich erhöht werden.

5 Neben der Unterstützung für den Neu- und Ausbau bestehender Verbindungen
6 werden wir die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen.

7 Der in den letzten Jahren gestiegene Bahnverkehr führt für die Anwohnerinnen und
8 Anwohner an den betroffenen Strecken durch die Zunahme von Bahnlärm zu
9 gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir werden alle Maßnahmen, auch die Prüfung
10 von Alternativstrecken und den Einsatz lärmarmen Güterwaggons unterstützen, die zur
11 Reduzierung von Bahnlärm führen.

12

13 Verlagerung von Güterverkehr

14 Allein von 1992 – 2008 ist der Güterverkehr auf den Straßen um 92 Prozent gestiegen.
15 Irgendwann werden die Straßen diese Belastungen nicht mehr bewältigen können. Mit
16 dem wachsenden LKW-Verkehr steigen auch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen
17 der Menschen. Der steigende Güterverkehr wird die Mobilität von Menschen und
18 Gütern einschränken, wenn wir nicht gegensteuern. Hessen braucht ein
19 Logistikkonzept.

20

21 Wir werden den Ausbau von Güterverkehrszentren und regionalen Logistikzentren
22 fördern, um möglichst viele Güter auf andere Verkehrsträger wie Schiene und Wasser
23 zu lenken. Insbesondere ist hier ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zu
24 machen.

25

26 Ballungsraum und ländlicher Raum

27 Die regionale Verflechtung bestimmt das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und
28 Freizeit. Die große Herausforderung ist, dass sowohl im Ballungsraum als auch in den
29 Kommunen auf dem Land die Menschen ihre Arbeitsplätze in zumutbaren Zeiten und
30 zu bezahlbaren Konditionen erreichen und ihr Alltagsleben meistern können. So muss
31 eine angemessene Grundversorgung vor Ort erhalten bleiben. Auch dürfen fehlende
32 Verkehrsanbindungen nicht dazu führen, dass Bildungschancen beeinträchtigt werden.

33 Die verschiedenartigen Herausforderungen verlangen unterschiedliche Antworten. Wir
34 setzen im Ballungsraum auf einen leistungsstarken ÖPNV, um hier Mobilität zu
35 gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum aus den
36 Großstadtregionen auch spät abends noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht
37 werden kann.

38 Um die Mobilität vom ländlichen Raum in den Ballungsraum zu gewährleisten, ist eine
39 bessere Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger notwendig, die das Umsteigen
40 von einem Verkehrsträger auf den anderen erleichtern. Daher werden wir z. B. den
41 Ausbau der „Park and Ride“ und Mitfahrer-Parkplätze forcieren. Schienengleiche
42 Bahnübergänge in Bahnhöfen und an Haltestellen ohne Rampen oder Fahrstühlen
43 müssen zur Benutzung für Rollstühle und Kinderwägen zugänglich gemacht werden

44 Im ländlichen Raum werden wir innovative Konzepte, wie zum Beispiel die Einrichtung
45 von Bürgerbussen, wenn dies vor Ort gewünscht wird, unterstützen.

1

2 Hessische Verkehrsverbände

3 Die hessischen Verkehrsverbände haben in der Vergangenheit wesentlich dazu
4 beigetragen, vor Ort ein qualitativ hochwertiges ÖPNV Angebot vorzuhalten. Die
5 Verbände können die Situation vor Ort am besten beurteilen und zielgenaue Lösungen
6 anbieten. Wir werden daher die bewährte Struktur der hessischen Verkehrsverbände
7 weiterentwickeln.

8

9 Sanierungsstau abarbeiten

10 In Hessen ist unter CDU/FDP Verantwortung aufgrund von unterlassenen
11 Sanierungsmaßnahmen ein riesiger Sanierungsstau im Bereich der
12 Verkehrsinfrastruktur entstanden. Wenn wir hier nicht gegensteuern, hinterlassen wir
13 nachfolgenden Generationen einen unverantwortlichen Werteverzehr bei der
14 Infrastruktur. Hier müssen zukünftig Prioritäten gesetzt werden.

15 Zur Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen ist eine Ausweitung der
16 LKW-Maut auf alle Straßen notwendig. Ein LKW verursacht im Bereich der
17 Straßeninfrastruktur Schäden im Gegenwert von 60000 PKW. Nach dem
18 Verursacherprinzip ist es folgerichtig, den Verursacher stärker als bisher an den
19 Sanierungskosten zu beteiligen. Eine LKW-Maut auf allen Straßen wird auch dazu
20 führen, dass die ärgerlichen Ausweichverkehre zukünftig entfallen.

21

22 Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen

23 Die Beteiligung der Menschen vor Ort im Vorfeld des Planungsprozesses von
24 Infrastrukturmaßnahmen kann die Akzeptanz der jeweiligen Maßnahme erhöhen. Ziel
25 muss sein, die immer häufiger auftretenden Konflikte zwischen der Politik und den
26 Bürgern zu entschärfen. Für uns steht eine umfassende Beteiligung der betroffenen
27 Bürgerinnen und Bürger nicht unbedingt im Gegensatz zu kurzen Planungs- und
28 Bauzeiten. Im Gegenteil: Umfassende Information und Beteiligung im Vorfeld der
29 Maßnahme kann spätere langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen ersparen.

30

31 Lärmschutz

32 Der Verkehr in Hessen muss leiser werden. Wir werden uns für Lärmreduktion durch
33 alle technisch möglichen Maßnahmen und Betriebsweisen in allen Verkehrsbereichen
34 einsetzen, die den Lärm weitest möglich reduzieren. Maßnahmen zur Verringerung der
35 sonstigen Emissionen von Verkehr (CO₂, Luftschadstoffe) werden wir unterstützen.

36 Lärm spielt als Gesundheitsrisiko eine bedeutende Rolle. Das gilt insbesondere für den
37 Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecke im Mittelrheintal und den LKW-Verkehr. Wir
38 setzen uns dafür ein, dass Verursacher von Lärm für einen ausreichenden Lärmschutz
39 sorgt. Aktiver Lärmschutz hat bei uns Vorrang vor Maßnahmen des passiven
40 Schallschutzes.

41 Wir wollen, dass ab 2020 keine lauten Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen in
42 Hessen mehr verkehren und setzen uns daher dafür ein, dass der Güterwagenbestand
43 rasch umgerüstet wird und Grauguss-Bremssohlen spätestens ab 2020 die europäische
44 Zulassung entzogen wird.

1

2 **Verkehrssicherheit**

3 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit war kein Schwerpunkt der schwarz-gelben
4 Landesregierung; in vielen Regionen Hessens sind die Unfallzahlen und auch die Zahl
5 der Verkehrstoten erstmals seit Langem wieder angestiegen. Wir werden die Ursachen
6 analysieren und alles tun, um die Verkehrsunfälle und ihre Folgen zu reduzieren. Die
7 Gemeinden erhalten wieder mehr Spielräume zur Gestaltung von innerörtlichen
8 Tempolimits und Durchfahrtsverboten. Wir werden mit einer Bundesratsinitiative die
9 Möglichkeiten zur örtlichen Entscheidung über innerörtliche Tempolimits
10 unterstützen.

11 Beim öffentlichen Nahverkehr wollen wir die Sicherheit erhöhen, sodass insbesondere
12 Frauen auch in den Abend- und Nachtstunden die Verkehrsangebote mit einem
13 sicheren Gefühl nutzen können. Dieses Ziel ist auch bei der Neugestaltung von
14 Bahnhöfen und Haltestellen zu beachten (etwa durch ausreichende Beleuchtung,
15 Notrufsäulen).

16

17 **Fahrradverkehr**

18 Immer mehr Menschen begeistern sich für das Radfahren. Auch unter Umweltaspekten
19 kommt dem Radverkehr eine zunehmende Bedeutung zu. Unsere Zielvorgabe ist
20 Radfahren unter guten Verkehrsbedingungen auf einem sicheren und attraktiven
21 Radwegenetz in Hessen zu ermöglichen. Hierbei setzen wir auf die Verbesserung der
22 Beleuchtungssituation, der Fahrbahndecken und den Ausbau von
23 Fahrradabstellanlagen. Insbesondere an Schulen und ÖPNV Haltestellen. Wir werden
24 kontinuierlich das Radwegenetz in Hessen ausbauen und für eine bessere
25 Beschilderung sorgen. Wir unterstützen die Nutzung von Elektrofahrrädern unter
26 anderem durch den Ausbau von Ladestationen. Wir werden im Verkehrsministerium
27 einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin für den Radverkehr schaffen.

28

29 **Fußgängerinnen und Fußgänger**

30 Fußgängerinnen und Fußgänger haben im Verkehrssystem die geringste Lobby,
31 umfassen aber meist gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -
32 teilnehmer wie etwa Kinder und ältere Menschen. Fast die Hälfte der Todesfälle bei
33 Kindern ist auf solche Verkehrsunfälle zurückzuführen. Fußgängerzonen und Wege
34 dürfen nicht länger als Restfläche von Auto- und Fahrradwegen betrachtet werden.
35 Wir wollen eine Stadtplanung, in der der Fußverkehr einen Anspruch auf kurze,
36 logische und sichere Wege hat, die miteinander verbunden und allein dem Fußverkehr
37 vorbehalten sind.

38

39 **2.7 Ehrliche Politik für Flughafen und Region**

40 Der Frankfurter Flughafen ist die größte Betriebsstätte der Bundesrepublik
41 Deutschland und bietet vielen Zehntausend Menschen direkt und indirekt Arbeit und
42 Einkommen. Gleichzeitig steht er in der Region u. a. durch die hohen Lärmpegel für
43 eine große Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner. Im Bewusstsein dieser
44 Doppelstellung hat sich die rot-grüne Landesregierung unter Hans Eichel in der
45 Wahlperiode 1995-1999 für ein Mediationsverfahren entschieden. Am Ende stand ein 5-

1 Punkte-Plan, dessen einzelne Bestandteile untrennbar miteinander verbunden sein
2 sollten. Das Mediationsergebnis bestand aus den Komponenten Optimierung des
3 Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und
4 dem Regionalem Dialogforum.

5
6 Wir haben die abgewogene Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des
7 Frankfurter Flughafens begrüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und
8 verteidigt. Ein Mediationsverfahren kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die dort
9 geweckten Erwartungen eintreffen (z.B. Schaffung von 57.000 Arbeitsplätzen bis 2015)
10 und die dort gemachten Zusagen eingehalten werden (z.B. die Einrichtung von
11 Lärmobergrenzen). CDU und FDP haben die Schutzmaßnahmen des
12 Mediationsergebnis in wesentlichen Bestandteilen bis heute nicht umgesetzt.

13
14 Die Proteste der Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Hintergrund der faktischen
15 Belastung, durch die neuen Flugrouten und das Ausmaß der Lärmbelastung sowie der
16 Kaltschnäuzigkeit der Landesregierung verständlich und begründet, auch wenn wir
17 nicht alle Forderungen teilen.

18 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Mediationsergebnis zunächst ignoriert,
19 dann dagegen geklagt und setzt nun halbherzige Maßnahmen mit jahrelanger
20 Verspätung um. Der Vertrauensverlust in der Region ist nachhaltig und dauerhaft.

21
22 Die Trickereien der schwarz-gelben Landesregierung gehen aber weiter. Mit der
23 sogenannten Planklarstellung hat sie zukünftigen Regierungen und der Region die
24 rechtlichen Möglichkeiten des Landes für weitergehende Regelungen auf der
25 Landesebene weitgehend genommen. Dies ist das Ergebnis des Umgangs der
26 Regierung Bouffier/Hahn mit den berechtigten Sorgen und Nöten der Menschen in der
27 Region Frankfurt/Rhein-Main. Wir setzen weiter auf politische Möglichkeiten, die am
28 Ende auch rechtssicher gemacht werden sollen.

29 Landespolitische Handlungsmöglichkeiten

30
31 Aus unserer Sicht gibt es vier Wege: Änderungen von Bundesgesetzen, neuer Antrag
32 der Fraport auf Änderung der Betriebsgenehmigung und ein neuer freiwilliger
33 regionaler Konsens unter allen Akteuren sowie die Umsetzung von Lärmobergrenzen.
34 Die Handlungsoptionen einer Landesregierung aus eigener Rechtskraft sind allerdings
35 durch das Manöver mit der Planklarstellung fast ausgeschöpft. Das bedeutet aber
36 nicht, dass es keine Handlungsoptionen gibt. Sollten sich etwa aus ausstehenden
37 Urteilen neue und weitere Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden wir diese zum
38 Zwecke des Lärmschutzes nutzen (z.B. im Rahmen eines Planergänzungsverfahrens).
39 Vor allem aber werden wir eine politische Initiative aus bundesrechtlichen Änderungen
40 und einem neuen regionalen Konsens ergreifen, um die Gesundheit und die
41 Lebensqualität der Menschen im Flughafenumland zu verbessern.

42
43 Das Aktienrecht setzt der Einflussnahme der öffentlichen Anteilseigner auf den
44 Vorstand von Fraport enge Grenzen. Dennoch müssen das Land und die Stadt Frankfurt
45 als Mehrheitseigner des Flughafens sicher stellen, dass von diesen keine
46 unzumutbaren Belastungen für Menschen und Umwelt ausgehen.

1 Neuer Flughafenkonsens

2

3 Wir brauchen einen neuen, ernst gemeinten Dialog über die Rahmenbedingungen der
4 Flughafenentwicklung, da die Region weder auf den Flughafen noch der Flughafen auf
5 die Region verzichten kann. Die Voraussetzungen dafür sind angesichts der faktischen,
6 rechtlichen und regionalen Ausgangslage sehr schwer. Für uns ist aber klar: Die
7 prognostizierte und vom Planfeststellungsbeschluss am Ausbauende ermöglichte
8 Lärmbelastung ist zu hoch. Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger vor der
9 Lärmbelastung - sowohl in der Nacht als auch am Tag - muss Priorität haben.

10

11 Wir werden ein regionales Lärmschutzkonzept fördern und mit den Kommunen
12 erstellen. Darüber hinaus sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die auf eine
13 Lärmreduzierung hinwirken. Hierzu kann beispielsweise die Einführung des CDA- und
14 Point-Merge-Verfahrens gehören sowie weitere An- und Abflugverfahren, deren
15 Erforschung und Erprobung wir einfordern werden.

16

17 Vorrangiges Ziel ist daher für uns die Durchsetzung von Lärmobergrenzen, womit wir
18 auch eine Entkopplung von Flugbewegungen und Lärmbelastung erreichen wollen. Wir
19 werden über die Frage, wie Lärmobergrenzen definiert werden, ebenso wie über die
20 Durchsetzungsinstrumente unverzüglich in Gespräche mit allen Beteiligten
21 (Bürgerinitiativen, Kommunen, Airlines, Flugsicherung, Fluglärmkommission und
22 Flughafen) gehen. Dabei muss auch der Schutz vor anderen Lärmquellen
23 mitberücksichtigt werden. Während sich CDU und FDP bei allen Maßnahmen rund um
24 den Flughafen nahezu ausschließlich von der Luftverkehrswirtschaft beraten lassen,
25 werden wir anerkannte und von der Luftverkehrswirtschaft unabhängige Fachleute an
26 den Tisch holen, die insbesondere auch die Gesundheit und Lebensqualität der
27 betroffenen Menschen im Blick haben (z.B. Ärzte und das Umweltbundesamt). Zudem
28 ist in dem neuen Dialog besonderer Wert auf die Verfahrenstransparenz zu legen.

29

30 Wir halten an der strikten Einhaltung der Nachtruhe in der sog. Mediationsnacht fest.
31 Für viele Menschen in der Region ist sie eine wirkliche Entlastung, die ohne das
32 Mediationsergebnis nicht möglich wäre. Gleichzeitig sind viele Menschen neu und
33 stark belastet. Deshalb müssen weitere schnellstmögliche Entlastungen durch ein
34 wirkliches Anschwellen zwischen 5:00 und 6:00 Uhr sowie Abschwellen zwischen
35 22:00 und 23:00 Uhr, durch die schnellstmögliche Einführung lärmoptimierter An- und
36 Abflugverfahren, durch belastungsärmere Flugroutenplanung sowie eine
37 konzentrierte Nutzung des Bahnsystems (Lärmpausen) müssen konsequent genutzt
38 werden. Ausnahmegenehmigungen wollen wir strikt auf Notfälle beschränken.

39

40 Die Planungen für den Bau des Terminals 3 müssen im Lichte der aktuellen
41 wirtschaftlichen und regionalen Entwicklungen überprüft und angepasst werden. Das
42 Terminal 3 ist überdimensioniert.

43

44 Wir wollen den Vorrang von aktivem vor passivem Schallschutz. Die lärmabhängigen
45 Landegebühren müssen ständig weiter angepasst und gegenüber heute noch viel
46 stärker gespreizt werden, so dass sie einen wirksamen Anreiz zum Einsatz leiser
47 Flugzeuge bieten. Besonders laute Flugzeugtypen wollen wir gänzlich von Frankfurt
48 fernhalten. Das 10-Punkte-Programm der Frankfurter Fluglärmkommission begrüßen
49 und unterstützen wir ausdrücklich.

50

51 Wir wollen passiven Schallschutz für die gesamten betroffenen Gebäude und ein

1 Immobilienmanagement für besonders Betroffene sowie eine Ausweitung des Casa-
2 Programms. Für soziale Einrichtungen werden wir ein Lärmschutzsofortprogramm
3 initiieren. Sowohl die Fraport als auch die öffentlichen Anteilseigner müssen sich
4 weiterhin auch der finanziellen Verantwortung für den passiven Lärmschutz stellen.
5 Dies gilt sowohl für Sozial- und Bildungseinrichtungen als auch für Privathäuser. Dazu
6 werden wir in Verbindung mit kommunalen und landeseigenen
7 Wohnungsunternehmen neue Modelle prüfen.

8
9 Wie vom Deutschen Ärztetag 2012 zum Schutz der Bevölkerung gefordert, werden wir
10 die neuesten medizinischen Erkenntnisse aus der Lärmwirkungsforschung
11 berücksichtigen. Dabei soll insbesondere die Lärmschutzstudie NORAH belastbare
12 Daten für eine Weiterentwicklung des Lärmschutzes liefern. Darüber hinaus sollen
13 jedoch auch andere medizinische Erkenntnisse und die Empfehlungen der
14 Weltgesundheitsorganisation WHO zur Fluglärmbelastung Eingang in eine neue
15 Luftverkehrspolitik finden.

16
17 In der Vergangenheit wurden in der Öffentlichkeit vielfach Versprechen abgegeben,
18 die dann nicht eingehalten wurden. Wir werden deshalb prüfen, ob und inwieweit die
19 Zusagen der Luftverkehrswirtschaft und der Flugsicherung aus der Vergangenheit zum
20 Schutz der Anwohner des Flughafens umgesetzt wurden und werden strikt auf die
21 pünktliche Einhaltung neuer Zusagen achten.

22
23 Die SPD wird den Dialog für einen neuen Flughafenkonsens sofort starten, um so
24 schnell wie möglich zu konkreten und wirksamen Ergebnissen zu kommen.

25 26 Bundes- und europapolitische Initiativen

27
28 Wir setzen uns auch weiterhin für ein abgestimmtes nationales und europäisches
29 Flughafensystem ein, genauso wie für eine bundesdeutsche und europäische
30 Lärmschutzgesetzgebung, die Menschen am Tag und in der gesetzlichen Nacht (22.00h
31 bis 6.00h) besser schützt. Dazu werden wir insbesondere Initiativen im Bundesrat
32 einbringen.

33
34 Wir werden ebenfalls im Bundesrat aktiv, um endlich den Lärmschutz angemessen im
35 Luftverkehrsrecht zu verankern. Mit Blick auf die evidenten gesundheitlichen Risiken,
36 denen die Bevölkerung im Umfeld der Flughäfen ausgesetzt ist, sollte dem Lärmschutz
37 nach den Sicherheitsaspekten Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen eingeräumt
38 werden. Wir wollen sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von
39 Flughäfen sowie der Festlegung von Flugrouten und An- und Abflugverfahren beteiligt
40 werden. Alle Akteure der Luftverkehrswirtschaft müssen sich dem Thema Lärmschutz
41 stärker stellen, dies gilt insbesondere auch für die Deutsche Flugsicherung.

42
43 Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Einfluss der Internationalen
44 Zivilluftfahrtorganisation ICAO auf deren Kernaufgabe beschränkt wird und der
45 Einfluss der ICAO auf Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz zurückgedrängt wird.
46 Aktuell setzen wir uns für eine Fortschreibung der Richtlinie 2002/30/EG zu Regeln und
47 Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union ein und
48 lehnen den Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission, der sich im
49 Rechtssetzungsverfahren befindet, ab, weil dieser ein zu starkes Gewicht auf die
50 Kosteneffizienz von Lärmschutzmaßnahmen legt. Wir werden die Verhandlungen der
51 ICAO zum CO₂-Zertifikatehandel kritisch beobachten und nicht jedes
52 Verhandlungsergebnis akzeptieren.

1

2 **Gute Arbeitsbedingungen am Flughafen**

3 Der in Teilen ruinöse Wettbewerb in der Luftverkehrswirtschaft darf nicht auf dem
4 Rücken der Region und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (z.B. bei den
5 Bodenverkehrsdiensten) ausgetragen werden. Mehr Arbeitsplätze und gut bezahlte
6 Arbeit – von denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben können, ohne
7 Transferleistungen zu beziehen – sind das zentrale Interesse der Sozialdemokratie,
8 auch am Flughafen. Insbesondere daran werden wir die Entwicklungen am Flughafen
9 bewerten. Auch deshalb wollen wir einen neuen Flughafenkonsens. Im Interesse der
10 Region und im Interesse des Flughafens!

11

12 **Regionalflughafen Kassel-Calden**

13 Der im April 2013 fertiggestellte Regionalflughafen Kassel-Calden, zu dem sich die
14 Region nach wie vor bekennt, ist ein wichtiger Baustein für die nordhessische Regional-
15 und Strukturentwicklung. Um die Wirtschaftlichkeit des Flughafen Kassel-Calden zu
16 erhöhen, werden wir den vom Hessischen Landtag gefassten Beschluss umsetzen und
17 mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem HOLM ein Konzept zur Ansiedlung
18 für luftfahrtaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen
19 entwickeln sowie eine Beteiligung der nordhessischen Wirtschaft an der
20 Trägergesellschaft einfordern.

3. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt wieder stärken

3.1 Soziale Gerechtigkeit

14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit

Seit 1999 wurden in Hessen zentrale Elemente eines ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats zerschlagen. Die Sozialpolitik von CDU und FDP ist geprägt von organisierter Verantwortungslosigkeit: Den Sozialhaushalt machten Roland Koch und Volker Bouffier zum Steinbruch der Haushaltspolitik. Das Land hat sich etlicher Aufgaben entledigt und sie an die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wichtige Koordinierungs- und Kooperationsstrukturen wurden beseitigt. In puncto Krippenplätze versäumt es die amtierende Landesregierung den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Bei einem Bedarf für 40 Prozent der unter-3-jährigen fehlen in Hessen mindestens 15.000 Krippenplätze. Lange Wartezeiten erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für hessische Frauen erheblich. Übrig bleiben im Wesentlichen Schaufensterprojekte ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne nennenswerten Mehrwert wie die „Familienkarte Hessen“.

Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben und die zentralen Freiheits- und Chancenversprechen unserer Zeit nutzen können - unabhängig von Geburt, Geschlecht, sozialer Herkunft, Alter, Konstitution und Einkommen. Dazu benötigen wir einen aktiven und einen vorbeugenden Sozialstaat.

Der aktive Sozialstaat unterstützt und fördert so weit wie nötig, ohne zu bevormunden. Der vorbeugende Sozialstaat beseitigt Benachteiligungen, bevor sie entstehen, und baut Ungleichheiten ab, wenngleich Unterschiedlichkeiten bestehen bleiben können. Er hilft damit nicht nur denen, die er fördert, sondern vermeidet für die ganze Gesellschaft zukünftige Reparaturkosten, wie sie etwa durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität entstehen. Der Sozialstaat garantiert Inklusion durch Teilhabe und Partizipation für alle.

Inklusion ist der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch Geburt, Geschlecht, soziale Herkunft, Alter, Konstitution und Besitz hervorgerufenen Unterschiede so ausgeglichen werden, dass jeder und jede die gleiche Chance von Anfang an auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat. Wir fordern die Aufnahme der Inklusion als Grundrecht in die Hessische Verfassung.

Die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik ist die soziale Infrastruktur, ohne die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist. Kindertagesstätten und Jugendhilfe, Krankenhäuser und Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prävention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen, Arbeitsförderung, Beratungsangebote, sozialer Wohnungsbau, diese Angebote der

1 Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabilität und ermöglichen ein
2 selbstbestimmtes Leben. Mit einem nachhaltig finanzierten Sozialbudget werden wir
3 die unter Schwarz-Gelb beseitigte soziale Infrastruktur gemeinsam mit den
4 Betroffenen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen wieder aufbauen und eine neues
5 soziales Netz für Hessen knüpfen.

6
7 Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns
8 deshalb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen
9 Einrichtungen angemessen entlohnt und vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

10
11 Wir werden eine Sozialberichterstattung schaffen, die diesen Namen verdient. Sie ist
12 die Grundlage einer bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hessen. Sie muss
13 konsequent in Form eines Reichtums- und Armutsberichtes des Landes Hessen Armut,
14 Reichtum und differenzierte soziale Indikatoren landesweit abbilden.

15
16 Ein neues soziales Netz für Hessen kann niemals allein von der Landespolitik geknüpft
17 werden, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Trägern, Verbänden und
18 Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, den Sozialpartnern, dem
19 Land und den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband. Mit uns wird das Land
20 mit den Trägern der Wohlfahrtspflege in Dialog und Kooperation im Haus des Sozialen
21 Hessens zusammenarbeiten und verloren gegangenes Vertrauen neu aufbauen.

23 Hessen zum Familienland machen

24 Familie ist dort, wo Kinder sind und dort, wo Menschen unterschiedlicher
25 Generationen füreinander eintreten. Unsere Familienpolitik ermöglicht und fördert
26 die Entscheidung für Familie und für die Übernahme familiärer Verantwortung für
27 Kinder und für Pflegebedürftige. Wir wollen, dass Frauen und Männern sich in jeder
28 Lebenssituation für Kinder entscheiden können. Eine sozialdemokratische
29 Landesregierung wird deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent
30 fördern und dabei mit ihren Beschäftigten in der Landesverwaltung eine
31 Vorbildfunktion übernehmen. Wir werden das Studieren mit Kind an hessischen
32 Hochschulen erleichtern. Eine gute und umfassende Kinderbetreuung ist fester
33 Bestandteil in unserem „Haus der Bildung“.

34
35 Wir wollen, dass Familie zu werden von Anfang an erfolgreich ist. Deshalb werden wir
36 ein flächendeckendes Angebot aufsuchender Hilfen durch Familienhebammen und
37 Familienhelfer in Hessen etablieren und entsprechende Ausbildungskapazitäten
38 schaffen. Ein solches Angebot muss ein diskriminierungsfreies Hilfsangebot sein und
39 weit über die bestehenden Angebote und Strukturen hinausgehen.

41 Kinder und Jugendliche im Zentrum

42 Bestmögliche emotionale und soziale Förderung von Kindern ist weit mehr als die
43 traditionell krisenorientierte Kinder- und Jugendhilfe. Sie muss angemessen ausgebaut
44 werden. Deshalb werden wir ein flächendeckendes Angebot sozialer Arbeit in der
45 Schule schaffen. Dadurch wird Schule zur ganzheitlichen Bildung erweitert, die
46 Inklusive Schule gefördert und die Brücke zur außerschulischen Jugendarbeit als
47 eigenständige Bildungssäule hergestellt. Die strukturelle Förderung der
48 außerschulischen Jugendarbeit wollen wir nachhaltig sichern. Die Einbindung von

1 Jugendverbänden und Sportvereinen halten wir für unverzichtbar für die Gestaltung
2 von Ganztagschulen als Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

3
4 Die neue Landessozialpolitik, die sich am ortsteilbezogenen Bedarf orientiert,
5 unterstützt auch die Kommunen in ihrer „offenen Jugendarbeit“. Wir reduzieren
6 Jugendarbeit nicht auf die Frage, welche Probleme Jugendliche machen, sondern
7 wollen, dass darauf eingegangen wird, welche Probleme Jugendliche haben.
8 Gemeinsam mit den Trägern politischer Jugendbildung wollen wir die politische
9 Bildungsarbeit weiterentwickeln.

10 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Kontext und die
11 Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen am Schulleben werden wir stärken. Die
12 Einrichtung von Jugendparlamenten und –foren wird unterstützt.

13 Bei uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Daher werden wir ein Netzwerk
14 Kinderschutz bilden, das Maßnahmen bündelt, um Gewalt und Missbrauch von
15 Kindern entgegenzuwirken. Wir werden deshalb zuerst unseren Vorschlag für einen
16 Landesaktionsplan gegen Kindesmissbrauch mit klaren Zielen und einem präzisen
17 Zeitplan umsetzen und laufend die Umsetzung kontrollieren. Mit den
18 Jugendverbänden werden wir ein Landesprogramm Starke Kinder zur Verbesserung
19 der Prävention von Missbrauch und Vernachlässigung schaffen.

20
21 Mit Aufklärungs- und Präventionsangeboten und Maßnahmen werden wir Kinder und
22 Jugendliche vor Drogen- und Suchtgefahren schützen. Wir unterstützen die verstärkte
23 Zusammenarbeit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei, um
24 zu kontrollieren, dass kein Ausschank alkoholischer Getränke an Kinder und
25 Jugendliche erfolgt.

26
27 Wir werden die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hessen in
28 Hinblick auf besonderen Schutz, bestmögliche Entwicklung sowie altersgerechte
29 Formen der Beteiligung vorantreiben und ihre eigenständige Verankerung in der
30 hessischen Verfassung prüfen. Die Einrichtung einer/eines Landeskinderbeauftragten
31 werden wir prüfen.

32 33 Politik für Ältere und Senioren

34 Immer mehr Menschen werden immer älter. Sie sollen in Hessen leben können, wo und
35 wie sie wollen, in Selbstbestimmung und größtmöglicher Selbstständigkeit, durch eine
36 entsprechende Wohn- und Versorgungsstruktur für Seniorinnen und Senioren. Viele
37 Ältere sind fit und nehmen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen und
38 kulturellen Leben teil. Sie sind eine wichtige Stütze des Zusammenlebens. Aber auch
39 bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf gilt es, die Autonomie
40 und die Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren zu schützen.

41
42 Immer mehr Menschen wollen in ihrer Wohnung alt werden. Deshalb werden wir
43 gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft Maßnahmen zur Anpassung von
44 Wohnungen an die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft fördern. Älter
45 werdende Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung und in
46 ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Wir werden sie dabei unterstützen:

- 47 - Durch gezielte Wohnberatung und Wohnraumanpassung,
- 48 - durch eine landesweite Vernetzung der Beratungsangebote und durch den Bau
49 von barrierefreien Wohnungen,

1 - durch entsprechende Förderprogramme auch für genossenschaftliche und/oder
2 generationsübergreifende Wohnprojekte.

3 Wir werden überprüfen, ob zur weiteren Verbesserung der Barrierefreiheit eine
4 Änderung der Hessischen Bauordnung erforderlich ist.

5 Die Nahversorgung muss von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen her
6 gedacht, entworfen und aufgebaut werden. Besonders in den ländlichen Räumen gibt
7 es hier dringenden Handlungsbedarf. Dies gilt nicht nur für die Dinge des täglichen
8 Lebens, sondern gerade auch für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.

9
10 Wir wollen, dass Ältere sich in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen können.
11 Dazu gehört die Förderung des lebenslangen Lernens genauso wie Chancen, in der
12 nachberuflichen Phase ihr Erfahrungswissen zum Wohle unserer Gesellschaft
13 einbringen zu können. Wir werden flächendeckend Seniorenbeiräte als Instrument
14 politischer Selbstvertretung einführen.

15
16 Wir wollen Selbstbestimmung auch dann, wenn Menschen pflegebedürftig werden. Es
17 gilt: Jede und jeder soll so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben
18 können. Dazu fördern wir neue Wohnformen und Konzepte wie z.B. ambulant
19 betreuter Wohngemeinschaften. Pflegende Angehörige werden wir durch vermehrte
20 Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege, aber auch durch Qualifizierung
21 unterstützen. Für Menschen, die in einer stationären Einrichtung leben, werden wir das
22 Hessische Heimgesetz novellieren. Wir werden die Mitwirkung verbessern und den
23 Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer durchsetzen. Wir setzen uns für eine stärkere
24 lokale Vernetzung der verschiedenen Pflege- und Betreuungsangebote und moderne
25 quartierorientierte Konzepte ein.

26
27 Wir werden uns entschieden gegen jede Form der Altersarmut einsetzen. Wir
28 unterstützen die Einführung einer steuerfinanzierten Solidarrente. Dabei müssen vor
29 allem Erziehungs- und Pflegezeiten stärker berücksichtigt werden. Wir werden
30 außerdem ein Landesaktionsprogramm gegen die Folgen von Altersarmut starten.
31 Damit wollen wir die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben, Mobilität,
32 gemeinsamen Aktivitäten und guter Versorgung für alle sichern.

34 **Aktionsprogramm Armutsbekämpfung und Sozialbudget**

35 Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten
36 Jahren kontinuierlich zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem
37 Alleinerziehende, zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und
38 Menschen mit Behinderung sind betroffen. Probleme durch Arbeitslosigkeit,
39 Überschuldung oder Sucht bedingen zahlreiche weitere Probleme und den Verlust der
40 sozialen Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit.

41
42 Unser Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Armutsfolgen und
43 Armutswirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine
44 zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung ist Teilhabe an Arbeit. Wir wollen, dass allen
45 Menschen in Hessen Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und
46 kulturellen Angeboten, Sport und Begegnung möglich ist.

47
48 Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene
49 soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen

1 wieder aufbauen. Dazu werden wir ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung
2 auflegen. Wir werden dazu insbesondere die Kinder- und Familienarmut und das
3 dramatisch hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Rentnerinnen sowie
4 armutsbedingte Obdachlosigkeit bekämpfen.

5
6 Wir werden dazu ein Sozialbudget einrichten. Auf der Grundlage der Ergebnisse der
7 sozialpolitischen Kommission für Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung werden wir
8 gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialpartnern und
9 Betroffenenvertretungen gemeinsam ein neues soziales Netz für Hessen stricken. Dazu
10 gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und
11 Armutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Obdachlosenhilfe und Hilfe für
12 Haftentlassene, Lokale Beschäftigungsinitiativen und Jugendberufshilfe,
13 Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen, Projekte gegen
14 Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenarbeit,
15 Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, Sozial-Psychiatrische Dienste,
16 Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Ermächtigung und Hilfe zur
17 Selbsthilfe durch Selbsthilfearbeit und vieles mehr.

19 Gesundheitsland Hessen

20 Wir wollen eine gute, flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung für alle
21 Patientinnen und Patienten, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, eine
22 Stärkung der Patientenrechte und einen modernen Arbeitsschutz im
23 Gesundheitswesen erreichen. Das gilt auch für die psychiatrische und
24 psychotherapeutische Versorgung.

25
26
27 Wir verstehen gesundheitliche Prävention als Querschnittsaufgabe für alle
28 Politikbereiche. Deshalb werden wir bei allen öffentlichen Maßnahmen auch die
29 gesundheitsbezogenen Wirkungen beachten.

30 Eine kluge Gesundheitspolitik blendet auch die sozialen Ursachen von Krankheit nicht
31 aus: Armut und Arbeitslosigkeit machen viele Menschen krank. Je nach Einkommen
32 und sozialem Status eines Menschen unterscheidet sich seine bzw. ihre
33 Lebenserwartung derzeit um 10 Jahre. Wir wollen diesen Unterschied in Hessen
34 senken. Konsequente Armutsbekämpfung ist deshalb auch Gesundheitsvorsorge.

35
36 Wir werden eine gute Versorgung für alle sichern. Dazu gehören gut erreichbare
37 Krankenhäuser und eine sichere ambulante haus- und fachärztliche Versorgung in
38 ganz Hessen. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um sich z. B. an ärztlichen
39 Zentren sowohl im ländlichen Raum wie in sozial benachteiligten Quartieren
40 beteiligen zu können. Gesundheitliche Versorgung ist Daseinsvorsorge, deshalb ist
41 dazu eine deutlich Ausweitung der Kompetenzen der Länder für Planung und
42 Organisation der gesundheitlichen Versorgung in allen Sektoren unverzichtbar. Die
43 Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss gestärkt und auf die neuen
44 Herausforderungen ausgerichtet werden. Wir wollen Hausärztinnen und -ärzte in ihrer
45 Rolle als Lotse im Gesundheitssystem stärken und dafür ausbilden.
46 Palliativmedizinische Angebote und Hospizarbeit haben für uns eine große Bedeutung.
47 Die psychotherapeutische Versorgung muss dem erheblich gestiegenen Bedarf
48 angepasst werden. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sind monate- bis
49 jahrelange Wartezeiten auf angemessene Hilfe inakzeptabel.

1 Behinderte Menschen benötigen andere und intensivere
2 Gesundheitsvorsorge und Behandlungen als Menschen ohne Behinderung.
3

4 Vor allem die kommunalen Krankenhäuser, wesentlich unterstützt durch die frei-
5 gemeinnützigen Einrichtungen, sichern die hochwertige, wirtschaftliche und
6 flächendeckende Krankenhausversorgung in Hessen. Wir werden sie auf Grundlage
7 eines an gesundheitspolitischen Kriterien orientierten Konzepts unterstützen und
8 damit eine weitere Privatisierung verhindern. Die derzeit vorgesehene Abschaffung
9 von konkreten projektgebundenen Investitionszuschüssen an Krankenhausstandorten
10 zugunsten eines pauschalen Landeskrankenhausfinanzierungszuschussystems
11 werden wir korrigieren. Das System der Fallpauschale ist dringend zu überprüfen. Für
12 die psychiatrische Behandlung sind sie nicht angebracht.

13 Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und in der Altenpflege.
14 Dazu gehören gesetzliche Personalmindeststandards und andere Qualitätsregelungen.
15 Weiterem Personalabbau, Leiharbeit in der Pflege und ähnliche Entwicklungen werden
16 wir entschieden entgegengetreten.
17

18 Wir wollen eine Stärkung der Patientenrechte. Ein Hessischer Patientenbeauftragter
19 mit angemessener Ausstattung ist Ansprechpartner und Ombudsmann in allen Fragen,
20 in denen Patientinnen und Patienten Zweifel an angemessener Versorgung haben.
21

22 Wir werden einen Entwurf für ein modernes hessisches Psychisch-Kranken-Gesetz
23 vorlegen, das dem Grundsatz Hilfe vor Zwang angemessen Rechnung trägt und endlich
24 die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angemessen umsetzt. Dazu
25 gehören auch Mindeststandards für die sozialpsychiatrischen Dienste und präventive
26 aufsuchende Hilfen.
27

28 Wir wollen in Hessen ein Gesundheitswesen, das für alle Menschen erreichbar und für
29 alle Menschen bezahlbar ist. Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung sind daher
30 zwei gleichrangige Ziele unserer Gesundheitspolitik. Wir wollen die Zwei-Klassen-
31 Medizin beenden. Um unser Gesundheitswesen leistungsfähig zu erhalten, muss es
32 auf eine gerechtere, solidarische und dauerhaft stabile Finanzierungsgrundlage
33 gestellt werden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung der solidarischen
34 Bürgerversicherung ein.
35

36 Wir werden in Hessen auch die flächendeckende Versorgung mit
37 Entbindungsstationen und Geburtshäusern umsetzen. In diesem Rahmen setzen wir
38 uns auch dafür ein, dass Hebammen finanziell entlastet werden, so z. B. in der
39 Haftpflichtversicherung.
40

41 **Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung**

42 Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in
43 unserer Gesellschaft und auf Unterstützung und Hilfe. Der Geltungsbereich des
44 Hessischen Gleichstellungsgesetzes muss daher auf die Kommunen ausgedehnt
45 werden. Wir werden mit den Betroffenen den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-
46 Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln und Gesetze, Erlasse und Richtlinien
47 auf ihre Übereinstimmung mit der Konvention überprüfen. Die Zusammenarbeit mit
48 Selbsthilfegruppen und –verbänden werden wir ausbauen.
49

1 Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und
2 chronischen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle
3 wesentlichen Veröffentlichungen des Landes auch in leichter Sprache vorhalten. Wir
4 wollen einen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in
5 leichter Sprache einführen.

6
7 Wir werden die Frühförderung, Betreuung im Regelkindergarten und gemeinsamen
8 Unterricht in der Regelschule so weiterentwickeln, dass jedem Kind entsprechende
9 Angebote wohnortnah zur Verfügung stehen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit
10 auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen
11 therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln.

12
13 Wir setzen uns dafür ein, dass arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen, die bei
14 ihren Eltern leben, bei der Höhe der Regelleistungen nach ALG II nicht schlechter
15 gestellt werden, als gleichaltrige nicht behinderte Leistungsempfänger, die ebenfalls
16 mit ihren Eltern zusammenleben.

17
18 Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken.
19 Dazu gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Dazu werden wir ein
20 differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung
21 voranbringen. Auch die Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden.
22 Dazu bedarf es eines flächendeckenden Systems für Information, Beratung, Motivation
23 und Begleitung.

24
25 Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband als überörtlichen Träger der
26 Sozialhilfe, insbesondere mit seiner Zuständigkeit für die stationäre Behindertenhilfe
27 und das betreute Wohnen, sowie als Träger der Kriegsofopferfürsorge, der
28 Schwerbehindertenhilfe und als Krankenhaus- und Einrichtungsträger für die
29 Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen für unverzichtbar.

30
31 Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Behinderten auf
32 allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Menschen mit
33 Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die Wahl oder Berufung von
34 Behindertenräten oder –beiräten sowie Behindertenbeauftragten gestärkt werden.
35 Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen
36 Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen. Die
37 Struktur des Landespsychiatriebeirates ist zu überprüfen. Landesbehindertenrat und
38 Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und angemessen ausgestattet
39 werden. Sie schlagen den Landesbehindertenbeauftragten vor.

42 3.2. Ehrenamt macht Spaß

43 Rund 36 Prozent der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, in Sportvereinen,
44 Jugendgruppen, Seniorenbeiräten, der Kinderbetreuung und der Bildung, der
45 Betreuung hilfebedürftiger Älterer und von Menschen mit Behinderungen, in der freien
46 Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe oder den Rettungsdiensten, weil sie Freude und
47 Bestätigung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finden. Dieses Engagement als Motor für
48 Lebensqualität werden wir anerkennen, unterstützen und stärken, z. B. durch eine
49 flächendeckende Ehrenamtsberatung vor Ort. Auch hierzu ist es wichtig, die finanzielle

1 Handlungsfähigkeit der Kommunen etwa im Bereich des Brandschutzes, des Sports,
2 der Kultur und der allgemeinen Vereinsförderung zu stärken.

3
4 Das Ehrenamt darf jedoch nicht überfordert werden und darf auch nicht an begrenzten
5 eigenen Mitteln scheitern. Das setzt voraus, dass Ehrenamtliche durch hauptamtliche
6 Strukturen unterstützt werden. Ehrenamtliches Engagement bietet einen Mehrwert
7 für die Gesellschaft, darf aber nicht als Argument missbraucht werden, um den Abbau
8 sozialer Infrastruktur zu rechtfertigen. Das Ehrenamt ist nicht der Ausfallbürge der
9 öffentlichen Aufgabenwahrnehmung. Denn wir wollen, dass in Zukunft Ehrenamt
10 Spaß macht!

11
12 Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen und die Nachwuchsarbeit
13 der Vereine kennen wir an. Wir fördern sie, indem wir die Jugendleitercard und
14 Ehrenamts-card für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und der Kooperation von
15 Schulen mit Vereinen und Verbände in unserem Ganztagschulkonzept breiten Raum
16 und Unterstützung geben.

17

18 Sport verbindet

19 Sport ist mehr als nur physische Aktivität. Er ist wesentlicher Bestandteil einer
20 gesunden Lebensführung, bereichert die Lebensqualität und schafft Gemeinschaft in
21 hessischen Dörfern und Städten.

22

23 Sport leistet mit seiner verbindenden Wirkung einen bedeutenden Beitrag zur
24 Inklusion. Er vereinigt Menschen verschiedenster Herkunft, jeden Alters und mit oder
25 ohne Behinderung. Um seine vielfältigen Potentiale zur Wirkung zu bringen, kann
26 Sportpolitik nicht nur Fachpolitik sein, sondern muss zukünftig u. a. in die Planungs-,
27 Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitspolitik eingebunden
28 werden.

29

30 Sport ist Bildung und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Sportliches
31 Engagement fördert Kreativität, Teamfähigkeit, aber auch Toleranz, Konfliktfähigkeit
32 und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erlernen sozialer Kompetenz und
33 demokratischer Prinzipien. Die vorhandenen Strukturen für „Mehr Bewegung in die
34 Kitas“ und für die Zusammenarbeit von Vorschulen, Schulen und Sportvereinen und
35 Trägern der Erwachsenenbildung wollen wir weiterentwickeln.

36

37 Die umfassende Bedeutung des Sports erfordert ein sportfreundliches Umfeld. Daher
38 ist es für uns wichtig, dass eine entwickelte Sportstätten-Infrastruktur, ein
39 umfangreiches Sportangebot sowie eine zukunftsorientierte Förderung des Vereins-,
40 Breiten- und Spitzensports sichergestellt wird. Die Erhaltung und Modernisierung
41 vorhandener Sportstätten – barrierefrei und so weit wie möglich multifunktional –
42 unterstützen wir genauso wie die verantwortungsvolle Erschließung neuer Räume für
43 Sport und Bewegung.

44 Der Sport in den Vereinen wird nach wie vor getragen vom freiwilligen und
45 ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer. Gleichmaßen sind
46 Fachkompetenzen und beruflich entwickeltes und eingesetztes Know-how
47 unentbehrlich geworden. Beides werden wir unterstützen durch die
48 Weiterentwicklung einer Anerkennungskultur, die Förderung von Netzwerken sowie
49 von Maßnahmen in der Personal- und Organisationsentwicklung.

50

1 Die Förderung von Wettkampf- und Spitzensport muss jungen Menschen die
2 Möglichkeit der freien Entwicklung ihrer Talente geben. Wir bekennen uns zum
3 humanen Leistungssport ohne Doping.

4
5 Gleichmaßen wollen wir sicherzustellen, dass für ältere Menschen angemessene und
6 wohnortnahe Bewegungsangebote bereitgehalten werden. Richtig dosierter Sport und
7 richtig dosierte Bewegung dienen dem Erhalt und der Wiederherstellung der
8 Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Sport
9 und Bewegung anerkannte Bestandteile des deutschen Gesundheitssystems werden.

12 3.3 Gutes Wohnen für alle

13 Bezahlbare Wohnungen

14 Wohnen ist Grundbedürfnis aller Menschen in Hessen. Deshalb wollen wir, dass alle
15 Menschen gut leben und somit wohnen können. Wohnungspolitik ist damit ein
16 Kernbereich der Daseinsvorsorge. In Hessen ist, bedingt durch die demografische
17 Entwicklung, die Situation in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich zu
18 beurteilen. Dem muss eine zukünftige Wohnraumentwicklung Rechnung tragen. Nach
19 der Föderalismusreform liegt die alleinige Verantwortung für die
20 Wohnraumversorgung beim Land Hessen. Deshalb werden wird ein
21 Wohnraumförderungsgesetz vorlegen, das folgenden Kriterien gerecht wird:

- 22
- 23 • Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,
- 24 • Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere
- 25 Mittelzuweisung an die Kommunen,
- 26 • staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen
- 27 für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechter Wohnungen,
- 28 • verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten,
- 29 • Nachhaltige energetische Qualifizierung von Wohnraum bei Neu- und
- 30 Umbauten und
- 31 • Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern
- 32 • Barrierefreie bzw. barrierearme Bauweise.
- 33

34 Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung
35 darf nicht dadurch unterlaufen werden, dass die Vermieterinnen und Vermieter aus
36 „sonstigem berechtigten Interesse“ kündigen. Wir werden uns über den Bundesrat
37 dafür einsetzen, dass diese Lücke geschlossen wird. Wir wollen, dass für Gebiete mit
38 gefährdeter Wohnraumversorgung wieder die 10jährige Kündigungssperrfrist
39 eingeführt wird.

40
41 Für uns ist der Erhalt und Neubau von bezahlbarem Wohnraum in allen Landesteilen
42 Kernpunkt unserer Wohnungspolitik. Dazu bedarf es einer offensiven
43 Wohnungsförderung, die dem massiven Rückgang von Sozialwohnungen entgegen
44 wirkt. Wir werden die Zahl der jährlich zu fördernden Sozialwohnungen in der
45 nächsten Legislaturperiode verdoppeln. Diese Aufgabe wird durch eine
46 Schwerpunktsetzung im Sondervermögen „Wohnen“ der WI-Bank sichergestellt.
47 Darüber hinaus bedarf es aber auch eines eigenen Engagements der Kommunen, in
48 denen neue Sozialwohnungen benötigt werden.

1 Wir werden darüber hinaus die Einrichtung eines Landesförderprogramms für
2 bezahlbaren Wohnraum prüfen. Insbesondere in der Metropolregion Rhein-Main
3 können sich kleine und mittlere Einkommen keinen Wohnraum mehr leisten. Dem
4 muss durch einen zweiten Förderweg Rechnung getragen werden.
5 Zusätzlich zu eigenen Landesanstrengungen werden wir eine Bundesratsinitiative für
6 ein Bund-Länder-Programm für sozialen Wohnungsbau und Quartiersentwicklung
7 starten, mit dem Ziel den massiven Bedarf an Sozialwohnungen und sozialen
8 Angeboten in den nächsten Jahren ein adäquates Angebot entgegen zu setzen. Die
9 Ressourcen der Bundesländer reichen nicht aus, um die seit Jahrzehnten
10 vernachlässigte Wohnbauförderung komplett zu kompensieren. An dieser Stelle ist der
11 Bund, der die Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus 2006 an die Länder abgetreten hat,
12 gleichermaßen in der Pflicht wie das Land.

13
14 Die SPD wird sich für die Wiedereinführung eines
15 Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes in Hessen einsetzen. Dabei muss die
16 Entscheidung für eine entsprechende kommunale Satzung den Gemeinden überlassen
17 bleiben. Wir werden mit geeigneten landespolitischen Maßnahmen
18 (Genehmigungsvorbehalt) einer Verdrängung von Mietwohnungen durch
19 Eigentumswohnungen begegnen. Die SPD wird die Grundlage dafür schaffen, dass
20 Kommunen selbst über die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe entscheiden
21 können.

22 Wir fördern Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen. Hier sind
23 Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und
24 genießen dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte. Mit dieser Beteiligung am
25 Eigentum geht ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

26
27 Wir wollen, dass Familien hinreichend großen und bezahlbaren Wohnraum finden.

28
29 Die demografische Entwicklung zwingt Wohnungswirtschaft und Stadtplanung sich
30 zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen
31 selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen. In Städten und Landkreisen muss
32 erreicht werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfeplanung eine
33 kleinräumige Planung vorsieht, die diese Kriterien erfüllt.

34
35 Wir begrüßen, dass immer mehr junge Menschen den Weg in ein qualifiziertes
36 Studium in Hessen suchen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der sozialen
37 Infrastruktur bei den Studentenwerken ein. In Anbetracht der steigenden Mietpreise
38 muss hier ein klarer Akzent auf der Schaffung von Wohnraum liegen. Wir werden ein
39 Sonderprogramm auflegen, in dem Kooperationsprojekte zwischen Studentenwerken
40 und den örtlichen sozialen Wohnbaugesellschaften mit den notwendigen
41 Investitionsmitteln ausgestattet werden, um den lokalen Wohnraumbedarf und
42 insbesondere den studentischen Belangen gerecht zu werden.

43
44 Die Wohnungspolitik ist ein in hohem Maße unterschätzter Politikbereich, wenn es um
45 den Einfluss auf Klimaschutz geht. Doch die Möglichkeiten, über sozialen
46 Wohnungsbau, Förderungen von energetischen Maßnahmen und die Förderung des
47 Einsatzes von regenerativen Energien sind enorm. Wir wollen darüber hinaus Projekte
48 fördern, die direkt den persönlichen Energieverbrauch beeinflussen. Für alle
49 öffentlichen Wohnungen müssen bereits jetzt Energiepässe erstellt werden.

50
51 Wir wollen auf Bundesebene Mietpreisbegrenzungen nicht nur für Bestands-, sondern
52 auch für Neuvermietungen einzuführen.

1

2 **Öffentliche Wohnungswirtschaft**

3 Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Hessischen Mieterbund den
4 Verkauf der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte (NH) verhindert. Hessen
5 braucht auch in Zukunft eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft. Die NH leistet
6 dazu einen wesentlichen Beitrag. Wir wollen das Unternehmen der NH darin
7 unterstützen, als Impulsgeber für eine fortschrittlich Wohnraumentwicklung in Hessen
8 wirken zu können. Wir streben an, die Städte und Gemeinden auch mit weiteren,
9 eigenen Gesellschafteranteilen in die Gesamtverantwortung des Unternehmens mit
10 einzubeziehen.

11

12 Der NH ProjektStadt als einem der zentralen Projektentwickler in den Bereichen der
13 Integrierten Stadtentwicklung, der Innenstadtentwicklung, der
14 Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum sowie in der Sozialen Stadt kommt für
15 die konzeptionelle Arbeit eine tragende Rolle zu. Dazu zählt auch die Erarbeitung von
16 Dienstleistungsangeboten, sowie die Vernetzung von kleinräumlichen und
17 gesamtstädtischen Klimaschutzkonzepten für den Wohnungsbestand auf der Stadt-,
18 der Quartiers- und Gebäudeebene. Das Unternehmen Nassauische Heimstätte und die
19 NH ProjektStadt werden damit ein wichtiges Instrument des Landes Hessen im Bereich
20 des Klimaschutzes und der Energiewende. Dies wollen wir erhalten und vor allem
21 fortentwickeln.

22

23 **Soziale Stadt**

24 Unsere Politik ist auf Teilnahme und Autonomie gerichtet. Wir wollen Menschen
25 helfen, ihr Leben selbst in den Griff zu bekommen und ihnen dabei so viel Hilfe wie
26 nötig geben. Dazu werden wir eine am jeweiligen Sozialraum orientierte Politik
27 voranbringen.

28

29 Wir werden den Kommunen bei der kleinräumigen Erstellung von Stadtteil- und
30 Quartierskonzepten Hilfestellung geben, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu
31 erreichen. Wir setzen uns für den Fortbestand des Bund-Länder-Programms „Soziale
32 Stadt“ ein. Das Programm „Soziale Stadt“ soll zum Leitprogramm für alle
33 Städtebauförderprogramme werden. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf
34 müssen auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der
35 Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen aufzuhalten. Das
36 Programm der „Sozialen Stadt“ wird dabei gezielt auf Maßnahmen im
37 städtebaulichen, infrastrukturellen, barrierefreien und ökonomischen Bereich
38 angewendet. Soziale Faktoren und nachbarschaftliches Engagement sowie
39 Maßnahmen der sozialen Vielfalt werden gezielt gefördert. Die Basis, auf der diese
40 Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit
41 sehr bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche, stadtplanerische sowie soziale
42 Projekte.

43

44 **Schutz der Mieterinnen und Mieter**

45 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist in Zeiten rückläufiger Zahlen
46 von Eigenheimbesitzern und steigenden Zahlen von Mietverhältnissen eine zentrale
47 Aufgabe der Schutz der Mieterinnen und Mieter. Alle Zeichen sprechen dafür, dass
48 schwarz-gelbe Koalitionen die Verantwortung weiterhin auf das Individuum

1 übertragen wollen und bei all den Freiheitsrufen die soziale Absicherung und
2 Verantwortung der Politik gegenüber der Gesellschaft gänzlich verkennen. Doch
3 Fragen nach übersteuerten Mietpreisen, Rechten und Pflichten von Mieterinnen und
4 Mietern gegenüber den Vermieterinnen und Vermietern, Zwangslagen wie finanzielle
5 Nöte und deren Folgen u. v. m. lösen sich nicht von alleine. Eine SPD-geführte
6 Landesregierung wird über den Bundesrat einen mieterfreundlichen Mieterschutz
7 durchsetzen.
8 Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative, dass in Zukunft Maklerkosten nicht von
9 den Mieterinnen und Mietern, sondern von den Vermieterinnen und Vermietern
10 getragen werden.
11
12
13

1 **4. Gutes Leben in Stadt und Land**

2
3 Hessen ist Stadt und Land, beide brauchen einander. Um gleichwertige
4 Lebensverhältnisse erreichen zu können, benötigen wir eine solidarische Partnerschaft
5 zwischen Stadt und Land. Das Land Hessen steht den Kommunen dabei als Partner zur
6 Seite.

7 Es geht darum, gute Zugänge zu Bildung, Arbeit und Kultur, verbunden mit einer
8 guten Infrastruktur, zu erhalten. Wir werden die Anpassungs- und
9 Entwicklungsprozesse bei der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung ebenso
10 begleiten wie die Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft. Wir stehen für eine
11 kontinuierliche, gesicherte Finanzierung, um Handlungsspielräume und
12 Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

13 14 **4.1. Den ländlichen Raum fördern**

15 **14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum**

16 14 Jahre schwarz-gelbe Politik in Hessen haben auch im ländlichen Raum dunkle
17 Spuren hinterlassen: Gemeinden, Städte und Kreise sind inzwischen chronisch
18 unterfinanziert und hoch verschuldet, Landesbehörden und Gerichte wurden
19 zentralisiert und verschwinden aus der Fläche und mit ihnen Kaufkraft und viele
20 Arbeitsplätze. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen wollen wir stoppen und wo
21 möglich umkehren.

22 Zudem wurde das Dorferneuerungsprogramm von CDU und FDP zusammengestrichen
23 und der Zugang zu den Fördermitteln erschwert. Auch wenn sich CDU und FDP als
24 Heilsbringer für den ländlichen Raum aufspielen: Schwarz-Gelb entzieht den
25 Kommunen jährlich 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und
26 zwingt viele mit dem Kommunalen Schutzschirm unter ein Spardiktat. Das in der
27 Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip wird von Schwarz-Gelb missachtet: Das
28 Land überträgt immer mehr Aufgaben an die Kommunen, ohne die Finanzierung
29 sicherzustellen. Um die Einnahmesituation der Kommunen dauerhaft zu verbessern,
30 wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich unter der Berücksichtigung der
31 Bedürfnisse des ländlichen Raums weiterentwickeln.

32
33 Unser Ziel ist ein gerechtes Hessen: Ein Land, das partnerschaftlich mit seinen
34 Kommunen umgeht, die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen
35 sichert und insbesondere den ländlichen Raum fördert. Denn etwa zwei Drittel der
36 hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land.

37 38 **Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten**

39 Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen unsere Aufgabe darin,
40 gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen. Damit stellen
41 wir uns auch weiterhin in die Tradition von Georg August Zinn. Viele Menschen leben
42 gerne auf dem Land und möchten dies auch in Zukunft: Sie engagieren sich für ihre
43 Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld.

1 Wir stellen für alle ländlichen Räume und zu allen politischen Handlungsfeldern, die
2 mit der Raumentwicklung zu tun haben, Ziele und konkrete Maßnahmen auf. Diese
3 bilden den Rahmen, um daraus wiederum die für die ländliche Regionalentwicklung
4 wichtigen Infrastruktur- und Investitionsprogramme zu entwickeln.

5 „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Regionen Hessens, das ist für uns die
6 Konsequenz eines „gerechten Hessens“. So vielfältig der ländliche Raum ist, so
7 vielfältig sind auch die damit verbundenen Herausforderungen. Die Menschen auf dem
8 Land brauchen daher eine Politik, die regional spezifische Lösungsansätze ermöglicht
9 und gleichzeitig die Verantwortung des Landes betont. Der ländliche Raum steht in
10 allen Themenbereichen wie Arbeit, Gesundheit, Versorgung, Mobilität und Kultur vor
11 enormen Veränderungen, die wesentlich im Demografischen Wandel begründet sind.
12 Daher werden wir den ländlichen Raum in diesen Veränderungsprozessen
13 unterstützen und begleiten. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung der integrierten
14 regionalen Entwicklung ländlicher Regionen aus und werden europäische, nationale,
15 hessische Förderinstrumente zur Entwicklung der ländlichen Räume einsetzen. Ebenso
16 werden wir auch sicherstellen, dass erfolgreiche LEADER-Regionen ihre Arbeit
17 fortsetzen können.

18

19 Der ländliche Raum wird von uns gefördert. Insgesamt benötigen wir aber nicht nur
20 einzelne Entwicklungs- und Förderprogramme, sondern ein ineinander greifendes
21 Konzept, das die verschiedenen Programme bündelt und ländliche Räume endlich in
22 ihrer Gesamtheit sieht und unterstützt. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen
23 wollen wir stoppen.

24

25 Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten

26 Zentral für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sind der Erhalt, die Entwicklung
27 und die Sicherung der Lebensqualität. Die Bevölkerung hat – genauso wie in den
28 Ballungsgebieten – das Recht auf öffentliche Daseinsvorsorge. Der Zugang zu Arbeit,
29 Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport muss möglich sein. In
30 den ländlichen Gebieten, die eher durch Strukturschwäche, abnehmende Bevölkerung
31 und eine deutliche Altersstrukturverschiebung gekennzeichnet sind, stellt die
32 Sicherstellung der Daseinsvorsorge eine besondere Herausforderung dar. Wir werden
33 daher diese Regionen dabei unterstützen, Konzepte für die Sicherung der
34 Grundversorgung und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur zu erarbeiten und zu
35 realisieren, ähnlich den Ansätzen der Modellvorhaben der Raumordnung MORO, die
36 dies bspw. im Werra-Meißner-Kreis bereits erfolgreich umgesetzt haben.

37

38 Wir halten eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für die Gewährleistung
39 gleichwertiger Lebensverhältnisse für unverzichtbar. Wir müssen den Kindern in allen
40 Teilen Hessens die bestmögliche Bildung und Betreuung ermöglichen. Wir werden die
41 Kommunen deshalb darin unterstützen, ausreichend ganztägige und verlässliche
42 Betreuungsangebote im Bereich Krippe und Kita zu schaffen. Wir werden
43 wohnortnahe Bildungsangebote, z. B. in der Grund- und Sekundarstufe, erhalten. Mit
44 dem „Haus der Bildung“ entwickelt die SPD sie gezielt für den ländlichen Raum zu
45 einem flächendeckenden, vollständigen Bildungsangebot weiter. Darüber hinaus
46 wollen wir uns für universitäre Strukturen einsetzen, die auch für die ländlichen
47 Räume gezielte Angebote machen. Zudem wollen wir die Universitäten beim
48 Wissenstransfer in die ländlichen Räume unterstützen.

1

2 **Mobilität ist und bleibt ein Grundbedürfnis, das allen Bürgerinnen und Bürgern**
3 **zusteht. Die Politik muss deshalb eine angemessene und bedarfsgerechte Versorgung**
4 **mit öffentlichen Verkehrsangeboten sicherstellen. Alternative, flexible**
5 **Verkehrssysteme, die das bestehende ÖPNV-Angebot ergänzen (z. B. Anruf-Sammel-**
6 **Taxi, Rufbus, zivilgesellschaftliche Verkehrsangebote wie Fahrdienste) wollen wir**
7 **besonders fördern.**

8 **Wichtig für die Lebensqualität im Ländlichen Raum ist besonders die flächendeckende**
9 **Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Hierzu werden wir**
10 **gezielt Projekte zur Sicherstellung der Nahversorgung, z. B. durch Dorfläden und**
11 **mobiler Einkaufsgelegenheiten, fördern. Gerade bei sinkender Einwohnerzahl muss**
12 **auch die Infrastruktur im Bereich der Ver- und Entsorgung angepasst werden.**

13 **Wir werden uns der Herausforderungen des Demografischen Wandels annehmen.**
14 **Hierzu gehört die Gewährleistung einer umfassenden, wohnortnahen**
15 **Gesundheitsversorgung. Hier müssen Landes- und Bundespolitik ineinander greifen**
16 **und mit Akteuren wie der Kassenärztlichen Vereinigung tragfähige Zukunftskonzepte**
17 **erarbeiten, etwa bei dem Vergütungssystem für Landärzte, der Vernetzung von**
18 **Gesundheitsangeboten, der Förderung primärärztlicher Versorgungszentren. Wir**
19 **verstehen die Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen auch als Teil einer**
20 **ganzheitlichen Strategie, die das selbstbestimmte Altern in der gewohnten Umgebung**
21 **ermöglichen soll. Bei einer Alterstrukturverschiebung hin zu einer deutlich älter**
22 **werdenden Bevölkerung, benötigen wir ein altersgerechten Umbau in den ländlichen**
23 **Gebieten. Wir werden Angebote wie betreutes Wohnen, dezentrale Pflege,**
24 **altersgerechte Assistenzsysteme, neue Wohnformen, barrierefreie (Wohn-)Gebäude,**
25 **fachqualifizierter Wohnberatung und dezentrale Lebensmittellieferung fördern und**
26 **unterstützen. Dabei gilt für uns in der Pflege der Grundsatz „ambulant vor stationär“.**
27 **Der ländliche Raum muss Lebensraum für alle Generationen bleiben: Der Dialog**
28 **zwischen Jung und Alt ist insgesamt zu stärken.**

29

30 **Eine gute Internetversorgung muss als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge**
31 **aufgefasst werden, denn Breitband und Internet sind eine Grundvoraussetzung für den**
32 **privaten Informationszugang, den Zugang zu Bildung, zu Kultur und zu Arbeitsplätzen**
33 **sowie Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen. Wir**
34 **werden die Hessische Gemeindeordnung dementsprechend anpassen und hessische**
35 **Förderprogramme weiterentwickeln. Die Verzahnung von kommunalen**
36 **Fördermaßnahmen mit Landes-, Bundes- und EU-Programmen zur flächendeckenden**
37 **Versorgung mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz ist unerlässlich.**

38

39 **Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern**

40 **Im ländlichen Raum müssen wir Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung sichern und**
41 **entwickeln, um in allen Teilen Hessens wohnortnahe Arbeitsplätze zu erhalten und zu**
42 **schaffen. Die Chancen des ländlichen Raums liegen dabei bei den regenerativen**
43 **Energien, den kleinen und mittelständischen Unternehmen, der Land- und**
44 **Forstwirtschaft, dem Tourismus und der ortsnahe Verwaltung sowie auf**
45 **internetbasierten Dienstleistungen durch den flächendeckenden Ausbau der**
46 **Breitbandversorgung. Dazu gehört der Erhalt und Ausbau von Bildungseinrichtungen**
47 **und Infrastruktur auf dem Land sowie eine weitere Stärkung des Tourismus in Hessen.**

48

1 Ebenso finden sich Potentiale in der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher und
2 forstwirtschaftlicher Produkte. Wir werden daher den Aufbau regionaler
3 Wertschöpfungsketten unterstützen und hierzu gezielte Initiativen anbieten.

4 Wichtige Zukunftsbranchen wie die Energiewirtschaft müssen in den ländlichen
5 Räumen weiterentwickelt werden. Nur eine dezentrale Energiewende wird eine
6 erfolgreiche Energiewende sein, die zugleich größere Wertschöpfung und mehr
7 Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen lässt. Wir möchten das Potential des
8 ländlichen Raums im Bereich der Erneuerbaren Energien fördern, indem wir
9 Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in diesem Bereich erleichtern und eine
10 Anlaufstelle gründen, die den verschiedenen kommunalen Projekten die nötige
11 Hilfestellung bieten. Wir setzen dabei auf unterschiedliche Formen der erneuerbaren
12 Energien unter größtmöglicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir sprechen
13 uns für den interkommunalen Aufbau von Windparks sowie die wirtschaftliche
14 Stärkung der Kommunen über die konsequente Nutzung vorhandener kommunaler
15 Dachflächen für Solaranlagen, betrieben über Bürger-Solargenossenschaften aus. Den
16 Rückkauf und damit die (Re-)Kommunalisierung der Stromnetze begrüßen wir.

17

18 **Innenentwicklung hat Priorität**

19 Um Dörfer, Gemeinden und Städte attraktiv zu erhalten, muss die Innenentwicklung
20 durch das Land unterstützt werden. Damit Ortskerne und Stadtzentren auch in
21 Zukunft Mittelpunkt gemeinschaftlichen Zusammenlebens bleiben, benötigt jeder Ort
22 einen Kommunikationsort. Die Dorfgemeinschaftshäuser, die in Tradition von Georg
23 August Zinn die Dörfer aufgewertet haben, müssen in ihren Funktionen
24 weiterentwickelt werden. Wir wollen vor allem die sozialen Prozesse und Konzepte zur
25 Belebung unterstützen. Dorfgemeinschaftshäuser sollen in Zukunft noch stärker als
26 dauerhaft belebte Kommunikationsorte gestaltet und wenn möglich als
27 Multifunktionszentren (Café, kleiner Laden, Veranstaltungsräume, Praxisräume, etc.)
28 dienen.

29

30 Wir werden daher gezielt Förderinstrumente für die Entwicklung der Dörfer zur
31 Verfügung stellen. So wollen wir das Dorferneuerungsprogramm mit den Programmen
32 der einfachen Stadterneuerung neu aufstellen und die
33 Regionalentwicklungsrichtlinien um neue Instrumente erweitern, mit denen in erster
34 Linie die Kernprobleme in ländlichen Räumen zügig bewältigt werden. Dazu bedarf es
35 auch einer ausreichenden Co-Finanzierung aus Landesmitteln. Außerdem werden wir
36 darauf achten, dass der Zugang zum Programm erleichtert wird. In diesem Rahmen
37 werden wir auch bürgerschaftliches Engagement unterstützen und in der Ausrichtung
38 der Förderinitiativen explizit berücksichtigen.

39 Um in diesem Bereich aktiv werden zu können, ist der Denkmalschutz als strategischer
40 Partner zu gewinnen. Außerdem werden wir die energetische Sanierung sowie den
41 altersgerechten Umbau von Alt-Gebäudesubstanz zu einem Förderziel machen.

42

43

44 **4.2. Städtische Zentren und den Ballungsraum Rhein-Main** 45 **gestalten**

46

1 Gegen die soziale Spaltung

2 Wir wollen eine Stadt- und Regionalpolitik, die die zentralen Handlungsfelder unserer
3 Ballungsräume aufgreift und in Partnerschaft mit dem ländlichen Raum gerecht löst.
4 Eines unserer wichtigsten Ziele muss es sein, der sozialen Spaltung in unseren Städten
5 entgegen zu wirken. Wir wollen die Durchmischung der Wohnviertel, die integrative
6 Stadtentwicklungsplanung und eine sozialräumlich orientierte Gemeinwesenarbeit.
7 Präventionsarbeit, Integration und Inklusion der verschiedenen Gruppen der
8 Stadtgesellschaft ist für uns wichtig, denn eine gelungene Integration ist die beste
9 Präventionsarbeit und sorgt für sichere Städte.

10
11 Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Mobilität in unseren
12 Städten ein. Viele Städte und insbesondere der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist
13 nach wie vor von Wachstum geprägt. Dieses Wachstum auch für unterschiedliche
14 Zielgruppen gerecht zu gestalten, wird unsere Aufgabe sein.

15
16 Wichtiges Handlungsfeld auch in Großstädten ist die Verkehrspolitik. Mobilität, die
17 sich allein auf das Auto konzentriert, löst die Probleme nicht. Wir wollen integrierte
18 Verkehrssysteme, die das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erleichtert. Des
19 Weiteren setzen wir uns im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main für einen Ausbau des
20 ÖPNV im Randgebiet ein, um hier die Verkehrsverbindungen in der Metropole zu
21 stärken. Wir wollen schnellere S-Bahn-Querverbindungen, die Regionaltangente West,
22 den viergleisige Ausbau Frankfurt-Friedberg, die verbesserte Anbindung an den
23 Flughafen, Terminal 3 sowie die Darmstadt-Frankfurt-Wallauer-Spange.

24 Unser Einsatz für die Energiewende hat Konsequenzen auch für Großstadtpolitik, denn
25 Städte haben einen immensen Energiebedarf wie aber auch große
26 Energieeinsparpotentiale.

27 Wir wollen eine aktive städtische Energiepolitik sowie kommunale
28 Erzeugergesellschaften mit Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Wir sprechen
29 uns für die Kommunalisierung der Stromnetze aus.

30
31 Sozialdemokratische Stadtpolitik ist immer eine Politik mit den Bürgerinnen und
32 Bürgern. Wir wollen den Dialog und die Teilhabe und werden auf Landesebene neue
33 Beteiligungsmöglichkeiten wie bspw. die Einführung stadtteilbezogener
34 Bürgerhaushalte stärken. Hier können Bürgerinnen und Bürger direkt über die
35 Verwendung von öffentlichen Mitteln in ihrem Stadtteil, ihrem Quartier
36 mitentscheiden.

37

38 Die Regionen gestalten

39 Wir wissen jedoch auch, dass sich der Lebens- und Berufsalltag der Menschen stärker
40 regional orientiert. Weitere Strecken bis zum Arbeitsplatz zu pendeln,
41 Freizeitgestaltung und der Besuch kultureller Veranstaltung in der Region sind üblich.
42 Auch Freundeskreise werden nicht mehr nur am Wohnort gepflegt, sondern physisch
43 und auch virtuell über größere Entfernungen.

44
45 Insbesondere für Menschen, die in Ballungsgebiete zugezogen sind, hat häufig eher die
46 Region als die Kommune die größere Bedeutung. Gewachsene administrative
47 Abgrenzungen entsprechen diesem Alltag in der Regel nicht mehr.

48
49 Wir wollen diesem Sachverhalt daher in Hessen auf verschiedenen Ebenen begegnen.
50 Zum einen wissen wir um die vielfältigen Verflechtungen zwischen Städten und ihrem

1 Umland/Gemeinden des Umlandes. Wir benötigen eine adäquate finanzielle
2 Ausstattung in den Regionen, in den Ballungsgebieten vor allem für besondere
3 Herausforderungen in den Bereichen Innovation, Mobilität und Forschung.
4

5 In einer Politik für Städte und Regionen gestalten wir immer auch Heimat für
6 Bürgerinnen und Bürger, hier sind die Orte an denen sich Gemeinschaft bildet. Die
7 Identitätsbildung ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Städten und
8 Regionen, diese muss vor allem vor Ort geschehen. Wir unterstützen jedoch Ansätze
9 wie bspw. in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Durchführung einer
10 Internationalen Bauausstellung oder einem „Rhein-Main-Tag“.
11

12 Darüber hinaus sind wir Sozialdemokraten in Hessen der Auffassung, dass sich die
13 Strukturen stärker den heutigen Anforderungen anpassen müssen. Wir werden daher
14 kooperative Ansätze in Regionen und interkommunale Zusammenarbeit stärken.
15 Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, informelle Verflechtungen stärker in
16 formale Strukturen zu überführen.
17

18 Die Städte und Gemeinden sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben in eigener
19 Verantwortung zu bestimmen, wie und mit welchen anderen Kommunen sie ihre
20 Aufgaben erfüllen wollen. Auch neue Zusammenschlüsse zu regionalen Verbänden
21 sollen möglich sein.

22 Dazu wollen wir die Landesgesetze anpassen, damit insbesondere die finanzielle
23 Ausstattung und die Ausgleichsmechanismen die gleichen Ergebnisse erzielen wie vor
24 den Umstrukturierungsprozessen.

25 Die Verwaltungsstrukturen des Landes müssen den Menschen dienen und nicht die
26 Menschen den Strukturen. Daher wollen wir Flexibilität in den Verwaltungsstrukturen
27 des Landes. Regionalpolitik für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird zudem
28 zwingend anders aussehen als für den Ballungsraum Kassel. Wir werden die bisherige
29 Blockadehaltung von Schwarz-Gelb beenden und auf Basis der von Stadt und Landkreis
30 Kassel geleisteten Vorarbeit die Voraussetzungen für die Bildung eines Regionalkreises
31 Kassel schaffen.

32 Wir unterstützen die Einrichtung eines Regionalkreises Mittelhessen. Als erste Schritte
33 streben wir eine intensivere Zusammenarbeit aller Städte, Gemeinden und Kreise an
34

35 In der Legislaturperiode 2014-2019 streben wir eine Enquete-Kommission des
36 Landtages unter Beteiligung der Gewerkschaften zu einer umfassenden
37 Staatsmodernisierung an.
38
39

40 Region Rhein-Main

41 Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Metropolregion, die Hessen durch
42 ihre wirtschaftlich und gesellschaftliche Dynamik prägt. Allerdings verfügt die
43 Metropolregion nach wie vor über keinen ausreichenden organisatorischen Rahmen,
44 daran hat auch das von der CDU-FDP-Regierung in 2011 verabschiedete Metropolgesetz
45 nichts geändert.
46

47 Wir Sozialdemokraten fordern daher die Neuordnung der Rhein-Main-Region. Dabei
48 geht es weniger um organisatorische und räumliche Zuschnitte, sondern darum einen
49 Prozess zu organisieren, der die Zusammenarbeit in der Region stärkt. Mit der

1 Rücknahme des Regionalkreiskonzepts hat die SPD den Weg für eine tragfähige
2 Konsenslösung frei gemacht.

3
4 Wir wollen dabei die demokratische Legitimation erhöhen und werden die Einführung
5 eines direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten „Regionalparlamentes“
6 vorsehen.

7 Der Regionalverband wird als Pflichtverband ausgestaltet. Es bleibt bei der bisherigen
8 Abgrenzung, aber Wiesbaden soll endlich aufgenommen werden. Für weitere
9 Kommunen besteht die Möglichkeit beizutreten.

10
11 Der Regionalverband wird Steuerungsinstanz für alle regionalen Gesellschaften. Er soll
12 im Kernbereich alleine zuständig für die Regionalplanung sein, so dass
13 Doppelzuständigkeiten, wie sie bisher der Fall waren, vermieden werden.

14
15 Zusätzlich soll der Regionalverband regionale Aufgaben übernehmen. Die Aufgaben
16 sind die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing, Energie, Verkehr und
17 Mobilität, Landschaftsplanung, Regionalpark, Sport/Freizeit/Erholung, Kultur,
18 Tourismusmarketing, Innovation und Wissenstransfer sowie Europa. Weitere
19 Zuständigkeiten könnten folgen.

20
21 Dem Regionalverband können Kommunen außerhalb des Kernbereichs freiwillig
22 beitreten, z. B. durch direkten Anschluss an das Planungsgebiet als auch durch Beitritt
23 zu einzelnen Gesellschaften. Der räumliche Wirkungskreis der Gesellschaften kann
24 daher vom Planungsbereich des Regionalverbandes abweichen.

25
26 Wir Sozialdemokraten halten es zudem für erforderlich, auch stärker emotional in der
27 Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zusammen zu rücken. Wir benötigen viel
28 stärker als bisher gelebt, ein gemeinsames Zukunftsbild von der Metropolregion
29 Frankfurt/Rhein-Main, das durch die Akteure getragen und von den Menschen gelebt
30 wird. Wir benötigen dazu einen Selbstverständigungsprozess, wie es die Durchführung
31 einer IBA ermöglichen kann. Das Abbrechen der Vorbereitungsprozesse zur
32 Durchführung einer IBA durch die CDU-FDP-Landesregierung war ein Fehler. Wir
33 werden die IBA als ein wichtiges Projekt unter Federführung eines neuen
34 Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main durchführen.

35 36 37 38 39 **4.3. Kommunen stärken**

40
41 Die SPD ist die Kommunalpartei in Hessen. Wir stellen die Mehrzahl der direkt
42 gewählten Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte. In
43 Frankfurt, Kassel, Gießen, Offenbach, Hanau und Marburg regieren
44 sozialdemokratische Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeisterinnen. Wir sind in den
45 großen Städten Hessens und in den ländlichen Räumen tief verwurzelt.

46
47 Deshalb wissen wir: Die Politik der CDU-/FDP-Landesregierung verschärft die Probleme
48 der kommunalen Haushalte. Hessens Kommunen tragen die Hauptlast dieser falschen
49 Politik. Wir werden daher den Kommunen wieder eine solide finanzielle Ausstattung
50 garantieren.

1 Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip - wer eine Leistung bestellt, muss
2 sie auch bezahlen - wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden.
3 Weitere Aufgabenübertragungen und Standarderhöhungen ohne finanziellen
4 Ausgleich wird es unter sozialdemokratischer Führung nicht geben.

5
6 Die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit unserer Städte, Gemeinden und Kreise
7 ruht auf sechs Säulen: Konsolidierung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung,
8 nachhaltigen Investitionen, einer gesicherten Einnahmehbasis, erfolgreicher
9 wirtschaftlicher Betätigung und bürgerschaftlichem Engagement.

10
11 Wir bekennen uns zu dem Ziel ausgeglichener kommunaler Haushalte. Diese sind seit
12 Jahren strukturell unterfinanziert. Trotz engagierter Bemühungen der
13 verantwortlichen Kommunalpolitiker konnte der Haushaltsausgleich deshalb in den
14 meisten der hessischen Städte und Gemeinden nicht erreicht werden.

15
16 Dennoch bleibt Ausgaben- und Aufgabenkontrolle selbstverständlich unabdingbar.
17 Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse lehnen wir, wegen der großen
18 Bedeutung kommunaler Investitionen für die Bürgerinnen und Bürger und für die
19 örtliche Wirtschaft, entschieden ab. Wir wollen die Möglichkeiten interkommunaler
20 Zusammenarbeit verbessern, um öffentliche Leistungen effektiver zu erbringen und
21 die Bürgerfreundlichkeit kommunaler Verwaltungen zu stärken. Dieses Ziel soll
22 dadurch unterstützt werden, dass angemessene finanzielle Anreize zu dieser Art der
23 Zusammenarbeit gesetzt werden.

24
25 Erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel in Schulen, Sportanlagen,
26 Schwimmbäder, Bibliotheken, Feuerwehren und Kindertagesstätten dürfen wir auch
27 im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht auf morgen verschieben. Eine gut
28 ausgebaute kommunale soziale Infrastruktur ist auch wichtig für die Vereinbarkeit von
29 Familie und Beruf, dem Schutz bei familiärer Gewalt und sozialen Notlagen. Nach den
30 zum Teil sehr schmerzhaften Einsparbeschlüssen auf kommunaler Ebene ist deshalb
31 klar, dass die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen deutlich verbessert werden
32 müssen.

33
34 Wir werden daher die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern. Den
35 strukturellen Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich
36 werden wir im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden u. a. durch die
37 Erhöhung der Finanzausgleichsmasse korrigieren. Die Kommunen, Landkreise und
38 kreisfreien Städte, die nicht unter den so genannten Schutzschirm gekommen sind,
39 dürfen dadurch keine Nachteile erhalten.

40
41 Darüber hinaus werden wir den Kommunalen Finanzausgleich so weiterentwickeln,
42 dass er sich stärker am Finanzbedarf der Kommunen orientiert.

43 Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer. Auf Bundesebene
44 werden wir daher eine Initiative zur Reform der Gewerbesteuer starten, die die
45 Gewerbesteuer auf eine breitere Grundlage stellt.

46
47 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der
48 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet. Deshalb wollen wir, dass der
49 Bund schrittweise die Kosten der Unterkunft für SGB II – Bezieherinnen und Bezieher
50 und den Kosten der Eingliederungshilfe finanziell übernimmt. Dazu werden wir im
51 Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

1 Wir wollen die Voraussetzungen der Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung der
2 Kommunen verbessern. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss in ihrem
3 Aufgabenbereich erweitert werden (u. a. Energieversorgung und Verteilung,
4 Wohnungsbau, Breitbandversorgung).
5 Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren vielfältige Aufgaben zur
6 Gestaltung ihres Gemeinwesens ehrenamtlich übernommen. Wir schätzen und
7 unterstützen diesen Einsatz. Vieles wurde dadurch überhaupt erst zusätzlich
8 ermöglicht. Dieser Einsatz darf nun aber nicht zum Abbau der sozialen Infrastruktur
9 unter Verweis auf bürgerschaftliches Engagement missbraucht werden.
10
11 Die Menschen erleben vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen unmittelbar die
12 Ergebnisse politischer Entscheidungen. Deshalb ist es uns so wichtig, die
13 Handlungsmöglichkeiten der Kommunen auf allen Feldern zu stärken. Nach unserem
14 Verständnis haben z. B. auch die Kommunen das Recht, einen Beitrag zur
15 Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.
16
17 Für eine gute kommunale Entwicklung, auch zur Sicherung und Schaffung von
18 Arbeitsplätzen, ist eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik auf der Grundlage
19 ausreichender Einnahmen und solider Haushaltsführung unverzichtbar.
20
21 Damit die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse unserer Politik auch überprüfen
22 können, wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Wir werden prüfen, ob den
23 Kommunen Wahlfreiheit bei der Buchführung zwischen Doppik und erweiterter
24 Kameralistik eingeräumt werden kann. Deshalb werden wir Informationen über den
25 Stand und die Entwicklungen in den verschiedenen Handlungsfeldern vorlegen, bei
26 dem die wichtigsten Entwicklungen mit messbaren Ergebnissen versehen sind. Dies
27 können neben üblichen Statistiken auch Indikatoren für die ökonomische, ökologische
28 und die soziale Entwicklung sein. Für die Kommunen wird die bisherige
29 Kommunalstatistik in Richtung einer solchen dreidimensionalen (Ökologie, Ökonomie,
30 Gesellschaft / Soziales) Berichterstattung weiterentwickelt.

1 **5. Hessens demokratische und liberale Tradition** 2 **stärken**

3 4 **5.1 Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung** 5

6 Ein Schlüssel zum solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Hessen ist die
7 Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Abbau von Diskriminierung. Nach wie
8 vor werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Die CDU-
9 geführte Landesregierung hat in den letzten 14 Jahren dafür gesorgt, dass sich daran
10 nichts ändert: Die Frauenförderung wurde weiter zurückgefahren. Angebote zum
11 Wiedereinstieg in den Beruf wurden gestrichen. Beratungs- und Hilfsangebote wie
12 Frauenhäuser und Schwangerenkonfliktberatung wurden massiv gekürzt.

13 Die CDU hält im Bund wie in Hessen weiter an der „Versorgerehe“ fest, wie sich etwa
14 an der neuen Arbeitsmarkt-Fernhalteprämie, dem Betreuungsgeld, zeigt.

15 Unser Sozialstaat erwartet aber von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter
16 Erwerbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche, egalitäre Aufgabenteilung in der
17 Ehe voraus. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss deshalb Angelegenheit von
18 beiden Elternteilen werden. Wir nehmen nicht länger hin, dass
19 Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und Minijobs das Armutsrisiko von Frauen
20 erhöhen.

21 Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit fast ein viertel weniger als
22 Männer. Wir stehen zum Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ In
23 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Tarifparteien werden wir Kampagnen für
24 Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und für mehr Frauen in
25 Führungsfunktionen durchführen. Wir setzen uns im Bund für die Einführung eines
26 Entgeltgleichheitsgesetzes ein. Zugleich unterstützen wir eine bessere Entlohnung in
27 den typischen „Frauenberufen“. Die von der SPD geforderte Einführung eines
28 allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wird vor allem im von Frauenarbeit
29 dominierten Niedriglohnsektor den schlimmsten Auswüchsen einen Riegel
30 vorschieben.

31 Wir setzen uns für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Von ihm profitieren
32 hauptsächlich Gutverdiener-Ehen mit traditioneller Rollenteilung. Deshalb fordern wir
33 eine Reformierung der Einkommensbesteuerung mit dem Ziel einer
34 Individualbesteuerung.

35 36 37 **5.1.1 Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen ist notwendig!**

38 Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen
39 für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Die Frauenperspektive muss in allen
40 Politikbereichen eingebracht werden und erkennbar sein. Frauenpolitik ist
41 Querschnittsaufgabe, Frauenförderung ist Führungsaufgabe. Wir stehen hinter der
42 Gleichheitspolitik der EU und unterstützen die Strategien des Gender-Mainstreaming
43 und des Gender-Budgeting in der Landespolitik sowie eine geschlechtersensible

1 Haushaltsführung in Kreisen und Kommunen. Alle Gesetzesinitiativen müssen nach
2 Genderaspekten überprüft werden.

3 Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass das alte Rollenbild in der Gesellschaft
4 aufgebrochen wird. Ohne die Änderung der gesellschaftspolitischen und gesetzlichen
5 Rahmenbedingungen kann Diskriminierung nicht überwunden werden. Dies
6 beinhaltet auch, dass wir dafür Sorge tragen, dass Männer bislang weiblich geprägte
7 Berufe der Erziehung und Pflege ergreifen und Frauen sich stärker in „typisch
8 männliche“ Berufe wagen.

9 Im ständigen Dialog mit den in den Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen und
10 Institutionen aktiven Frauen wollen wir eine Wahl- und Gestaltungsfreiheit von Frauen
11 für alle Phasen des Lebensverlaufs erreichen. Denn nach wie vor sind Frauen jeden
12 Alters und in jeder Lebenssituation von den Nachteilen der
13 Geschlechterungerechtigkeit betroffen.

14 Wir fördern eine emanzipatorische Jugendarbeit für Mädchen, weil zur
15 Persönlichkeitsentwicklung junger Frauen geschützte Räume notwendig sind, und
16 fördern eine Jungenarbeit, die frühzeitig überkommene Geschlechterklischees
17 aufbricht.

18 Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach Pflege- oder Erziehungsphasen
19 erleichtern. Die berufliche Förderung von Frauen in ländlichen Regionen unterstützen
20 wir. Wir helfen Frauen mit Behinderung, indem wir die Schaffung von barrierefreien
21 Arbeitsplätzen unterstützen. Und wir erarbeiten ein Integrationsprogramm, das die
22 speziellen Lebenslagen von zugewanderten Frauen und Mädchen berücksichtigt und
23 sie durch Sprach- und Integrationskurse unterstützt. Frauenbildungsprojekte und
24 Frauennetzwerke fördern wir auf verlässlicher Basis.

25 Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) wieder zu einem
26 zeitgemäßen Instrument der qualitativen Frauenförderung und Personalplanung im
27 öffentlichen Dienst machen. Die Vorschriften müssen verbindlicher werden und den
28 Frauenbeauftragten konkrete Sanktionsmöglichkeiten eröffnen. Eine Stärkung der
29 Frauenbeauftragten, eine angemessene Ausstattung sowie Kontrollmechanismen
30 müssen im HGIG festgeschrieben und der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert
31 werden.

32 Wir wollen, dass bei der Besetzung von allen Gremien Frauen entsprechend
33 repräsentiert sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung gesetzlicher
34 Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Zur Erhöhung des Frauenanteils
35 in Kommunalparlamenten wollen wir Möglichkeiten zur Einführung von Frauenquoten
36 im Kommunalwahlgesetz überprüfen.

37 Die paritätische Besetzung von Positionen ist gleichzeitig auch integraler Bestandteil
38 unserer Regierungspolitik. Wir sind uns als SPD unserer eigenen Vorbildfunktion
39 bewusst und werden daher unseren Anspruch bei der eigenen Besetzung von
40 politischen Ämtern, Gremien, öffentlichen Aufsichtsräten und wichtigen Positionen
41 entsprechend umsetzen.

42 Auch an den hessischen Hochschulen muss der Anteil der weiblichen Führungskräfte
43 ausgebaut werden. Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden ständig
44 gestiegen ist, sind Professorinnen immer noch eher Ausnahme denn Regel. Wir werden
45 weibliche Führungskräfte an den hessischen Hochschulen gezielt fördern und setzen
46 uns darüber hinaus für eine Frauenquote bei der Besetzung der Leitungsebenen der
47 Hochschulen ein.

48

1 Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen konsequent. Wir treten für einen
2 Rechtsanspruch für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder auf Schutz, Zuflucht,
3 Beratung und Unterstützung ein. Die Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit,
4 die sich mit Gewalt gegen Frauen befasst, soll verstärkt werden. Unser Augenmerk gilt
5 auch den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Hierfür
6 bedarf es besonderer Hilfsangebote.

7 Die Gewalt gegen Frauen wirkt sich immer auch auf die in der Familie lebenden Kinder
8 aus. Sie benötigen ebenfalls die Einbeziehung in besondere Schutz- und
9 Beratungssettings. Hier brauchen wir den Ausbau der Absprachen zwischen den
10 Einrichtungen der Frauenhäuser und der Jugendhilfe.

11 Polizeibeamtinnen und -beamten wollen wir für Maßnahmen zur Verhinderung von
12 häuslicher Gewalt qualifizieren.

13 Wir treten dafür ein, dass die Genitalverstümmelung bei Frauen zum Straftatbestand
14 wird. Die Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel sollen verstärkt werden.

15

16

17 5.2. Für ein tolerantes Hessen

18 Hessen hat lange genug unter einer Politik der Intoleranz gelitten. Die Ablehnung von
19 Minderheiten ist Stilmittel der konservativ-liberalen Landesregierung gewesen. Damit
20 wird Schluss sein.

21

22 Wir wollen eine Politik der Toleranz in Hessen. Deshalb streiten wir für eine weltoffene
23 Haltung gerade in Fragen der sexuellen Identität. Eine SPD geführte Landesregierung
24 wird einen Aktionsplan gegen sexuelle Diskriminierung in Hessen einführen. Es ist die
25 Aufgabe moderner Gesellschaften, Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund
26 von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, Behinderung, ethnischer
27 Herkunft und Weltanschauung entgegenzuwirken. Hessen als eine der führenden
28 Regionen Europas muss wieder tolerant und weltoffen geführt werden. Und dafür
29 steht die SPD.

30

31 Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben
32 unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb
33 werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen.
34 Das gilt auch für die hessischen Beamtinnen und Beamten. Der Familienzuschlag muss
35 seit Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes 2001 rückwirkend gewährt werden.

36

37 Eine SPD geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Ergänzung des
38 Antidiskriminierungsartikels 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, sowie Art. 1 des Hessischen
39 Verfassung um dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

40

41 Die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Weltoffenheit
42 und Menschenrechte. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir uns der Berliner
43 Initiative zur Rehabilitation der Menschen, die nach 1945 nach dem § 175 StGB
44 verurteilt worden sind, anschließen werden.

45

46 Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen
47 sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel sexuelle
48 Diskriminierung zu ächten. Zur sozialen Kompetenz gehört die Fähigkeit,
49 unterschiedliche Lebensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten zu

1 akzeptieren. Wir werden hier die Umsetzung der Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien
2 zum Thema „Homosexualität“ einleiten. Hierbei setzen wir gleichermaßen auf die
3 Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten,
4 Organisationen, Jugendhilfe und Eltern. Weiterhin wollen wir eine qualifizierte
5 Ansprechperson für Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Daher wollen wir
6 Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie
7 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Ferner werden wir für eine frühkindliche
8 weltoffene Wertevermittlung sorgen.

9 Wir wollen jungen Menschen in der Phase der Selbstfindung ihrer sexuellen Identität
10 helfen, diese diskriminierungsfrei zu erleben. Dazu sollen auch im ländlichen Raum
11 Möglichkeiten für Beratung und Begleitung in diesem Prozess geschaffen werden.

12
13 Wir wollen Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei
14 Arbeitslosigkeit und zur Erlangung beruflicher Selbstständigkeit fördern.

15
16 Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle
17 und Transgender (LSBT) einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter
18 auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

19
20 Regenbogenfamilien sind in Hessen keine Ausnahme, in der Bundesrepublik
21 Deutschland gibt es derzeit rund 700 000 Kinder in LSBT Familien. Die
22 Stiefkindadoption ermöglicht den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -
23 partnern Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Leider gibt es immer wieder
24 Hindernisse für LSBT Familien in unserer Gesellschaft. Auch eine normale Adoption ist
25 derzeit nicht möglich, deshalb brauchen wir ein volles Adoptionsrecht für eingetragene
26 Lebenspartnerinnen und -partner.

27
28 Darüber hinaus wird sich eine SPD-geführte Landesregierung dafür einsetzen, die
29 vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu erreichen. Die
30 SPD setzt sich für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare ein. Ehe –
31 als gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens – muss
32 heterosexuelle wie homosexuelle Paare umfassen.

33 34 35 **5.3. Weltoffenes Hessen**

36 **14 Jahre vergebene Chancen für die Integration**

37 Integrationspolitik reduziert sich unter der amtierenden Landesregierung auf eine
38 Mischung aus einzelnen Schaufensterprojekten bei gleichzeitiger Stagnation in den
39 zentralen Bereichen. Beispielhaft hierfür sind etwa die „Modellregionen Integration“.
40 Die vielleicht positiven Erkenntnisse aus den Modellregionen können nur dann
41 hilfreich sein, wenn sie in eine langfristige Politik umgesetzt werden und Kommunen
42 und freie Träger finanziell vom Land dabei unterstützt werden. All dies ist in Hessen
43 nicht erkennbar. Die Integrationspolitik der Landesregierung ist auf medienwirksame
44 Projektfinanzierung beschränkt, es geht mehr um Eigenvermarktung als um
45 dauerhaften Erfolg. Die ausländerfeindliche Kampagne der Hessen-CDU von 1999, an
46 der sich auch der amtierende Ministerpräsident beteiligt hat, bleibt unvergessen.

47 Die endlosen Verzögerungen bei der Einführung des bekenntnisorientierten
48 islamischen Religionsunterrichts zeigen beispielhaft die Handlungsunfähigkeit der
49 Landesregierung in Integrationsfragen auf. Insbesondere der starke rechtskonservative

1 Flügel der Hessen-CDU stemmt sich gegen nahezu jede Maßnahme für erfolgreiche
2 Integration in Hessen und hängt wie ein "Klotz am Bein" einer offenen Gesellschaft.

3

4 **Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis**

5 Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund
6 stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer
7 Gesellschaft zu finden.

8 Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich
9 zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr
10 unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln
11 des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz,
12 gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität
13 und Diversität.

14 Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten
15 aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
16 Leben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben.
17 Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte
18 Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht,
19 sexueller Identität und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten
20 Rechts- und Wertegemeinschaft, die für Einheimische und Zugezogene die
21 selbstverständliche Grundlage für ein freiheitliches Zusammenleben bilden muss.

22 Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der
23 Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller
24 gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der
25 Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und
26 Organisationen erfassen muss.

27 Die meisten Probleme, denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert
28 sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren,
29 entspringen deren sozioökonomischer und soziokultureller Lage. Dies ist bedeutsam
30 für die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik.

31 Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir
32 eine verbindliche landesgesetzliche Grundlage schaffen.

33

34 **Integration durch Bildung und Sprache**

35 Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen.
36 Möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern in gut ausgestatteten
37 Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung ist eine
38 wesentliche Voraussetzung dafür, dass späterer Bildungsmisserfolg vermieden werden
39 und jedes Kind seine Begabungen und Neigungen voll entfalten kann. Wir
40 unterstützen deshalb den verstärkten und möglichst frühen Besuch von Kindern mit
41 Migrationshintergrund in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Er ist sowohl unter
42 dem Aspekt der sozialen Integration als auch unter dem Aspekt des zukünftigen
43 Bildungserfolgs dringend erforderlich. Wir wollen die gezielte Ansprache und
44 verstärkte Beratung der Eltern und verbesserte Eltern- und Familienbildung und eine
45 stärkere Einbeziehung der Eltern in die Arbeit der Einrichtungen anregen.

1 In Hessen gibt es eine Vielzahl von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern.
2 Das gemeinsame Lernen all dieser Kinder in den Kindergartengruppen und
3 Schulklassen ist alltägliche Realität. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer sowie die
4 Fachkräfte in den Kitas dabei unterstützen, sich das Know-how für den täglichen
5 Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten anzueignen. Wir
6 werden interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit zu einem Schwerpunkt der
7 Lehrer- und Erzieheraus- und -fortbildung machen und Anstrengungen unternehmen,
8 um mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

9 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für
10 Integration. Unser Ziel ist es, dass Angebote zur Sprachförderung für alle Kinder
11 bedarfsgerecht in den Alltag der Kindertagesstätten und der Schuleingangsstufe
12 integriert entwickelt werden.

13 Mehrsprachigkeit ist die kulturelle Realität vieler Kinder und der Einrichtungen
14 insgesamt. Wir betrachten sie nicht als Problem, sondern vorrangig als Chance: Die
15 sichere Beherrschung von zwei Sprachen ist eine wesentliche Ressource für
16 zukünftigen persönlichen und beruflichen Erfolg. Wir wollen deshalb, dass
17 Mehrsprachigkeit in der Arbeit der Einrichtungen nicht lediglich geduldet, sondern
18 ermutigt und gefördert wird. Die SPD spricht sich daher in ihrem Schulgesetzentwurf
19 dafür aus, Herkunftssprachen im Rahmen des Regelunterrichts anzubieten.

20 Außerdem wollen wir für die Fachkräfte in den Einrichtungen entsprechende
21 Schulungsangebote bereitstellen. Insgesamt wollen wir, dass die pädagogische Praxis
22 in den Einrichtungen auf mehr Sprach- und Lesefreude und -kompetenz ausgerichtet
23 wird.

24 Zentral für das Gelingen von Integration von Kindern und Jugendlichen mit
25 Migrationshintergrund ist ein Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik von
26 CDU und FDP. Das SPD-Schulkonzept „Haus der Bildung“ ermöglicht es den Schulen
27 besser, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit
28 Migrationshintergrund einzugehen und erleichtert den Übergang von der Kita in die
29 Schule und von der Schule in den Beruf. Es ermöglicht über ein flächendeckendes
30 Angebot von Ganztagschulen und die Verzahnung mit der Jugendsozialarbeit, alle
31 Kinder zu fördern und Schulabbrüche und schulisches Scheitern von vornherein zu
32 vermeiden. Unser Ziel: Kein Kind wird mehr zurückgelassen.

33

34 **Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern**

35 Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die gezielte Förderung
36 von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen
37 Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem
38 erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft
39 unser Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“. Wir forcieren die abschlussorientierte
40 Nachqualifizierung so genannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder
41 Berufsabschluss wollen wir neue Chance eröffnen, um zum Beispiel einen
42 Schulabschluss nachzuholen.

43

44 Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die dringend benötigten Personen erleichtert
45 werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in
46 Deutschland arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des
47 Bundes, das für die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen soll, ist

1 dabei nur ein erster Schritt. Eine Anlaufstelle, die Betroffenen erste Informationen und
2 Unterstützung bietet, fehlt. Wir haben für das entsprechende Landesgesetz und somit
3 für die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe gefordert, einen
4 Beratungsanspruch sicherzustellen und den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung
5 Möglichkeiten für die erforderlichen Anpassungs- und
6 Nachqualifizierungsmaßnahmen zu eröffnen. Die Hessische Landesregierung hat diese
7 Änderungsvorschläge der SPD dem Gesetzentwurf übernommen. Damit ist eine gute
8 Lösung erreicht worden. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten.

9 Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Der
10 Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im öffentlichen Dienst gemessen
11 an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Wenn sie denn in der
12 Verwaltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen
13 deshalb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend ausgestaltet werden. Zudem
14 muss das Personal grundsätzlich eine Qualifizierung im Bereich der interkulturellen
15 Kompetenz erhalten.

16

17 **Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt** 18 **konsequent bekämpfen**

19 Das geltende Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach wie vor
20 integrationshemmend bzw. –verhindernd. Wir wollen, dass ordnungsbehördliche und
21 integrative Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Menschen der
22 Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen.

23

24 Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich unabhängig vom sozialen
25 Status gegen jeden Menschen mit Migrationshintergrund richten. Wir werden
26 diskriminierende rechtliche und tatsächliche Barrieren für das gleichberechtigte
27 Miteinander abbauen und fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der
28 Bevölkerung entgegen wirken. Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von
29 Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Gewalt und Terror ist ein elementarer
30 Bestandteil von Integrationspolitik.

31 Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz vorlegen, um sicherzustellen, dass
32 sich Betroffene auch in Bereichen rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht
33 vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind, wie
34 beispielsweise im öffentlichen Bildungsbereich.

35

36 **Flüchtlinge**

37 Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort
38 verfolgt, misshandelt oder gefoltert werden oder sie vor Bürgerkrieg, Hunger und
39 Naturkatastrophen, (auch nicht-staatlicher) geschlechtsspezifischer Verfolgung oder
40 vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische Flüchtlingspolitik
41 ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt.

42 Die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber hat die Integration bislang
43 stark beeinträchtigt. Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte, aber auch für die
44 Möglichkeit der Arbeitsaufnahme setzt sie mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir
45 setzen uns für länderübergreifende Regelungen sowie eine bundesweite Aufhebung
46 der Residenzpflicht ein.

1 Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte
2 Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird derzeit über Jahre der
3 Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen Geduldeten den Zugang zu
4 Beschäftigung erleichtern.

5 Wir wollen Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln, die Betroffenen
6 auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende
7 Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten
8 einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht.
9 Nur Menschen, die hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich
10 integriert werden.

11

12 Politische Teilhabe als Schlüssel

13 Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus, durch politische Teilhabe wird
14 Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle hier
15 lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen
16 und –Bürger und den Menschen aus Nicht-EU Staaten beenden.

17 Ausländerbeiräte sind als die einzige gewählte und daher demokratisch legitimierte
18 Vertretung der Menschen ohne deutschen Pass wichtige Ansprechpartner für Politik
19 und Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung der Rechte der
20 Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung ein. Solange es strukturelle
21 Benachteiligungen und akute Diskriminierungen von Ausländerinnen und Ausländern
22 gibt, sind die Beiräte eine Notwendigkeit und ein Element von praktischer politischer
23 Teilhabe.

24 Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch
25 Einbürgerung öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb
26 alle Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt
27 auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die
28 Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die doppelte Staatsangehörigkeit möglich
29 gemacht und der Optionszwang abgeschafft wird. Die bisherige Entscheidungspflicht
30 beim Erreichen der Volljährigkeit schafft einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand.
31 Außerdem führt sie zu Loyalitäts- und Identitätskonflikten.

32

33 Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands

34 Der Islam als Religion, die religiösen islamischen Gemeinschaften und Verbände und
35 die vielen Muslime sind für uns ein selbstverständlicher Bestandteil der deutschen
36 Gesellschaft und der Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften.

37 Wir befürworten die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als Ausdruck
38 der verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlung aller Religionen durch den
39 Staat. Wir wollen durch den Ausbau von Studiengängen für islamische Theologie die
40 Ausbildung muslimischer Geistlicher in Deutschland erleichtern.

41 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass auch bei Bestattungen die jeweiligen
42 kulturellen und religiösen Überzeugungen akzeptiert werden müssen.

43

1 Kultursensibler Umgang mit älteren Migrantinnen und Migranten

2 Der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Dies darf von
3 der Politik nicht ignoriert werden. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die
4 kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Besonders
5 setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und
6 Pflegebedürftigkeit ein.
7

8 Die Mehrheitsgesellschaft einbinden

9 Der Prozess der Integration bedeutet für uns als SPD die zeitgemäße Ausgestaltung
10 unserer pluralistischen Gesellschaft. Dieser Prozess wird sich nur dann zum Wohle aller
11 positiv auswirken, wenn alle Beteiligten sich auf gleicher Augenhöhe begegnen.
12 Darauf arbeiten wir hin.
13
14

15 5.4 Liberales und sicheres Hessen

16 Datenschutz

17 Hessen galt unter einer SPD-geführten Regierung lange Zeit als Vorreiter im
18 Datenschutz. Auf Initiative der SPD ist es gelungen, die Kontrolle in Datenschutzfragen
19 insgesamt beim Hessischen Datenschutzbeauftragten zu konzentrieren.
20

21 Durch die moderne Technik werden immer mehr Daten von Unternehmen, aber auch
22 der öffentlichen Verwaltung erhoben. Dadurch ergeben sich neue Herausforderungen
23 für den Datenschutz. Notwendig ist eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen.
24 Dies gilt gegenüber dem Staat, gegenüber wirtschaftlichen Interessen, aber auch im
25 zwischenmenschlichen Bereich, wie die aktuelle Diskussion um Soziale Netzwerke,
26 Internetplattformen oder die Möglichkeit der privaten Überwachung durch Handy-
27 Ortung zeigen. Bei der Ausgestaltung von IT-Verfahren des Staates sind
28 Datensparsamkeit und „privacy by design“ immer wichtigere Gestaltungsmomente,
29 die nicht zum Selbstzweck werden dürfen. Der Staat muss jederzeit in der Lage sein,
30 auch tatsächlich die Sicherheit der von ihm erhobenen und verarbeiteten Bürgerdaten
31 gewährleisten und eine zweckwidrige Verwendung ausschließen zu können. Deshalb
32 ist jegliche Nutzung von Cloud-Computing kritisch zu prüfen. Aber auch Bürgerinnen
33 und Bürger müssen mit ihren Daten sensibler umgehen. Deshalb muss die Kompetenz
34 vermittelt werden, bei der Nutzung der modernen Techniken und sozialen Medien die
35 eigenen Interessen zum Schutz ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
36 verantwortungsbewusst wahrzunehmen sowie die Rechte anderer zu achten.
37

38 Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger vor zu viel Eingriffen schützen. Das
39 gilt gegenüber der Wirtschaft im Verbraucherschutz und vor allem bei den Betreibern
40 Sozialer Netzwerke. Aber auch vor zu vielen Eingriffen durch den Staat muss der Bürger
41 geschützt werden. Dies gilt im polizeirechtlichen Bereich ebenso wie in allen anderen
42 Bereichen staatlichen Handelns. Übersteigter Sicherheitswahn darf nicht dazu
43 führen, dass individuelle Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr
44 eingeschränkt werden. Vorhandene Eingriffsrechte gehören deshalb auf den
45 Prüfstand. Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und
46 Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und
47 praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig
48 und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

1

2 Polizei

3 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der
4 Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Polizei ist ein wesentlicher Garant für die innere
5 Sicherheit und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus. Mit der
6 Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rd. 400 Polizeianwärterinnen und -
7 anwärter hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen
8 Polizei abermals forciert. In der Folge werden sich die Personalvakanz bei den
9 Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei dramatisch
10 erhöhen. Eine deutliche Aufgabenvermehrung durch personalintensive
11 Einsatzmaßnahmen und neue kriminalpolizeiliche Herausforderungen
12 (Internetkriminalität, Staatsschutz, Gewaltphänomene etc.) wird sich die Situation
13 zusätzlich verschärfen.

14

15 Daher hält die SPD die Beibehaltung einer linearen und kontinuierlich hohen
16 Ausbildungsrate mit mindestens 550 Neueinstellungen jährlich für unerlässlich.

17 In diesem Zusammenhang kommt der Einstellung von Polizeibediensteten mit
18 Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zu, da durch deren Kultur- und
19 Sprachkompetenz die Akzeptanz staatlichen Handelns erhöht werden kann und
20 schwierige Situationen leichter entschärft werden können.

21

22 Durch eine neue Führungs- und Organisationskultur soll den Beschäftigten der Polizei
23 wieder eine Perspektive für Leistung gesichert werden. Als wesentliche Säule des
24 staatlichen Gewaltmonopols bedarf die Polizei eines kooperativen Führungssystems,
25 bei dem Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und
26 Toleranz elementare Grundlagen bilden. Unter der Verantwortung der
27 Landesregierung sind im Bereich der hessischen Polizei in den letzten Jahren
28 Führungsstrukturen eingeführt worden, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen einer
29 modernen Personalführung stehen. Demgegenüber steht die SPD für eine
30 selbstbewusste und demokratische verfasste Polizei, mit verantwortungsbewussten,
31 sozial kompetenten und auf einem festen ethischen Fundament stehenden
32 Führungskräften. Aus diesem Grund hat sich die SPD auch für die Einführung eines
33 bzw. einer unabhängigen, dem Parlament verpflichteten Landespolizeibeauftragten
34 eingesetzt und wird dieses Modell auch in der kommenden Legislaturperiode wieder
35 aufgreifen. Auch werden wir uns für eine Förderung von Frauen für
36 Führungspositionen einsetzen.

37

38 Wir wollen gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.
39 Wann immer die Bürgerinnen und Bürger die Polizei brauchen, muss sie für sie zügig
40 erreichbar sein. Als Ansprechpartner vor Ort müssen gut und qualifiziert ausgebildete
41 Polizeibeamtinnen und -beamten Präsenz zeigen. Dieser Verantwortung darf sich das
42 Land weder im ländlichen Raum noch in den Ballungsgebieten unseres Landes
43 entziehen.

44

45 Wir wollen keine Verlagerung von Sicherheitsaufgaben an private Anbieter und
46 Beendigung des Freiwilligen Polizeidienstes. Die Menschen haben einen Anspruch auf
47 qualifizierte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur durch
48 Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und von ausreichend und gut
49 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Die polizeiliche
50 Praxis macht immer wieder deutlich, dass bei fast allen polizeilichen Situationen nicht

1 nur rechtliche Überlegungen, sondern im besonderen Maße auch kompetente
2 „Konfliktmanagerinnen und -manager“ gefragt sind, um handlungssicher und
3 situationsangemessen einzuschreiten. Diesem Anforderungsprofil kann ein Freiwilliger
4 Polizeidienst nicht genügen. Zudem ist dem zunehmenden Einsatz privater
5 Sicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei bedarf es
6 insbesondere gesetzlicher Regelungen über die Zulassung privater Sicherheitsdienste
7 sowie hinsichtlich der Aus- und Fortbildung sowie der Prüfung von Beschäftigten
8 solcher Unternehmen.

9
10 Wir wollen der Gewaltbereitschaft gegen Polizei, Hilfsorganisationen und im Bereich
11 ÖPNV wirksam entgegentreten. In den letzten Jahren sehen sich die Beschäftigten von
12 Polizei, Feuerwehr, ÖPNV und Hilfskräften zunehmend gewalttätigen Übergriffen
13 ausgesetzt. Deshalb begrüßt die SPD die Gesetzesänderung in Berlin bzgl. einer klaren
14 Strafverschärfung für Straftaten gegen staatliche Stellen und Hilfsdienste.
15 Gesellschaftlich gilt es, den Übergriffen entschieden entgegen zu treten.

16 Justiz und Justizvollzug

17 Die SPD setzt sich für eine moderne und gut ausgestattete Justiz ein. Als dritter Gewalt
18 kommt der Justiz und ihren Bediensteten und Angehörigen eine besondere Bedeutung
19 zu, der strukturell und personell Rechnung getragen werden muss und die es weiter zu
20 entwickeln gilt. Nur so ist die Justiz in der Lage, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und
21 soziale Gerechtigkeit zu sichern. Auch hier werden wir uns für eine Förderung von
22 Frauen für Führungspositionen einsetzen.

23
24 Die hessische Sozialdemokratie steht deshalb für eine bürgernahe Justiz. In den letzten
25 Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Gerichte geschlossen und damit
26 die Justiz massiv aus der Fläche abgezogen. Das war ein Fehler. Auch wenn eine SPD-
27 geführte Landesregierung geschlossene Gerichtsstandorte nicht wieder eröffnen
28 können wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass Gerichte auch in der Zukunft für alle
29 Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind und die Justiz in der Fläche präsent bleibt.

30
31 Wir stehen für den freien Zugang zum Recht. Den Rechtsuchenden darf es weder durch
32 technische Hürden noch aus wirtschaftlichen Gründen erschwert oder unmöglich
33 gemacht werden, ihre Rechte geltend zu machen. Daran müssen sich Änderungen der
34 Prozesskostenhilfe oder der Beratungshilfe ebenso orientieren wie technische
35 Weiterentwicklungen im Rechtsverkehr.

36
37 Die Justiz kann die an sie gestellten Anforderungen aber auch nur dann erfüllen, wenn
38 die verfassungsrechtlich geschützte Unabhängigkeit gewahrt und fortentwickelt wird.
39 Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Möglichkeiten der Stärkung der
40 Unabhängigkeit und Modelle einer selbstverwalteten Justiz prüfen. Dies gilt nicht nur
41 für Personalentscheidungen und Budgetfragen, sondern auch für Abläufe im
42 Richterwahlausschuss.

43
44 Justizpolitik ist aber auch Strukturpolitik und eine moderne und qualitativ hochwertige
45 Justizstruktur ist heute ein wesentlicher Faktor für den Stellenwert Hessens als
46 Wirtschaftsstandort. Hessen kommt in der Bundesrepublik insbesondere als
47 internationaler Finanzplatz Rhein-Main, aber auch in anderen Wirtschaftsfeldern eine
48 herausgehobene Bedeutung zu. Das bedingt auch die Bereitstellung und Entwicklung
49 geeigneter Mechanismen und Systeme zur effektiven Streitbeilegung. Schon jetzt
50 verfügt der Wirtschaftsstandort Hessen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten

1 über ein herausgehobenes „Know-how“ und viel Erfahrung. Dies gilt es weiter
2 auszubauen, indem Hessen und der „Rechtsstandort Rhein-Main“ gemeinsam mit den
3 zu beteiligenden Institutionen und Verbänden national und international sichtbarer
4 und präsenter gemacht wird.

5
6 Die Strafverfolgungsbehörden sind Teil der unabhängigen Justiz. Dieser Funktion gilt
7 es auch strukturell Rechnung zu tragen. Darüber hinaus müssen die
8 Staatsanwaltschaften in Hessen zusätzlich in die Lage versetzt werden, sich den
9 ändernden Kriminalitätserscheinungsformen zu stellen. Zusätzlich sind die
10 Bemühungen bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität, Wirtschaftskriminalität
11 sowie im Umgang mit der steigenden Nutzung des Internets für Straftaten zu
12 intensivieren.

13
14 Wir begreifen die Bekämpfung der Jugendkriminalität als eine gesamtgesellschaftliche
15 Aufgabe, die umfassend und ganzheitlich angegangen werden muss. Neben
16 präventiven Maßnahmen sind die Mittel des Jugendstrafrechts im Sinne des
17 Erziehungsgedankens flexibel auf straffällig gewordene Jugendliche einzusetzen. Es
18 muss erreicht werden, dass gerade bei jugendlichen Straftätern die „Strafe schnell auf
19 den Fuß folgt“, damit sich die jugendlichen Straftäter zügig mit ihrer Tat sowie dem
20 begangenen Unrecht auseinandersetzen können und eine entsprechende Sanktion
21 schnell folgt. Dabei sind die Möglichkeiten des Hauses des Jugendrechts hessenweit
22 auszubauen und eine Ausweitung des beschleunigten Jugendstrafverfahrens zu
23 nutzen. Die SPD in Hessen lehnt den sogenannten Warnschussarrest ab.

24
25 Auch der Täter-Opfer-Ausgleich ist weiter auszubauen. Der Täter-Opfer-Ausgleich
26 dient auf der einen Seite dem angemessenen Ausgleich der erlittenen Schäden eines
27 Opfers. Auf der anderen Seite führt er dem Täter seine eigene Verantwortung für durch
28 ihn verursachte Schäden vor Augen. Durch das Hinwirken des Vermittlers auf eine
29 Vereinbarung zwischen Täter und Opfer kann zudem ein Zivilrechtsstreit und damit
30 eine Vernehmung des Opfers als Zeuge vermieden werden.

31 Der Opferschutz ist ein hohes Gut und muss weiter gestärkt und ausgebaut werden.
32 Deshalb sind, um eine weitere Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, alle
33 prozessualen Möglichkeiten des Opferschutzes auch im Strafverfahren zu schaffen. Die
34 SPD hat sich bereits in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, in Hessen eine
35 Opferstiftung zu gründen. Ziel ist es, den Opfern von Straftaten eine schnelle,
36 unbürokratische, finanzielle Hilfe zu gewähren, wenn diese anderweitig (etwa nach
37 dem Opferentschädigungsgesetz) nicht zu erlangen ist. Deshalb wird eine
38 sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Einrichtung einer Opferstiftung
39 umsetzen.

40
41 Besonders entschieden werden wir gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede
42 Frau in Hessen hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von
43 Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und
44 auf schnelle Unterbringung in einer sicheren Unterkunft erhalten. Die Finanzierung der
45 Frauenhäuser und Frauennotrufe werden wir daher sicherstellen.

46
47 Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem die
48 flächendeckende Einrichtung von Zeugenberatungsstellen bei den Gerichten einleiten
49 und einen Opferschutzbericht erstellen, der es Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, sich
50 einen umfassenden Überblick über die Rechtslage, die Maßnahmen und Projekte der
51 Landesregierung zum Schutz und Unterstützung der Opfer von Straftaten in Hessen, zu
52 schaffen.

1
2 Ziel des Justizvollzugs ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und
3 die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Sinne des Resozialisierungsgebots
4 wollen wir für geeignete Strafgefangene neben dem offenen Vollzug
5 „Vollzugseinrichtungen in offener Form“ schaffen, um die Wiedereingliederung von
6 Straftäterinnen und Straftätern weiter auszubauen. Auch im Justizvollzug muss eine
7 neue Führungs- und Organisationskultur geschaffen werden, die den Grundsätzen
8 einer modernen Personalführung entspricht. Der Justizvollzug muss außerdem
9 personell so ausgestaltet werden, dass er die an ihn gestellten unterschiedlichen und
10 gesetzlich definierten Aufgaben erfüllen kann. Auf Grund der Zunahme der Anzahl
11 psychisch auffälliger Strafgefangener muss die Möglichkeit einer Optimierung des
12 Behandlungsvollzuges durch weitere spezialisierte Abteilungen überprüft werden.
13 Auch das Übergangsmanagement in den Strafanstalten muss weiter ausgebaut und
14 verbessert werden. Die Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit sollte frühestmöglich in
15 der Haft interdisziplinär angegangen werden. Der hessische Jugendstrafvollzug ist
16 besonders geeignet auf die Jugendlichen im Sinne der Resozialisierung einzuwirken.
17 Dies gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Eine Privatisierung des Justizvollzugs
18 lehnen wir strikt ab. Der Vollzug von Freiheitsstrafe ist eine hoheitliche Aufgabe.

19
20 Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soll überprüft werden. Dabei wollen wir
21 durch die Stärkung gemeinnütziger Arbeit, aber auch durch Modellversuche den
22 Vollzug von Freiheitsstrafen verkürzen bzw. vermeiden.

23
24 Der Anwendungsbereich der elektronischen Fußfessel sollte grundsätzlich erweitert
25 werden. Sinnvoll erscheint der Einsatz als Alternative zum offenen Vollzug, konkret im
26 Kurzstrafenvollzug sowie zur Verkürzung des Langstrafenvollzugs. Im Einzelfall ist
27 auch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen die Möglichkeit des Einsatzes der
28 elektronischen Fußfessel zu prüfen.

29
30 Im Umbruch befinden sich momentan die Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Da
31 die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gegen die europäische Menschenrechtskonvention
32 bzw. das Grundgesetz verstoßen, müssen auf Bundes- und Landesebene Änderungen
33 vorgenommen werden. Die Sicherungsunterbringung nimmt als Maßregel der
34 Besserung und Sicherung eine zentrale Rolle bei der Verhinderung von Rückfalltaten
35 ein. Von Bedeutung ist daher insbesondere ein Gesamtkonzept, dass u.a. ausreichende
36 Therapieangebote und das Trennungsgebot umfasst. Die SPD begrüßt, dass die
37 Sicherungsverwahrten in Schwalmstadt untergebracht und behandelt werden. Die JVA
38 Schwalmstadt und ihre Bediensteten verfügen über eine langjährige Erfahrung und
39 eine hohe Kompetenz im Umgang mit Sicherungsverwahrten.

40 Das Hessische Freiheitsentziehungsgesetz entspricht nicht der UN-
41 Behindertenrechtskonvention und der neuen Rechtsprechung und muss ersetzt
42 werden.

43

44 **Verfassungsschutz**

45 Eine wehrhafte Demokratie muss auch Zeichen setzen und entschlossen gegen
46 extremistische Bestrebungen vorgehen. Dabei darf die Arbeit des Verfassungsschutzes
47 aber nicht einseitig auf einzelne Extremismusbereiche ausgerichtet sein. Der

1 Verfassungsschutz muss das gesamte Spektrum des politisch und religiös motivierten
2 Extremismus angemessen abdecken. Hier gibt es in Hessen Änderungsbedarf, sodass
3 eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Ausrichtung des Verfassungsschutzes
4 neu justieren wird.

5
6 Der Verfassungsschutz muss demokratischer gestaltet werden. Das Landesamt für
7 Verfassungsschutz leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für
8 die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Bestand und die
9 Sicherheit des Landes Hessen, des Bundes und der anderen Länder. Allerdings zeigt die
10 Tatsache, dass die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer
11 Untergrund“ (NSU) über ca. 14 Jahre unentdeckt schrecklichen Gewalttaten verüben
12 konnte, dass es auch beim Verfassungsschutz in Hessen gravierende Mängel gibt. Dies
13 gilt es dringend aufzuarbeiten und abzustellen. In diesem Zusammenhang sind die
14 Arbeitsstrukturen des Verfassungsschutzes zu prüfen und ggf. neu zu regeln. Dies gilt
15 für den Einsatz von V-Leuten ebenso wie für den Umgang mit Quellen.

16
17 Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Demokratisierung des Verfassungsschutzes,
18 um verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen.
19 Unser Ziel ist es, einen modernen und transparenten Verfassungsschutz zu schaffen,
20 der seine Legitimation auf eine umfassende parlamentarische Kontrolle stützen kann.
21 Deshalb benötigen wir eine umfassende Stärkung der parlamentarischen
22 Kontrollrechte.

23
24 Es gab insgesamt eine Reihe von strukturellen Defiziten, die aufgearbeitet werden
25 müssen. Dazu gehört insbesondere der fehlende Informationsaustausch zwischen den
26 einzelnen Verfassungsschutzbehörden. Hier bedarf es einer gesetzlichen Pflicht zur
27 Information. Es gab darüber hinaus sehr zweifelhafte Einsätze von V-Leuten. Deshalb
28 brauchen wir dringend gesetzliche Regelungen für deren Anwerbung und Einsatz von
29 V-Leuten. Auch wäre ein Richtervorbehalt ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit
30 von V-Leuten ratsam. Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur
31 Quellenkoordinierung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss einen Überblick
32 über alle eingesetzten Quellen in Deutschland erhalten, ansonsten entstehen unnütze
33 Doppelstrukturen oder vorhandene Ressourcen können nicht genutzt werden.

34
35 Wir brauchen aber auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem
36 Verfassungsschutz und der Polizei. Dabei bekennt sich die SPD nach wie vor zu einer
37 strikten Trennung zwischen nachrichtendienstlichen Aufgaben des
38 Verfassungsschutzes und den Aufgaben und Befugnissen der Polizei. Jedoch muss die
39 gegenseitige Information gewährleistet werden. Wir benötigen dringend einen
40 Mentalitätswechsel beim Verfassungsschutz. Wir benötigen mehr Transparenz und
41 Offenheit, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen.

43 Initiativen gegen Rechts

44 Die SPD unterstützt das Engagement der zahlreichen Initiativen und Vereine, die sich
45 gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie einsetzen. Ihre Bildungs- und
46 Präventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der
47 demokratischen Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte in unserem
48 Land dar. Es ist paradox und widersinnig, gerade von diesen Initiativen bei der
49 öffentlichen Förderung eine zusätzliche Sondererklärung zur Verfassungstreue zu
50 verlangen. Deshalb lehnt die SPD die als „Extremismusklausel“ bezeichnete

1 Bestätigungserklärung für die Zuwendung von Mitteln aus dem Bundesprogramm
2 "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" ab. Darüber hinaus ist es aber auch
3 notwendig, gesamtgesellschaftlich gegen alle Erscheinungsformen des
4 Rechtsextremismus in unserem Land vorzugehen. Deshalb hält die SPD es für
5 erforderlich, ein landesweites umfassendes Konzept gegen Rechtsextremismus
6 aufzulegen.
7

8 **Feuerwehr und Katastrophenschutz**

9 Es muss ein flächendeckendes System des Brandschutzes und Katastrophenschutzes in
10 Hessen gewährleistet werden. Dazu gehört auch der Erhalt der Ortsteilfeuerwehren.
11 Die Sicherung einer gesetzlichen Hilfsfrist von 10 Minuten ist für die Bürgerinnen und
12 Bürger von wesentlicher Bedeutung. Entscheidend für eine gute Struktur der
13 Hilfsdienste und der Feuerwehren ist der Erhalt der integrierten Leitstellen in den
14 Landkreisen.
15

16 Für die vielen ehrenamtlichen Helfer wird insbesondere ausreichend Personal benötigt.
17 Die Feuerwehr in Hessen besteht zu 95 Prozent aus ehrenamtlichen Kräften und auch
18 bei den Hilfsdiensten ist der Anteil sehr hoch. Dieses Ehrenamt kann gar nicht hoch
19 genug geschätzt werden. Es braucht aber auch konkrete Maßnahmen zur
20 Unterstützung des Ehrenamtes, evtl. durch gesetzliche Regelungen, z. B. eines
21 verbesserten Kündigungsschutzes. Um Personal zu gewinnen, sollten Initiativen zur
22 Mitgliedergewinnung unterstützt werden. Dazu gehört eine Bereitstellung von Mitteln
23 für ein Engagement der Feuerwehren und Hilfsdienste in Ganztagschulen. Die
24 Förderung von Initiativen zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Migrantinnen in den
25 Feuerwehren ist ebenfalls zu unterstützen. Des Weiteren ist eine Entlastung der
26 ehrenamtlichen Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu
27 ermöglichen.
28

29 Die Landesfeuerweherschule in Kassel muss unterstützt werden. Weiterhin ist eine
30 pädagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehr und
31 der Kinderfeuerwehren erforderlich.
32

33 Die Feuerwehren vor Ort müssen aber auch gut ausgestattet sein, um den Schutz der
34 Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu gehört ausreichende Mittelzuwendung für die
35 Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau
36 angepasst ist. Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer muss ohne Einschränkung für
37 den Brandschutz zur Verfügung stehen.
38

39 **5.5 Wieder mehr Demokratie wagen**

40
41 Wir stimmen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit überein: Unser Land und
42 seine Bevölkerung sind reif für mehr direkte Demokratie. Wir setzen uns ein für die
43 Einführung von Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden auf Bundesebene sowie
44 für die Absenkung der Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundlicheres Maß. Wir setzen
45 uns ein für die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren und verlängern die
46 Eintragsfrist auf zwei Monate. Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen
47 wollen wir dabei streng transparent machen und notfalls eingrenzen, um
48 finanzstarken Verbänden und Lobbys keine überproportionale Einflussnahme auf

1 politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir wollen verstärkt innovative Projekte
2 wie den Bürgerhaushalt und digitale Teilnahmeverfahren erproben. Diese Formen
3 sind kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, sondern eine wichtige Erweiterung.

4 Die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen
5 Entscheidungsprozess ist für uns ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen
6 Integrationspolitik. Wir fordern daher das kommunale Wahlrecht für alle seit
7 mindestens fünf Jahren in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und
8 deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürgerhaushalten.

9 Die Hürden zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sollten so niedrig wie
10 möglich sein. Das hessische Kommunalwahlrecht führt in seiner Überkomplexität zu
11 einer hohen Zahl an ungültigen und verschenkten Stimmen und hält manche
12 Wählerinnen und Wähler von der Wahlteilnahme ab. Die hessische SPD wird deshalb
13 das Gespräch mit anderen Parteien über eine Weiterentwicklung und Vereinfachung
14 des Kommunalwahlrechts suchen.

15 Wir wollen, dass Jugendliche über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können. Wir
16 setzen uns für die Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre
17 ein. Damit verbinden wir die besondere Verantwortung des Landes zur Stärkung der
18 politischen Bildung.

19

20 Demokratie fällt nicht vom Himmel - sie muss gelernt werden. Wir wollen, dass sich
21 besonderes Engagement, z. B. in der Schülervertretung, bei Amnesty International, in
22 der Gewerkschaft, in der Naturschutzgruppe oder im Vereinsvorstand bei der
23 schulischen Leistungsbewertung und beim Zugang zu Ausbildungs- und
24 Studienplätzen widerspiegelt.

25 Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die wieder Vorbild für Demokratie und
26 Transparenz von Entscheidungen sein wollen. Wir treten dafür ein, dass sich
27 Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf einen Verhaltenskodex verständigen, der
28 verbindliche Leitlinien im Umgang miteinander und gegenüber Medien und Wirtschaft
29 regelt. Dazu gehören: Verzicht auf die persönliche Herabwürdigung des politischen
30 Gegners, Respekt vor der Privatsphäre von Politikerinnen und Politikern, Offenlegung
31 von bezahlten Nebentätigkeiten bei Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten,
32 Offenlegung der Einkommensverhältnisse von Parlaments- und Kabinettsmitgliedern
33 sowie von hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Zudem
34 das Einrichten einer unabhängigen Kommission, die nach dem Ausscheiden aus einem
35 Regierungsamt Empfehlungen für Art, Umfang und Zeitpunkt der Aufnahme einer
36 wirtschaftlichen Tätigkeit abgibt und strittigen Fällen nachgeht.

37 Notwendig ist auch die Schaffung von klaren und transparenten Regeln für die
38 politische Interessenvertretung und deren Finanzierung (z. B. durch ein Lobbyregister)
39 sowie wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (z. B. durch Erstellung
40 eines Korruptionsregisters und ein Korruptionsbekämpfungsgesetz). Noch wichtiger ist
41 es, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einbezogen
42 werden. Bei zentralen Reformprojekten ist die Bevölkerung umfassend einzubeziehen.

43 Internetbasierte und mobile Technologien wollen wir nutzen, um Bürgerinnen und
44 Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Digitale
45 Teilnahmeverfahren (Open Government) können die Transparenz, Möglichkeiten der
46 Partizipation und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgerinnen und
47 Bürgern sowie der Wirtschaft befördern.

48

1 Teilhabe verlangt aber auch Informationen. Die SPD wird für Hessen die bereits von
2 Schwarz-Gelb abgelehnte Initiative für ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz
3 wieder aufgreifen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen des
4 Landes und den Kommunen begründet.
5
6 Eine wichtige Säule der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist und bleibt das
7 ehrenamtliche Engagement. Dies gilt es zu stärken und zu würdigen. Wir möchten dies
8 in einem umfangreichen Ehrenamtsgesetz tun, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern
9 aber auch um Teilhabe zu gewähren. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit erleichtern,
10 indem wir bürokratische Hindernisse abbauen und Beteiligungsrechte stärken.

1 **6. Hessen international**

3 **6.1 Hessen in Europa: Die Krise als Chance begreifen**

4 Hessen liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas. Als attraktiver Industrie- und
5 Dienstleistungsstandort, zentraler Verkehrsknotenpunkt und einer der führenden
6 Finanzplätze ist unser Bundesland auf vielfältige Weise eng mit Europa verbunden.
7 Wirtschaftlich zählt Hessen zu den leistungsstärksten Regionen in der Europäischen
8 Union. Mit rund sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und seiner großen
9 Wirtschafts- und Innovationskraft kann sich Hessen als achtgrößte Volkswirtschaft
10 Europas mit zahlreichen EU-Mitgliedstaaten messen. Als weltoffene europäische
11 Region profitieren wir in Hessen aber auch kulturell und menschlich vom immer
12 engeren Zusammenwachsen Europas.

13 Doch die hessische Erfolgsgeschichte ist mitnichten ein Selbstläufer. Europa braucht
14 Hessen. Und Hessen braucht Europa. Unser Land kann nur mit – und nicht gegen -
15 Europa erfolgreich sein. Der wirtschaftliche Erfolg, Hunderttausende Arbeitsplätze und
16 der Wohlstand der Menschen in Hessen hängen maßgeblich davon ab, dass die
17 dramatische Krise Europas rasch und nachhaltig gelöst wird. Deutschland – und damit
18 auch Hessen – ist eben keine wohlbehütete Insel der Glückseligen inmitten von einem
19 Meer von Krisenstaaten. Etwa 55 Prozent der in Hessen produzierten Waren werden in
20 die Mitgliedstaaten der EU exportiert. In die Eurozone exportiert Hessen gut 35 Prozent
21 seiner Produkte. Daher kann es auch dem Wirtschaftsstandort Hessen auf Dauer nicht
22 gut gehen, wenn der Rest Europas immer tiefer in den Krisenstrudel gerät.

23 Die unmittelbaren Auswirkungen des seit mehr als drei Jahren ungebrochenen
24 Teufelskreises aus Finanzmarkt-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und
25 Refinanzierungskrise kann heute weder eine hessische Landesregierung noch eine
26 deutsche Bundesregierung im Alleingang bewältigen. Wenn wir unsere gemeinsame
27 Währung stabilisieren, den wirtschaftlichen Wohlstand sichern, die Finanzmärkte
28 wirksam regulieren und die Errungenschaften des Sozialstaats bewahren wollen, dann
29 gelingt uns das nur durch gemeinsames europäisches Handeln. Die derzeitige Krise hat
30 uns vor Augen geführt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Europa
31 ist nicht das Problem, sondern vielmehr unsere Lebensversicherung in Krisenzeiten.

32 Wir müssen die Krise Europas als Chance begreifen und die Währungsunion zu einer
33 echten Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion weiterentwickeln – politisch stark,
34 demokratisch organisiert und sozial gerecht ausgerichtet. Eine SPD-geführte
35 Landesregierung wird gemeinsam mit ihren Partnern insbesondere darauf hinwirken,
36 dass das Ziel eines sozialen Europas endlich mit Leben gefüllt wird. Europa muss zu
37 einem Garanten für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie für zukunfts- und
38 konkurrenzfähige Arbeitsplätze werden. Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche,
39 europaweit geltende Leitlinien, Zielkorridore und Mindeststandards in den Bereichen
40 Beschäftigungspolitik, Alterssicherung und Gesundheitsversorgung vereinbart werden.
41 Europa ist schon heute weit mehr als ein abstraktes Gebilde, es hat massiven Einfluss
42 auf unseren Alltag. Bereits heute fußen zwei Drittel der rechtlichen Vorgaben unseres
43 Gemeinwesens auf Entscheidungen, die auf der europäischen Ebene getroffen werden.
44 Europa geht uns alle an – auch die Menschen in Hessen.

45 Zuwanderungswilligen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aus von
46 der Finanz- und Regulierungskrise besonders betroffenen Staaten, wollen wir neue
47 Perspektiven schaffen. Hessen kann auf diesem Weg seinen Teil zum Abbau der

1 Jugendarbeitslosigkeit in diesen Staaten beitragen und gleichzeitig profitieren.
2 Entsprechende Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern zu erörtern
3 und auszuarbeiten.

4 Unsere Aufgabe ist es, Europa und Hessen so zu gestalten, dass unser Land auch in
5 Zukunft politisch und wirtschaftlich eine zentrale Rolle in Europa spielen kann. Wir
6 setzen uns daher für eine weitere Stärkung der Rolle der Regionen in der Europäischen
7 Union ein. Hierbei müssen auch künftig sowohl die Metropolregionen
8 (Frankfurt/Rhein-Main) als auch die ländlichen Regionen Hessens von Mitteln aus den
9 europäischen Strukturfonds profitieren. Die bestehenden EU-Förderprogramme
10 müssen dafür noch zielgenauer umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit in Hessen
11 überprüft werden. Wenn wir Hessen grundlegend erneuern wollen, können uns auch
12 die europäischen Fördermöglichkeiten dabei helfen, um in den Städten und
13 Landkreisen „vor Ort“ für neuen Schwung zu sorgen. Die Mittel aus der EU-
14 Strukturförderung wollen wir gezielt zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, zur
15 Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und
16 Arbeitnehmern einsetzen. Sie sind etwa geeignet, nord- und mittelhessische Betriebe
17 unbürokratisch zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und
18 auszubauen. Wir werden uns darüber hinaus im Landtag und zusammen mit den
19 Europaabgeordneten dafür einsetzen, dass die EU-Kommission das VW-Gesetz
20 akzeptiert.

21 Hessen besitzt mit dem großen Netz an Partnerregionen Aquitaine, Emilia-Romagna,
22 Jaroslavl, Wielkopolska und Bursa eine gute Grundlage für eine intensive europäische
23 Zusammenarbeit. Die Partnerschaften müssen in allen Politikfeldern gelebt werden.
24 Wir streben eine gemeinsame Charta aller Partnerregionen für die zukünftige
25 gemeinsame Politik an. Eine weitergehende Vernetzung mit unseren Partnern birgt
26 sowohl politische als auch kulturelle und wirtschaftliche Vorteile für Hessen.

27 Der Finanzplatz Frankfurt am Main gehört zu Hessen wie der Löwe in unser
28 Landeswappen. Rund 75.000 Menschen sind derzeit in Frankfurt am Main im
29 Bankensektor beschäftigt. Als Hessen wissen wir daher sehr genau, dass die
30 Finanzbranche nicht nur aus verantwortungslosen, profitgierigen Zockern besteht. Die
31 große Mehrheit der Angestellten in deutschen Privatbanken, Sparkassen und
32 Volksbanken erledigt ihre Arbeit anständig und verantwortungsbewusst. Dennoch
33 haben das Treiben einiger schwarzer Schafe, unzureichende Regulierung und falsche
34 Anreizsysteme nicht nur einen gigantischen finanziellen und volkswirtschaftlichen
35 Schaden in ganz Europa angerichtet, sondern auch eine ganze Branche in Verruf
36 gebracht. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe der Politik, den außer Kontrolle
37 geratenen Casino-Finanzkapitalismus durch verbindliche Regeln wirksam zu bändigen.
38 Künftig darf kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt mehr
39 unreguliert und ohne Aufsicht bleiben. Denn hochgradig riskante Bankgeschäfte
40 gefährden letztlich auch die Arbeitsplätze der vielen Beschäftigten in der Rhein-Main-
41 Region.

42 Ein ungezügelter Finanzsektor schadet aber ebenso den Steuerzahlenden. Daher treten
43 wir dafür ein, dass die Verursacherinnen und Verursacher der Krise endlich an den
44 gewaltigen Kosten der Krisenbewältigung beteiligt werden. Es ist eine Frage der
45 Gerechtigkeit, dass die Hauptlast der Krise nicht alleine bei den Steuerzahlenden liegen
46 darf. Auch der Finanzsektor muss einen angemessenen Beitrag leisten, um den
47 Scherbenhaufen zu beseitigen, den er mit seinen spekulativen Exzessen selbst
48 angerichtet hat. Die Finanztransaktionssteuer muss zügig eingeführt und so
49 ausgestaltet werden, dass der Finanzplatz Frankfurt am Main im globalen Wettbewerb
50 auch weiterhin konkurrenzfähig bleibt.

1 Wirtschaftlich, kulturell und sozial - als weltoffene europäische Region profitieren wir
2 in Hessen vom immer engeren Zusammenwachsen Europas. Wir werden als
3 Landesregierung europäische Austausch- und Partnerschaftsinitiativen unterstützen
4 wie beispielsweise:

- 5 • Programme für Kultur- und Sportvereine,
- 6 • Städtepartnerschaften, die von Bad Karlshafen bis Heppenheim und von
7 Gersfeld bis Limburg in die ganze EU gepflegt werden,
- 8 • Kooperationen nach dem 8. Forschungsrahmenprogramm für die Hochschulen
9 von Kassel bis Darmstadt sowie
- 10 • die hessischen Europaschulen.

11
12 Europa darf kein Projekt einer Bildungselite sein. Europa muss durch persönliche
13 Erfahrungen gelebt werden. Konsequenterweise müssen Austauschprogramme für alle
14 Bildungswege gestärkt werden. Ebenso wie kleinen und mittleren Unternehmen muss
15 Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen der Zugang zu Fördermitteln der
16 Europäischen Union durch Beratung und Unterstützung erleichtert werden.

17 Über Projekte und Veranstaltungen des lebenslangen Lernens ist jeder Bürgerin und
18 jedem Bürger ein Zugang zu Europa unabhängig ihres Bildungsweges zu ermöglichen.
19 Zusammen mit Jugendverbänden, Sportclubs, Musikvereinen und weiteren Partnern
20 soll die europäische Idee in unterschiedlichste Sphären spür- und erlebbar werden.

21 Wir werden die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel weiterentwickeln und
22 ausbauen.

23

24 6.2 Hessen in der Welt

25 Verantwortung für die Eine Welt lässt sich nicht delegieren. Die SPD in Hessen steht zu
26 dieser Verantwortung und Tradition. Bereits unter Georg August Zinn war dies
27 Anspruch sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, dieser Anspruch wurde
28 weitergegeben. Besonders augenfällig wird diese Verantwortung durch regionale
29 Partnerschaften oder die Gründung der Hessischen Stiftung für Friedens- und
30 Konfliktforschung. Diesen Anspruch werden wir fortführen, auch durch neue regionale
31 Partnerschaften.

32

33 Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen von 2000 und die Paris-Deklaration
34 über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden einen
35 wichtigen Rahmen für die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes
36 Hessen.

37

38 Für uns ist die Verwirklichung der Menschenrechte unabdingbar. Armut kann nur
39 bekämpft werden, wenn Menschenrechte und Demokratie verwirklicht werden, wenn
40 Pressefreiheit herrscht und wenn die Gleichstellung der Frauen und Männer
41 vorangebracht wird

42

43 In unserer global verflochtenen Welt besteht die Verpflichtung zum Handeln nicht nur
44 für die Nationalstaaten, sondern auch für die Regionen mit ihren eigenen Stärken und
45 Kompetenzen, die sie in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Hier
46 besteht ein großes Know-how in dezentraler Regierungsführung, in der Förderung
47 wirtschaftlicher Entwicklung, im Bereich Bildung und Ausbildung, in der

1 Zusammenarbeit mit den Akteuren des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der
2 Wissenschaft sowie in internationalen Kooperationen und Partnerschaften auf
3 regionaler Ebene.
4

5 Wichtige Handlungsfelder von Entwicklungszusammenarbeit auf hessischer Ebene
6 liegen in der Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus
7 Entwicklungsländern, in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in der
8 entwicklungsländerbezogenen Forschung an Hochschulen und in
9 Hochschulkooperationen.
10

11 Die Hochschulen sollen ihr internationales Profil schärfen und ihre Internationalen
12 Strategien weiterentwickeln. Dies trägt zur Verbesserung der Verbindung von
13 außenwirtschaftlichen, außenwissenschaftlichen und entwicklungspolitischen
14 Zielsetzungen bei. Wir wollen einen Preis für besondere Verdienste um die
15 Internationalisierung ausloben. Wir werden auch in Zukunft die Vietnamesisch-
16 Deutsche Hochschule unterstützen.

17 In der Förderung des Engagements der hessischen Zivilgesellschaft und des regional
18 ansässigen privatwirtschaftlichen Sektors und seiner Verbände in der
19 Entwicklungszusammenarbeit und in der Bereitstellung von Know – how im Rahmen
20 der personellen und technischen Zusammenarbeit sehen wir ein wichtiges Standbein.
21 Wir beziehen uns dabei auf die Verpflichtung der UN – Dekade „Bildung für
22 nachhaltige Entwicklung“ die wir für Hessen mit Leben erfüllen werden.
23

24 Wir werden die Förderung des entwicklungspolitischen Netzwerks ausbauen und
25 streben eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren und Initiativen aus Politik,
26 Kirchen, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport an. Wir wollen die
27 zivilgesellschaftlichen Ansätze als wichtige Säule der Verständigung fördern und
28 unterstützen. Wir streben eine höhere finanzielle Förderung an.
29

30 Hessen im Mittelpunkt Deutschlands und Europa ist mit seinen vielen internationalen
31 Unternehmen eine Drehscheibe der Welt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine
32 gerechtere Gestaltung der Globalisierung und eine verantwortungsvolle, auf ein
33 breitenwirksames, inklusives Wachstum in den Partnerländern ausgelegte
34 Entwicklungspolitik dem stark exportorientierten Wirtschaftsstandort Hessen dient.
35 Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit allen Interessierten einen Dialog
36 darüber führen, wie unsere Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes
37 Hessen aussehen sollen.
38

39 Die Städte und Gemeinden sind hierbei ein wichtiger Partner in der Einen Welt. Keine
40 staatliche Ebene ist so dicht an den Menschen, an ihren Problemen aber auch an ihren
41 Potentialen und ihrem Engagement. Kommunen wissen, wie Kommunen
42 funktionieren – wo auch immer auf der Welt. Wir wollen Kommunen fördern und
43 unterstützen, die diesen Dialog aufnehmen, die Zivilgesellschaft zu gemeinsamen
44 Handeln einladen, die Verantwortung für die Eine Welt übernehmen. Dazu braucht es
45 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die den Prozess z.B. zur Fairtrade-
46 Kommune oder Millenniumskommune begleiten und unterstützen.
47

48 In Hessen leben viele Menschen, die Experten für andere Länder und Kulturen sind. Wir
49 wollen Migrantinnen und Migranten einladen, gemeinsam mit uns Brücken für diese
50 neue Art der Partnerschaft zu bauen.
51

52 Die Globalisierung bestimmt unser Leben. Wir wollen Kinder und Jugendliche darauf

1 vorbereiten, in dem wir ihnen das Rüstzeug an Bildung mitgeben, Globalisierung vor
2 allem auch als Chance wahrzunehmen. Globalisierung, die Zusammenhänge in der
3 Einen Welt müssen Thema von der Kita bis zur Schule werden.
4

5 Soziale Gerechtigkeit ist nicht teilbar, nicht bei uns und nicht in anderen Teilen der
6 Welt. Wir setzen uns ein für wirtschaftliche und sozial gerechte Entwicklung, für eine
7 humane, mit fairen Löhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen weltweit,
8 soziale Absicherung und für gerechte Handelsstrukturen, die insbesondere der
9 wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in ärmeren Ländern dienen. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen weltweit in ihrem Bestreben nach einem Leben in Würde
11 und Gerechtigkeit. Dazu fördern und unterstützen wir nachhaltige wirtschaftliche
12 Entwicklung. Hierzu dient auch ein öffentliches Beschaffungswesen, das soziale und
13 ökologische Faktoren beinhaltet.
14

15 Qualifizierung und Bildung sind Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale
16 Entwicklung jeder Gesellschaft. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen der
17 Entwicklungsländer hier voran zu kommen: vom Auf- und Ausbau einer gewerblichen
18 Berufsausbildung bis zu Kooperationen zwischen Universitäten.
19

20 Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 einen Anteil
21 von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche
22 Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dieses Datum wird aufgrund
23 der Versäumnisse der schwarz-gelben Bundesregierung nicht mehr zu halten sein.
24 Dessen ungeachtet wollen wir dafür Sorge tragen, dass Hessen seinen solidarischen
25 Beitrag leistet, damit Deutschland das Ziel zumindest mittelfristig erreichen kann. In
26 diesem Sinne unterstützen wir auch die Forderung nach Einführung einer
27 Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“, deren Aufkommen anteilig zur
28 Erreichung des 0,7-Ziels genutzt werden sollte.

1 **7. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz**

2
3 Hessen ist ein bevölkerungsreiches und wirtschaftlich gut aufgestelltes Land. In den
4 vergangenen Jahren wurde von der Landesregierung Umwelt- und Naturschutz gegen
5 Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplätze ausgespielt. Oftmals ging es um Einzelinteressen
6 von Unternehmen oder Verbänden. Das ist der falsche Weg. Wir bringen die
7 wirtschaftliche Stärke, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Interessen
8 Einzelner und Aller in Einklang mit Umwelt-, Natur, Ressourcenschutz und
9 Biodiversität müssen in Hessen einen hohen Stellenwert erhalten. Denn nur in einer
10 intakten Umwelt lässt es sich gut leben und arbeiten.

11 12 **7.1. Naturschutz**

13 Der Natur muss durch Schutz und entsprechende Behandlung wieder zu ihrem Recht
14 verholphen werden. Es darf deshalb keinen Naturschutz nach Kassenlage geben! Ziel
15 muss es sein, Natur und Landschaft sowohl im besiedelten als auch im unbesiedelten
16 Bereich so zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die
17 Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt
18 um ihrer selbst willen, aber auch als Lebensgrundlage des Menschen, nachhaltig
19 gesichert sind.

20 Der Umgang mit der Natur ist erlernbar. Das Land steht hier in der Pflicht und muss
21 entsprechende Lehr- und Lernprojekte, integriert in Schulangeboten und
22 außerschulische Jugendbildung, fördern, um dem Umgang mit Natur und Umwelt den
23 notwendigen Stellenwert zu geben.

24 Dazu gehört, den ehrenamtlichen Naturschutz zu fördern. Der Schutz der Natur wäre
25 ohne die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen bei Weitem nicht so weit, wie er heute
26 ist. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung
27 an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage.

28 Naturschutz und Erneuerbare Energien schließen sich nicht automatisch aus. Wir
29 müssen die möglichen Synergieeffekte des Zusammenspiels von Erneuerbarer Energie
30 und Naturschutz nutzen. Deshalb soll stets geprüft werden, inwiefern
31 Naturschutzprojekte zusammen mit Energieprojekten umgesetzt werden können. Eine
32 Einschränkung des Naturschutzes unter dem Vorwand der Beschleunigung des
33 Netzausbaus darf es nicht geben.

34 Wir wollen Hessens typische Natur erhalten und dafür ein Landschaftsprogramm auf
35 den Weg bringen. Dazu gehört auch, wichtige Biotope zu bewahren, zu vergrößern und
36 zu vernetzen. Das Biosphärenreservat Rhön erfährt eine umfassende Unterstützung in
37 seiner Ausrichtung und Weiterentwicklung. Die Dienst- und Fachaufsicht wird dem für
38 Naturschutz zuständigen Ministerium zugeordnet.

39 Wir werden die Rechte der Naturschutzbeiräte wieder ausweiten und auch wieder die
40 Beiräte bei den oberen Naturschutzbehörden einrichten.

41 Die Landesstiftungen „Hessischer Naturschutz“ und „NATURA 2000“ werden
42 hinsichtlich ihrer Ausrichtungen und finanziellen Ausstattungen überprüft, mit dem
43 Ziel die Handlungsfähigkeit und Effektivität zu verbessern. Durch die Stiftungen
44 können weit mehr Projekte der ehrenamtlichen Naturschützer gefördert werden. Die

1 Stiftung „NATURA 2000“ soll auch für Maßnahmen außerhalb des
2 Vertragsnaturschutzes im Wald geöffnet werden.

3 Die Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten wird gleichrangig mit dem
4 Vertragsnaturschutz behandelt.

5

6 7.2. Wald und Landwirtschaft

7 Der hessische Wald

8 Die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes ist zu erhalten.

9 Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie werden wir Waldflächen des Hessen-Forsts
10 aus der Bewirtschaftung herausnehmen. Hessen-Forst hat sich zu einem
11 Wirtschaftsunternehmen entwickelt und ist mit seinen über 400 Revierförstereien und
12 41 Forstämtern ein wichtiger Arbeitgeber vor Ort. Diese Arbeitsplätze gilt es zu sichern.
13 Die Arbeitsplätze bei Hessen-Forst sind auf eine sichere Grundlage zu stellen. Auch im
14 Wald muss gelten: Guter Lohn für gute Arbeit!

15

16 Um dem zunehmenden Personalschwund entgegenzuwirken, sind die
17 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hier bietet u. a. das von der Gewerkschaft
18 entwickelte Personalmodell „Team statt Hierarchie“ interessante Ansätze, die es
19 weiterzuerfolgen gilt. Wir werden keine weiteren Schließungen von Forstämtern
20 zulassen.

21

22 Wir werden die regionale Verpflichtung im Auge behalten und den Rückertourismus
23 reduzieren. Die geänderten Vergaberichtlinien durch das neue Mittelstandsgesetz
24 müssen für Hessen-Forst zumindest für kleinere Aufträge wesentlich vereinfacht
25 werden. Hessen-Forst soll nach Möglichkeit regionale Subunternehmen bevorzugen
26 und langfristige Verträge abschließen dürfen. Eine massive Absenkung der
27 Ausschreibungsgrenze ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine Eindämmung der
28 Fremdvergabe.

29

30 Der Bundesfreiwilligendienst ist auch vermehrt im Wald auszubauen. Mit dem Wegfall
31 des Zivildienstes ist die Arbeit im Wald nicht weniger geworden.

32

33 Wir wollen, dass die Beiträge an den Beförsterungskosten für die Kommunen nicht
34 weiter erhöht werden.

35

36 Mit uns wird es keinen Verkauf von Staatswald geben. Der Wald ist für alle da, wir
37 wollen den Wald der Bürgerinnen und Bürger und lehnen jede weitere Privatisierung
38 des öffentlichen Waldes ab.

39

40 Wir wollen im Einvernehmen mit allen Beteiligten das Konzept für Sport im Wald
41 weiterentwickeln. Ein gemeinsames, verbindliches und auf die jeweilige Region
42 zugeschnittenes Nutzungskonzept trägt dazu bei, illegale Mountainbike-Strecken und
43 Geocaching-Routen zu vermeiden und die Situation zu befrieden. Ein echter
44 Interessenausgleich aller Nutzerinnen und Nutzer des Waldes ist möglich.

45

1 Wir wollen einen weitgehenden Verzicht auf Chemieeinsätze im Wald. Die hohe
2 ökologische und soziale Qualität unserer Waldwirtschaft werden wir durch eine auf
3 Nachhaltigkeit ausgerichtete Zertifizierung bestätigen lassen.

4
5 Auch für den Wald gilt: Das Land muss stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass EU-
6 Mittel ihren Weg in den Hessischen Forst und Naturschutz finden.

7
8 Die Naturparks in Hessen verdienen einen besonderen Schutz, deren Besuch weiter
9 kostenlos möglich sein muss. Die guten Projekte der Naturparks für den Naturschutz
10 und die Regionalförderung müssen gebündelt und anderen Regionen zur Verfügung
11 gestellt werden. Wir unterstützen die weitere Ausweisung von Naturparks bei
12 entsprechenden Initiativen aus den hessischen Regionen.

13 Wir werden die Entwicklung der Nationalpark-Region Kellerwald-Edersee mit dem
14 UNESCOWeltnaturerbe zu einer hessenweiten Modellregion für Naturtourismus und
15 Nachhaltigkeit stärken und aktiv begleiten. Auch das Biosphärenreservat Rhön im
16 Dreiländereck Bayern, Thüringen und Hessen werden wir im Sinne der nachhaltige
17 Entwicklung weiterentwickeln.

18 Landwirtschaft

19
20 Der bäuerliche Betrieb in der Landwirtschaft ist für uns Partner bei der sozialen,
21 ökonomischen und ökologischen Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch in diesem
22 Punkt stehen wir in der Tradition Georg August Zinns. Gerade die kleineren und
23 mittleren Betriebe, egal ob konventionelle oder ökologische Betriebe, egal ob Neben-
24 oder Haupterwerb stehen vor großen Herausforderungen. Wir wollen nicht, dass die
25 Nahrungsmittelproduktion nur von wenigen Agrarkonzernen bestimmt wird. Eine
26 nachhaltige Landwirtschaft ist nur mit vielfältigen Betriebsstrukturen, angepasst an
27 die jeweiligen Regionen, möglich. Daher werden wir geeignete Maßnahmen
28 entwickeln, diese Betriebe als Partner einer neuen Politik für den ländlichen Raum zu
29 stützen. Die ländlichen Räume sind Garanten für eine lebendige Heimat.

30
31 Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und ausbauen zu können, muss
32 eine stärkere Förderung der regionalen, dezentralen Verarbeitungs- und
33 Vermarktungsbemühungen umgesetzt werden. Damit können Arbeitsplätze und
34 Wertschöpfung in den ländlichen Regionen gehalten und zusätzlich geschaffen
35 werden.

36
37 Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, sich neue Einkommensmöglichkeiten
38 und damit neue Perspektiven durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und durch
39 Erneuerbare Energiequellen zu erschließen.

40
41 Wir wollen auch die Betriebe fördern, die das Wagnis eingehen, eine multifunktionale
42 Landwirtschaft zu betreiben. Betriebe, die sich nicht nur auf die Produktion
43 beschränken, sondern Kulturlandschaft und soziales Leben gestalten und einen
44 Ausgleich für die Ballungsräume schaffen.

45
46 Wir wollen Gerechtigkeit bei der Verteilung von EU-Mitteln. Dazu gehören zielgenaue
47 Investitionen in die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume, in die Qualität der
48 Lebensmittel und in den Boden- und Gewässerschutz.

1 Schonender Umgang mit der Natur ist mit den ökonomischen Interessen moderner
2 Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Das Interesse der Verbraucherinnen und
3 Verbraucher an gesunder und schmackhafter Nahrung hat weiter zugenommen,
4 gestiegen ist damit auch das Interesse an ökologisch angebauten Lebensmitteln. Durch
5 die mangelnde Unterstützung der Landesregierung haben hessische Landwirte jedoch
6 bisher nicht ausreichend davon profitieren können. Wir wollen deshalb den
7 ökologischen Landbau in Hessen auch in Zukunft in Forschung, in Lehre, Beratung und
8 Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im
9 Marketing besonders fördern. Durch den Einkauf ökologischer Produkte durch
10 öffentliche Institutionen und Förderung der Umstellung wollen wir den Anteil
11 erhöhen.

12
13 Wir bleiben dabei: Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und null
14 Toleranz bei Futtermitteln. Gentechnisch veränderte Futtermittel öffnen der
15 Gentechnik den Weg in die Nahrungsmittelerzeugung und damit zu den
16 Konsumentinnen und Konsumenten. Deshalb lehnen wir jegliche Aufweichung der
17 sogenannten Nulltoleranz-Regelung ab.

18
19 Wir werden an Bächen und Flüssen ungedüngte Uferstreifen einrichten, um die
20 Gewässer vor Schadstoffen zu schützen.

21 Hessens ist eine bedeutende Weinbauregion, die bei uns erzeugten Weine und
22 Weinprodukte gehören zum Besten, was in Deutschland produziert wird und werden
23 weltweit nachgefragt. Hessens Winzer zeichnen sich durch höchste Qualität, durch
24 Kreativität und Innovation aus. In Hessen regiert beim Weinbau die sprichwörtliche
25 „Klasse statt Masse“. Diese gilt es zu erhalten.

26 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die hessische Weinwirtschaft ihren hohen
27 Ansprüchen weiterhin genügen kann, aber auch als Wirtschaftszweig immer weiter an
28 Bedeutung gewinnt.

29 Der hessische Wein lebt aber nicht nur von seiner Qualität, sondern auch von seiner
30 regionalen Identifikation. Die Förderung dieser Regionalität trägt dazu bei, die
31 Marktchancen unserer Weine und Weinprodukte zu steigern.

32 Die EU-Weinpolitik hat die Zukunftsfähigkeit unserer Weinwirtschaft zu
33 gewährleisten. Dazu gehört auch die klare Produktspezifikation in Verbindung mit der
34 Herkunftsangabe. Eine Liberalisierung zur Ausdehnung der Anbauflächen lehnen wir
35 ab.

36
37

38 **7.3. Gesunde Umwelt**

39 **Wasser**

40 Wasser ist der Ursprung allen Lebens. Eine Privatisierung lehnen wir ab.

41 Der Schutz von Trink- und Grundwasser und allen hessischen Gewässern ist eine
42 wesentliche Voraussetzung für eine intakte Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaft.
43 Deshalb werden wir die natürlichen Wasserkreisläufe wiederherstellen, Fließgewässer
44 wo möglich renaturieren, natürliche Überflutungsräume schaffen und einer
45 Versiegelung der Böden entgegnen.

1 Wir setzen uns dafür ein, dass die Versalzung von Werra und Weser abgebaut wird.
2 Dabei achten wir darauf, dass wirtschaftliche Interessen, Arbeitsplätze und der
3 Umwelt- und Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Daher begrüßen wir das
4 Auslaufen der Versenkerlaubnis für Salzabwässer der hessischen Kaliindustrie und die
5 schrittweise Reduzierung der Salzabwässer in Werra und Weser. Um die verbindlichen
6 Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten, unterstützen wir die
7 Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“
8 zum Bau einer Pipeline zur Nordsee. Technische Alternativen zur Vermeidung oder
9 Verringerung der Salzfracht müssen weiterhin vorangetrieben werden.

10 Das Hessische Ried ist seit jeher von schwankenden Grundwasserständen und
11 unterschiedlichsten Interessenlagen wie dem Naturschutz, der Landwirtschaft und der
12 Grundstückseigentümer geprägt. Zudem ist das Hessische Ried für die
13 Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Gebiets von zentraler Bedeutung. Mögliche
14 Ergebnisse des derzeit tagenden Runden Tisches zu einer Wiederaufspiegelung
15 einzelner (Wald-)flächen werden wir im Hinblick auf ihre Wirkung, Kosten, Effizienz
16 und tatsächliche Realisierbarkeit überprüfen.

17 Saubere Luft

18 Eine gesunde Umwelt und saubere Luft zum Atmen sind für uns keine Luxusgüter. Die
19 öffentliche Hand, die Wirtschaft und jeder Einzelne sind in der Pflicht, dafür zu sorgen,
20 dass wir saubere Luft zum Atmen auch in unseren Großstädte und Ballungszentren
21 haben.

22 Wir werden mit verbindlichen Luftreinhalteplänen für eine Verbesserung der
23 Luftqualität sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen und die Feinstaub- und
24 Stickoxidbelastung zu verringern, kann die Einrichtung von Umweltzonen eine von
25 mehreren wirksamen Maßnahmen sein. Sollten Kommunen die Einrichtung von
26 Umweltzonen als Teil ihrer Luftreinhaltepläne fordern, werden wir diese genehmigen.
27 Weitere wirksame Maßnahmen werden wir ebenfalls fördern. Die Landesverwaltung
28 wird mit gutem Beispiel vorangehen und den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge im Zuge von
29 Neubeschaffungen sukzessive senken.

30 Wir werden das Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) weiter stärken, damit
31 Umweltbelastungen früh erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

32

33 Abfall

34 Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Rohstoffen gilt für
35 uns der Grundsatz Verwertung vor Beseitigung. Die Gesundheit der Menschen und der
36 Schutz der Umwelt genießen jedoch dabei Vorrang vor möglichen wirtschaftlichen
37 Interessen.

38 Eine SPD-geführte Landesregierung wird geeignete Schritte ergreifen, um effiziente
39 Kontrollmöglichkeiten insbesondere von gefährlichen Abfällen und Sondermüll in
40 Hessen zu schaffen. Um überflüssigen Mülltourismus zu minimieren, wollen wir eine
41 kontrollierende Clearingstelle schaffen, die qualitätsgleichen Müll tauschbar macht.

42

43

1 7.4. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucherinnen und 2 Verbraucher

3 Wir wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die selbstbestimmt und
4 eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Verbraucherberatungsstellen bieten
5 längst nicht mehr nur Beratung an, sondern sind inzwischen zu Lotsen im Angebots-
6 und Tarifdschungel, zu Sensoren für Missstände, zu „interkommunikativen“
7 Servicestellen, Kompetenzzentren und Interessenvertretung für Verbraucherinnen und
8 Verbraucher geworden.

9
10 Wir brauchen einen guten Mix aus geeigneten verbraucherpolitischen Instrumenten.
11 Dabei setzen wir auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz. Internetportale,
12 wie z. B. „Lebensmittelklarheit.de“, sind eine wichtige Informationsquelle und sollten
13 auch für andere verbraucherpolitisch relevante Themen eingerichtet werden. Die
14 institutionelle Verbraucherarbeit ist auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

15
16 Das Erlernen eines aufgeklärten Umgangs mit Lebensmitteln beginnt im Kindesalter.
17 Der Ausbau der Ernährungsbildung an Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger
18 Baustein, um die Veränderung von Konsumgewohnheiten zu fördern, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen.

19
20
21 Die Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Lebensmittelsicherheit von Feld
22 oder Stall bis auf den Tisch. Für die Durchführung der amtlichen
23 Lebensmittelüberwachung müssen genügend Personal und Sachmittel zur Verfügung
24 stehen.

25
26 Verbraucher/innen haben ein Recht darauf, aktuell und öffentlich über die Ergebnisse
27 der amtlichen Lebensmittelkontrollen informiert zu werden. Um dies zu erreichen,
28 sprechen wir uns für eine Hygiene-Kennzeichnung für Gastronomie,
29 Lebensmittelgeschäfte, Märkte, Kantinen, Caterer, Direktvermarkter und Lebensmittel
30 verarbeitende Betriebe aus.

31
32 Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass bessere Kontrollen von Fleisch
33 und Fleischprodukten EU-weit stattfinden. Wir wollen hier Transparenz herstellen
34 durch Deklaration der Herkunft und der Transportwege der Tierprodukte, die uns als
35 Lebensmittel angeboten werden. Die Hürden für Auskunftersuchen nach dem
36 Verbraucherinformationsgesetz des Bundes müssen gesenkt werden. Wir wollen dafür
37 sorgen, dass sich die Nahrungsmittelerzeugung in Hessen daran orientiert, was
38 Verbraucher und Verbraucherinnen erwarten: gesunde Lebensmittel, regionale
39 Erzeugung und tiergerechte Haltung.

41 Gentechnikfreie Nahrungsmittel

42 Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und
43 Lebensmitteln ab.

44 Die landeseigene Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen e.V.“ soll in der gesamten
45 Produktionskette gentechnikfreie Lebensmittel unterstützen.

46 Der kontinuierliche Ausbau der Verbraucherforschung ist angesichts der
47 fortschreitenden Anwendung von Bio-, Gen- und Nanotechnologie in der (Land-
48)Wirtschaft erforderlich.

1 Wir unterstützen die Biosicherheitsforschung, um die Auswirkungen des verstärkten
2 Einsatzes von Gentechnik zu untersuchen.

3

4

5 7.5. Tierschutz

6 Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen

7 Art. 20a GG verpflichtet seit über 10 Jahren auch die Länder dazu, in ihrem Handeln
8 dem Staatsziel Tierschutz zu entsprechen. Seitdem hat sich ausweislich der jährlichen
9 Tierschutzberichte die Situation der Tiere nicht grundlegend verbessert. Der Verbrauch
10 der Labortiere steigt, noch immer werden Tiere artwidrig den Haltungsbedingungen
11 der Landwirtschaft angepasst, statt diese tiergerechter zu machen, die staatlichen
12 Überwachungsbehörden für die Tierschutzkontrollen sind notorisch unterausgestattet,
13 der ehrenamtliche Tierschutz wird als Ausfallbürge für unterbliebene
14 Halterverantwortung überfordert.

15 Vorbeugende Tierschutzpolitik nutzt den betroffenen Tieren besser als jede
16 Nachsorgemaßnahme und entlastet die Tierheime- Mit mehr Aufklärung über
17 notwendiges Halterwissen und Halterverantwortung wollen wir in Zusammenarbeit
18 mit Tierschutz, Kommunen und den Zoologischen Betrieben in Hessen Tierschutzfällen
19 stärker vorbeugen und die notorische Überinanspruchnahme des karitativen
20 Tierschutzes eindämmen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tierschutzbund
21 wollen wir für mehr ehrenamtliche Tierschutzpädagoginnen und -pädagogen sorgen.
22 Neben der Stärkung der Halterverantwortung im Bereich der Hunde und Katzen wollen
23 wir mit den hessischen Kommunen eine Lösung der sogenannten Fundtierregelung
24 finden. Sachgerechtere Landesregelungen rund um den Hund (Pflichtenaufklärung,
25 Chip- und Registrierpflicht) sollen den Tierheimen die über 3 Mio. Kosten für die
26 Überforderungsabgaben abnehmen.

27 Wir sprechen uns dafür aus, im Einvernehmen zwischen der Landesregierung, dem
28 Tierschutz und dem Tierhandel, der Futtermittelindustrie sowie den hessischen
29 Kommunen eine Stiftung einzurichten, mit deren Erträgen die Tierheime unterstützt
30 werden können.

31 Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung

32 Wir setzen uns dafür ein, die Überwachung von Tiertransporten praktisch
33 sicherzustellen. Wir werden uns mit einem nachvollziehbaren Stufenplan dafür
34 einsetzen, die hessische Masttierhaltung und Tierzucht tiergerechter zu machen.

35 Auch Schlachten muss tierschutzgerecht sein. Es geht grundsätzlich darum,
36 Schlachttransporte kürzer zu machen und sicherzustellen, dass die heutigen
37 Schlachthofstrukturen nicht auf Kosten des Tierschutzes gehen (Fehlbetäubungen u.
38 ä.). Auch hier werden wir uns weiterhin für die personelle Aufstockung der
39 Veterinärbehörden einsetzen, aber auch die Aufklärungsarbeit des ehrenamtlichen
40 Tierschutzes in diesem Bereich unterstützen.

41 Neben den Interessen der Waldwirtschaft, der Landwirtschaft und des
42 Jagdpachtwesens betrifft die Jagd auch Gesichtspunkte des Tierschutzes. Wir werden
43 uns dafür einsetzen, dass das hessische Jagdrecht einen grundrechtskonformen
44 Abgleich aller Interessensaspekte vornimmt und den Tierschutz nicht vernachlässigt.

1 **Tierversuche**

2 Wir streben einen schrittweisen Ersatz von Tierversuchen durch alternative
3 Versuchsanordnungen an. Hierzu werden wir eine zentrale Sammlung alternativer
4 Versuchsformen unterstützen und bewerben. Weiterhin werden wir eine Professur
5 speziell für das Gebiet Tierversuche und alternative Versuchsformen schaffen. Bis
6 dahin wollen wir eine paritätische Besetzung der Ethikkommissionen durch den
7 Tierschutz und die Tiernutzer gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung
8 sowie eine Berufungsstelle für einvernehmliche Voten gegen einen Tierversuch.

9

10 **Mitwirkungsrechte stärken**

11 Dem Tierschutz fehlt bis heute das Verbandsklagerecht. Vor diesem Hintergrund
12 werden wir unseren mit den Verbänden entwickelten Gesetzentwurf für ein Gesetz
13 über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände
14 (TierschutzVMGHessen) erneut in den Hessischen Landtag einbringen.

15 Es wird geprüft, die Rechte der Landestierschutzbeauftragten und des
16 Landestierschutzbeirates zu erweitern, weiterhin, die mündliche Einbringung des
17 jährlichen Tierschutzberichts ins Parlament und die Ausgestaltung einer Clearingstelle
18 für Tierschutzkontrollkonflikte.

19

20

1 **8. Kultur, Medien und Netzpolitik**

2
3 Kunst und Kultur kommt in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft eine
4 bedeutende Rolle zu. Netzpolitik bietet die Chance in einer demokratisch verfassten,
5 bürgernah orientieren und transparent gestalteten Welt Willensbildungsprozesse zu
6 organisieren. Sowohl der Kultur- als auch der Medienbereich sind ein schnell
7 wachsender Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für uns ist die Förderung von Kunst, Kultur
8 und Medien eine wichtige gesamtgesellschaftliche Investition in die Zukunft. Deshalb
9 wollen wir die Rahmenbedingungen für die Produktion als auch die Rezeption von
10 Kunst, Kultur und Medien verbessern.

11 12 13 **8.1. Kunst in Hessen**

14 Landeskulturpolitik und kommunale Kulturpolitik in Hessen sind in besonderem Maße
15 geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von bedeutenden Zeugnissen des
16 geistig-künstlerischen Erbes und zukunftsweisenden Elementen der Moderne in allen
17 Bereichen der Kunst und des Lebens. Ländliche, kommunale und regionale Traditionen
18 sind ebenso gegenwärtig wie eine rege weltoffene internationale Szene und ein
19 globaler Austausch, wobei die unterschiedlichsten Formen und Standards der Kultur –
20 von klassischen Genres bis zu den Erscheinungen der Jugendkultur und
21 avantgardistischen Innovationen – gleichermaßen das facettenreiche Gesamtbild der
22 Kultur in Hessen bestimmen.

23
24 Entscheidende Prinzipien kulturpolitischen Handelns sind neben der Offenheit und
25 Vorurteilsfreiheit gegenüber allen innovativen Äußerungsformen der Kreativität vor
26 allem die Verteidigung der Freiheit der Kunst, die kooperative Gesprächsbereitschaft
27 gegenüber denen, die Kultur schöpferisch hervorbringen oder aber sie vermitteln, die
28 Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern,
29 die Sicherung der Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit kultureller Einrichtungen
30 und der Einsatz für eine sozial verbreiterte Teilhabe an Kultur. Dazu zählt auch die
31 interkulturelle Öffnung von Kultureinrichtungen. Insgesamt muss der Anspruch der
32 Kultur als ein eigenständiger und selbstverständlicher Wert des individuellen wie
33 gesellschaftlichen und staatlichen Lebens wieder stärker hervorgehoben werden. Wir
34 werden einen Kulturförderbericht vorlegen.

35
36 Deshalb wollen wir die Kulturförderung in Hessen schrittweise ausbauen und schlagen
37 dafür eine Reihe von Maßnahmen vor.
38

39 **Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern**

40 Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt einen besonderen
41 Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Kulturelle Bildung bedeutet gesellschaftliche
42 Teilhabe. Organisatorisch setzen wir dabei insbesondere auf die kulturelle Bildung in
43 den Schulen. Kulturelle Bildung ist aber auch Gegenstand der außerschulischen
44 Jugendarbeit, sie soll verstärkt in den soziokulturellen Zentren, öffentlichen
45 Bibliotheken, Theatern, Kulturvereinen und Vereinen der Brauchtums- und
46 Traditionspflege in Hessen stattfinden.
47

1 Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit an den Theatern, die eine staatliche
2 Förderung erhalten, wird verbindlich gemacht. Die SPD will einen „Innovationsfonds
3 Kultur“ einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im
4 Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.

5
6 Um mittelfristig zu geeigneten, landesweiten Programmen im Bereich der kulturellen
7 Bildung zu gelangen, wird die SPD eine hessische Kommission „Kulturelle Bildung“
8 einberufen.

9

10 Theaterförderung und regionale Kooperation

11 Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und
12 Marburg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir
13 erhalten wollen. Die Hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats-
14 und Landestheater prüfen. Dazu wollen wir eine gemeinsam vom Land und der
15 kommunalen Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen
16 Finanzausgleichs entwickeln, die Verträge mit den Standortstädten der Theater neu
17 fassen und für eine neue Planungskultur sorgen. Neben den Theatern und Gruppen der
18 freien Szene wollen wir mit den Theaterwissenschaften und der hessischen
19 Theaterakademie Produktionsformen entwickeln.

20

21 Museen

22 Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde
23 und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Eine konzeptionelle Verdichtung
24 und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen Museen geboten. Dabei
25 unterstützen wir nachhaltig die Fokussierung der Naturwissenschaftlichen Sammlung
26 der Senckenberg-Gesellschaft. Die Attraktivität der nicht staatlichen
27 Museumseinrichtungen wollen wir in Kooperation mit den Kommunen finanziell
28 unterstützen.

29

30 Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen. Wir werden
31 einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten
32 internationale Kooperationen vorantreibt. Die hessische Sozialdemokratie bekennt
33 sich zur documenta. Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses
34 der einzelnen Museen herauszuarbeiten und zu vermitteln, werden wir ein
35 angemessenes Budget für den kontinuierlichen Sammlungsanbau bereitstellen. Dazu
36 gehört auch die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungsschwerpunkte.

37

38 Soziokultur und regionale Kulturförderung

39 Die Soziokultur hat in Hessen einen festen Platz. Nach wie vor geht es darum, die
40 Gesellschaft durch Kultur zu demokratisieren. Soziokultur ist heute ein wichtiger
41 Beitrag zu einer „Kultur für alle“. Soziokultur ist sowohl eine kommunale als auch eine
42 landespolitische Aufgabe. Wir streben eine Drittelfinanzierung (Land, Kommune,
43 Einnahmen) der soziokulturellen Einrichtungen an. Wir wollen einen Fonds für
44 Gesellschaftskultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und
45 Kunstaktionen einrichten. Wir werden ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der
46 Soziokultur prüfen.

47

1 Kreativwirtschaft und Filmförderung

2 Die Kreativwirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen.
3 Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie,
4 Talent und Toleranz zusammengebracht werden - in der Filmbranche und auch in der
5 Games-Branche.

6
7 Wir werden die Vernetzung der Kreativbranche weiterentwickeln und die Einrichtung
8 von Kreativhäusern prüfen.

9
10 Hessen ist ein Film- und Medienland mit einem besonderen Profil und ermöglicht den Institutionen
11 des Films gute Standortbedingungen. Deshalb wollen wir die kulturelle und
12 wirtschaftliche Filmförderung weiterentwickeln und die Förderinstrumente neu
13 strukturieren. Wir werden die Arbeit der Film und Medienakademie stabilisieren und in
14 die Arbeit des Filmhauses Frankfurt einbinden. Wir werden die eDIT als wichtigstes
15 Filmemacher-Festival erhalten und neu ausrichten sowie den Hessischen Filmpreis neu
16 profilieren.

17

18 Kulturkooperation und Kulturfonds

19 Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich
20 leisten. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Insbesondere der
21 Kulturfonds Rhein-Main und die anderen, im Kulturbereich aktiven Organisationen
22 müssen ihre Arbeit aufeinander beziehen und abstimmen. Die regionalen
23 Kultursommer sind Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.

24

25 Musikförderung

26 Die Förderung der Musik in Hessen ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei gilt es, vor
27 allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung als auch die beruflichen Chancen
28 von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis
29 von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop und zu populären
30 Sparten zu sichern. Wir wollen mit den öffentlichen Musikschulen insbesondere
31 bildungsferne Schichten gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der
32 Kooperation "Schule - Musikschule" deutlich zu verbessern. Dazu müssen die
33 Musikschulen verbindlich gefördert und in ihrer Qualität gesichert werden. Es soll eine
34 Drittelfinanzierung (Land, Kommunen, Unterrichtsentgelte) angestrebt werden. Eine
35 umfassende musikalische Bildung mit Fachkräften muss in das Ganztagschulskonzept
36 eingebunden sein. Dazu gehört auch die Anerkennung für ehrenamtliches Engagement
37 in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und
38 Orchestergemeinschaften.

39

40 Literatur

41 Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen und philosophischen Lebens. Wir
42 unterstützen (Nachwuchs-)Autorinnen und Autoren, deren Veröffentlichungen und
43 das Bemühen, Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und
44 Verarbeitung zu finden. Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit
45 unterstützt und gefördert. Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe
46 von Sponsorinnen und Sponsoren ausweiten. Die großen hessischen Literaturpreise,
47 insbesondere der Georg-Büchner-Preis und die Arbeit der Akademie für Sprache und

1 Dichtung verdienen unsere Förderung. Wir wollen, dass Literatinnen und Literaten
2 einen Beitrag zur kulturellen Bildung auch an Schulen leisten. Es soll ein landesweiter
3 Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während der Buchmesse „Hessen liest“
4 wieder stattfinden. Wir bekennen uns zur Buchmesse in Frankfurt. Sie muss am
5 Standort erhalten bleiben. Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen
6 landesweit gefördert werden. Durch verbindliche Kooperationen mit den
7 Schulbibliotheken sollte es zu keiner Doppelförderung kommen.
8

9 **Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur**

10 Die Entwicklung und die Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes
11 Hessen von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und
12 historischen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten. Wir werden das Netzwerk
13 Ehrenamtlicher im Bereich der Denkmalpflege unterstützen und den Aufbau eines
14 Kulturlandschaftskatasters prüfen.
15

16 Wir wollen die Baukultur in Hessen stärken und unterstützen. Für alle öffentlichen
17 Bauten soll in der Landesverwaltung ein Fachgremium gebildet werden, das
18 Vorschläge für Maßnahmen für „Kunst am Bau“ unterbreitet. Wir werden eine eigene
19 Stiftung Baukultur Hessen schaffen.
20

21 **Bildende Kunst**

22 Wir werden neue Modelle zur Förderung bildender Künstlerinnen und Künstler,
23 insbesondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die
24 dokumentarische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst
25 stärker wahrnehmen. Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell
26 unterstützen und ihre Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung
27 einbeziehen. Wir werden den Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Potentialen
28 entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt, stärken.
29
30
31

32 **8.2 Medien und Netzpolitik**

33

34 **Modernisierung des Rundfunkauftrags**

35 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine Vorbildfunktion. Hier ist bei den Gremien
36 des Hessischen Rundfunks noch Nachholbedarf. Wir streben daher eine Novelle des
37 HR-Gesetzes an, mit dem Ziel einer besseren Beteiligung gesellschaftlich relevanter
38 Gruppen, insbesondere von Frauen, im Rundfunkrat sowie die Transparenz der Arbeit
39 des Rundfunkrates herzustellen.

40 Dies gilt auch für die Versammlung der Landesanstalt für privaten Rundfunk.
41

42 Wir werden prüfen, wie es im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des
43 Rundfunkstaatsvertrages möglich ist, die Angebote des HR länger als sieben Tage im
44 Netz abrufbar zu machen.
45

1 Medienpolitik muss sich in Zukunft weniger mit dem Verhältnis privater und
2 öffentlich- rechtlicher Rundfunkanbieter auseinandersetzen, sondern stärker mit der
3 Konvergenz unterschiedlicher Medien, die einerseits dem Rundfunkrecht und
4 andererseits dem Telekommunikationsrecht unterliegen. Die SPD Hessen setzt dabei
5 primär auf Mechanismen der Selbstkontrolle und Selbstregulierung.
6

7 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der tragenden Säulen in der hessischen
8 Rundfunklandschaft. Wir werden seine Weiterentwicklung in einer veränderten
9 Medienlandschaft im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags begleiten.
10 Grundlage für eine verlässliche Finanzierung sind konstante Gebühreneinnahmen.
11

12 Wir wollen die Landesanstalt für privaten Rundfunk und Neue Medien in ihrer
13 Funktion als Zentrum für Medienpädagogik stärken. Wir werden die nach dem
14 Rundfunkstaatsvertrag den Landesmedienanstalten zustehenden Mittel bereitstellen.
15 Wir sprechen uns für den Bestand und die Entwicklung der nicht-kommerziellen
16 Lokalradios und Medienprojektzentren Offene Kanäle aus. Sie sind integraler
17 Bestandteil der regionalen Rundfunklandschaft und eine wichtige
18 Bürgerkommunikationsplattform, die im Bereich der Medienpädagogik unverzichtbar
19 sind.
20

21 Vielfältige Presselandschaft erhalten

22 Wir wollen die vielfältige Presselandschaft in Hessen. Wir werden prüfen, ob eine
23 Zusammenführung des Landespressegesetzes und des Gesetzes über den Privaten
24 Rundfunk sinnvoll möglich ist.
25

26 Wir setzen uns für eine weitreichende Transparenz der Eigentümerverhältnisse aller
27 Medien ein. Wir wollen, dass im Medienbereich sichere und qualifizierte Arbeitsplätze
28 entstehen. Dazu gehört auch die Einbeziehung der personalrätlichen Betreuung von
29 freien und sogenannten festen-freien Mitarbeitern. Dazu werden die entsprechenden
30 gesetzlichen Grundlagen schaffen. Wir werden darauf hinwirken, dass auch bei den
31 privaten Rundfunkanbietern Mitbestimmung herrscht.
32

33 Guter Journalismus ist eine Grundlage demokratischer Kultur in den Kommunen. Wir
34 unterstützen Initiativen zur Sicherung und Verbesserung journalistischer Arbeit in
35 Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk. Dabei geht es darum, Qualitätsjournalismus zu
36 sichern.
37

38 Medienkompetenz fördern

39 Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation und die Grundlage
40 für lebensbegleitendes Lernen. Medienkompetenz ist für uns auch die Voraussetzung
41 für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Der Bereich der
42 Medienkompetenzförderung soll bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk und
43 Neue Medien (LPR) weiter verbessert und vernetzt werden. Wir werden dafür Sorge
44 tragen, dass es frei zugängliche Lernangebote und Gelegenheiten zum Erwerb von
45 Medienkompetenz in Hessen gibt, insbesondere für Kinder, Jugendliche, ältere
46 Menschen und Menschen, die sozial benachteiligt sind. Ziel ist ein möglichst
47 barrierefreier, selbstbestimmter Umgang mit dem Internet, Computern und
48 Medieninhalten. Des Weiteren gehört für uns zur Medienkompetenz auch die

1 Vermittlung von Wissen über Datenschutz, insbesondere in sozialen Netzwerken, den
2 sogenannten Social-Media Angeboten.

4 Netzpolitik in Hessen

5 Das Internet ist ein freies und offenes Medium. Wir wollen, dass das so bleibt. Jeglicher
6 Form der Einschränkung des freien Zugriffs auf das Netz und seine Inhalte werden wir
7 entschieden entgegenzutreten.

8
9 Rechtsgrundsätze des Datenschutzes müssen gewahrt bleiben. Netzsperrern lehnen wir
10 grundsätzlich ab. Wir setzen uns für die Barrierefreiheit im Netz ein, damit Menschen
11 mit Behinderung das Internet umfänglich nutzen können.

12
13 Bürgerinnen und Bürger, die sich der Diskussion, Nutzung und Weiterentwicklung
14 freier Software widmen, spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von
15 technischem Wissen und helfen aktiv und ehrenamtlich mit, die digitale Kluft in der
16 Gesellschaft zu verringern. Mit Rat und Tat werden wir daher die Aktivitäten solcher
17 Verbände im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel unterstützen.

18
19 Die digitale Welt ermöglicht zunehmend, die Interaktion der Bürgerinnen und Bürger
20 mit staatlichen Institutionen über das Internet auszuüben.

21
22 Wir unterstützen diese Entwicklung insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und
23 des Informationsflusses. Dies beginnt für uns mit der Übertragung von öffentlichen
24 Sitzungen des Landtags im Internet und der rechtsverbindlichen Nutzung von Online-
25 Petitionen durch Bürgerinnen und Bürger.

26 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird eine SPD-geführte Landesregierung Open
27 Source-Alternativen gegenüber den Angeboten konventioneller Software prüfen. Bei
28 rentablen Open Source-Lösungen, die eine Förderung des hessischen Mittelstandes
29 nach sich ziehen, werden diese bevorzugt.

30
31 Wir werden das Urheberrecht mit einer eigenen Bundesratsinitiative weiterentwickeln.
32 Wir stehen für einen gerechten Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den
33 Interessen der Nutzer. Zu prüfen ist die Möglichkeit einer Kulturflatrate.

34
35 Wir werden uns verstärkt mit dem Thema des freien Zugangs zu wissenschaftlichen
36 Publikationen im Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen.

37
38 Die SPD sieht auch im Betrieb von Netzwerk-Infrastruktur Energiesparpotential. Wie
39 fördern energiesparende Informationstechnologien und wollen auch hier die
40 Energiewende vorantreiben.

41

9. Verantwortliche Finanzpolitik

9.1 Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen

Insbesondere die FDP, aber auch die CDU, haben über Jahrzehnte einem ausgezehrteten Staat das Wort geredet, Steuergeschenke für Lobbygruppen durchgesetzt, Steuererhöhungen für Reiche und Hochverdiener abgelehnt, Privatisierungen gefördert, staatliche Verantwortung eingeschränkt und staatliches Handeln geschwächt. Dies rächt sich nun. Der Spalt zwischen Arm und Reich wird immer größer. Zudem können viele notwendige Aufgaben nicht oder nur unzureichend erledigt werden. Im Bereich seiner öffentlichen Investitionen lebt Deutschland von der Substanz.

Aus dem Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass die Reichsten immer reicher werden. Das private Nettovermögen hat sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht - allerdings ist der Wohlstand sehr ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 belief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens.

Zugleich haben sich die Nettolöhne für viele Menschen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So hat sich der Niedriglohnsektor auch in Hessen rasant ausgedehnt. Laut OECD haben sich in keinem entwickelten Land Armut und soziale Ungleichheit so schnell ausgebreitet wie in Deutschland.

Während in Deutschland Geringverdienende und Alleinerziehende vor allem durch Sozialabgaben stark belastet werden, liegt die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Durch die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist automatisch auch die Ungleichverteilung der Vermögen gewachsen. Steigende Ersparnisse von Menschen mit hohen Einkommen verstärken die Vermögenskonzentration. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit, die hohen Vermögen und auch hohe Einkommen angemessener an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote liegt in Deutschland derzeit bei rund 22 Prozent. Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts stehen heute dem Staat weniger Einnahmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zur Verfügung als in vergangenen Jahrzehnten.

Diese Unterdeckung der öffentlichen Haushalte hat viel damit zu tun, dass die notwendigen Einnahmen nicht erhoben wurden und werden, nun aber von denen, die finanziell ihren Beitrag ohne weiteres leisten könnten, jetzt endlich erhoben werden müssen.

1 9.2 Notwendige staatliche Aufgaben

2 Zwar ist in politischen Debatten häufig zu hören, dass die öffentliche Hand über ihre
3 Verhältnisse gelebt habe, aber eine Auswertung der staatlichen Ausgabenentwicklung
4 zeigt, dass diese Behauptung falsch ist. Vielmehr zeichnet sich der deutsche Staat seit
5 Jahren durch einen extrem schwachen Anstieg der Ausgaben aus. In Deutschland sind
6 die Ausgaben der Länder in den Jahren 2001-2011 im Jahresdurchschnitt nominal
7 gerade einmal um 1,5 Prozent gestiegen.

8
9 Wichtige öffentliche Aufgaben werden unzureichend finanziert. So gehen
10 Bildungsforscher davon aus, dass z. B. für Kleinkinder mehr als 200.000
11 Betreuungsplätze bundesweit fehlen Das Ziel von Bund und Ländern, den Anteil der
12 Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ist in
13 weite Ferne gerückt.

14
15 Auch die dezentrale Energiewende ist mit etwa 1,5 bis 2,0 Mrd. Euro pro Jahr in
16 Deutschland unterfinanziert.

17
18 Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit, haben
19 erhebliche jährliche Defizite und sind hoch verschuldet, weil ihnen immer mehr
20 Aufgaben und damit Ausgaben zugewiesen wurden (z .B. für die Kinderbetreuung,
21 Sozialausgaben). Die SPD konnte bei den Verhandlungen zu den Regelsätzen des
22 Arbeitslosengeldes II im Bundesrat durchsetzen, dass die Kommunen durch den Bund
23 für die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet
24 werden. Damit erhalten die Kommunen ab 2015 mehr als 5 Milliarden Euro
25 Kostenerstattung.

26
27 Im Rahmen der Vereinbarung über die Zustimmung der Bundesländer zum Vertrag
28 über den Fiskalpakt wurden auf Betreiben der SPD weitere Kostenübernahmen durch
29 den Bund zugesichert, der sich demnach bei den Kosten für die Eingliederungshilfen
30 für Behinderte (Entlastung ca. 4 Mrd. Euro) stärker beteiligen wird. Eine finanzielle
31 Entlastung für die Kommunen soll es zudem bei der Förderung der Kindertagesplätze
32 und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs geben. Trotzdem bleibt die Lage der
33 Kommunen - insbesondere in Hessen - angespannt.

34
35 Insbesondere der Griff der Landesregierung in die Kommunalkasse in Höhe von 344
36 Millionen Euro ist eine unzumutbare Belastung; der sogenannte Schutzschirm für die
37 Kommunen ist angesichts dieser Tatsache und der erheblichen Verschuldung der
38 hessischen Kommunen unzureichend.

39
40 Bei den öffentlichen Investitionen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Studien zeigen,
41 dass wir z. B. im Straßenbau von der Substanz leben und nicht genügend Mittel
42 bereitstellen, um nur die Ersatzinvestitionen zu tätigen. Nach Eurostat, dem
43 Statistischen Amt der Europäischen Union, investierte der Staat in Deutschland 2010
44 nur 1,64 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Fast 1 Prozent des BIP beträgt damit
45 der Rückstand zum Durchschnitt der staatlichen Investitionen in der Eurozone. Es geht
46 also darum, öffentliche Investitionen für Straßen, Schiene (ÖPNV), Infrastruktur zu
47 steigern.

48
49

1 9.3 Steuergerechtigkeit herstellen

2 Die hessische SPD kämpft für mehr Steuergerechtigkeit. Die Bundes-SPD hat mit
3 Parteitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 ihre Vorhaben für mehr
4 Steuergerechtigkeit dargelegt. Durch 37 Mrd. Euro Mehreinnahmen von Bund, Ländern
5 und Kommunen und einem Subventionsabbau von 14 Mrd. Euro soll ein „Nationaler
6 Pakt für Bildung und Entschuldung“ entstehen. Ab 2016 sollen rund 20 Mrd. Euro den
7 Ländern und Gemeinden durch Mehreinnahmen (10 Mrd. Euro Vermögenssteuer, 3,2
8 Mrd. Euro Rücknahme der Steuergeschenke für Hoteliers und 2,5 Mrd. Euro durch
9 Spitzensteuersatzerhöhung und Umgestaltung Ehegattensplitting) zu Gute kommen,
10 weitere 4,6 Mrd. Euro sollen Ländern und Gemeinden durch Subventionsabbau
11 zufließen. Damit könnte das Land Hessen mit jährlichen Mehreinnahmen von ca. 1,1 bis
12 1,3 Mrd. Euro rechnen.

13
14 Alleine die Einführung einer Vermögensteuer schlägt in Hessen mit rund 800 Mio.
15 Euro, die geplanten Änderungen bei der Einkommensteuer mit rund 200 Mio. Euro zu
16 Buche. Selbst wenn nicht alle Maßnahmen des Subventionsabbaues greifen, verbleibt
17 dort auch nochmals ein Spielraum von rund 150 bis 300 Mio. Euro. Die Einführung eines
18 Mindestlohns könnte rund 120 Mio. Euro Steuermehreinnahmen in Hessen erbringen.

19
20 Nach den Zuführungen des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich würden
21 deshalb beim Land ca. 950 Mio. Euro Mehreinnahmen verbleiben. Den hessischen
22 Kommunen würden rund 300 bis 400 Mio. zusätzlich zufließen. Zudem wollen wir in
23 der Steuerverwaltung des Landes die Zahl der Betriebsprüferinnen und –prüfer sowie
24 Steuerfahnder Schritt für Schritt aufstocken, was sich ebenfalls positiv auf die
25 Einnahmen auswirkt.

26
27 Alle diese Vorhaben sind aus Gründen der Steuergerechtigkeit, aber auch aus dem
28 Grunde erforderlich, um die notwendigen staatlichen Aufgaben angemessen
29 finanzieren zu können.

30 Dass wir in Deutschland Steuergerechtigkeit herstellen und die öffentliche Hand
31 damit in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen, ist für
32 den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden unabdingbar.
33 Durch eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Einnahmen schaffen wir die
34 Grundvoraussetzung dafür.

35 Dafür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der anstehenden
36 Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl gemeinsam ein.

37
38 CDU und FDP haben in ihrer Regierungszeit über 25 Milliarden Euro neue Schulden
39 angehäuft und damit erhebliche Lasten für kommende Haushalte verursacht. Zudem
40 wurde Landesvermögen - vor allem Gebäude - in Milliardenhöhe veräußert. Wir
41 werden den Ausverkauf des Landesvermögens stoppen.

42
43 Schritt für Schritt werden wir die Nettoneuverschuldung zurückführen. Dies setzt ein
44 verantwortliches Ausgabeverhalten voraus. Alle Ausgaben des Landes sind darauf zu
45 überprüfen, ob sie notwendig sind und ob das jeweilige Ziel effektiver als bisher
46 erreicht werden kann. Wir werden z. B. die Bereitstellung öffentlicher Mittel für
47 private Eliteschulen und private Elitehochschulen auf Normalmaß zurückführen. Die
48 Finanzpolitik muss wieder vom effizienten Umgang mit den finanziellen Ressourcen
49 des Landes geprägt sein. Durch verantwortlichen Umgang mit den Landesfinanzen
50 kann aus heutiger Sicht ein dreistelliger Millionenbetrag erschlossen werden. Bei der

1 „Neuen Verwaltungssteuerung (NVS)“ wollen wir Doppelstrukturen abbauen, um
2 Mittel einzusparen.

3 Wir sind uns bewusst, dass Sparen an der falschen Stelle zu hohen gesellschaftlichen
4 Kosten führen kann. Wer unzureichende Bildungsinvestitionen veranlasst, nimmt
5 Zukunftschancen. Wer jungen Menschen keine Perspektive bietet, braucht sich über
6 gesellschaftliche Folgekosten nicht zu wundern. Verantwortliches Sparen ist das Ziel.
7 Die weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben werden wir stoppen. Wir wollen
8 stattdessen ein effizientes öffentliches Management, das nicht auf schnelle
9 Gewinnmaximierung fixiert ist. Scheinbare, kurzfristige Haushaltserfolge durch
10 Privatisierungsmaßnahmen werden oftmals mit deutlichen Belastungen der
11 Bürgerinnen und Bürger oder Leistungsverlechterungen auf mittlere Sicht erkaufte.
12 Die Erfahrungen mit dem Verkauf der Universitätskliniken in Gießen und Marburg, mit
13 der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld, mit öffentlich-privaten-
14 Partnerschaftsmodellen z. B. beim Polizeipräsidium in Kassel oder auch bei
15 Privatisierungskonzepten in der Straßenverwaltung zeigen dies.

16

17 Wir stehen zur in der Hessischen Verfassung mit der Schuldenbremse verankerten
18 Einnahme- und Ausgabenverantwortung von Regierung und Parlament. Wir werden
19 daher eine Bundesratsinitiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer ergreifen,
20 ebenso wie für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen im Erbschaftsfall und
21 die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

22

23 Der gerechte Steuervollzug wird durch eine Verstärkung bei den Steuerfahndern und
24 Betriebsprüfern verbessert werden.

25

26 Die Zahlungen Hessens im Länderfinanzausgleich sind Ausdruck der Verpflichtung aus
27 dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu
28 erreichen. Hessen zahlt in erheblichem Umfang. Wir setzen auf Verhandlungen mit
29 den Nehmerländern, um künftig für Hessen eine günstigere Lösung zu erreichen.

30

31 Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Einnahmeverbesserungen werden wir
32 zielgerichtet für unsere politischen Schwerpunkte verwenden.

33

34 Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode im Landeshaushalt ein „gender
35 budgeting“ einführen, d. h. die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der
36 Haushaltsmaßnahmen beschreiben.

37

38 Zum 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode der europäischen
39 Strukturprogramme ESF (Europäischer Sozialfonds) und EFRE (Europäische
40 Regionalfonds). Bei der inhaltlichen Konzeption des hessischen EFRE-Programmes
41 wollen wir den Schwerpunkt auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten legen;
42 beim ESF-Programm ist ein wichtiges Ziel die deutliche Verringerung der Zahl von
43 Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss. Dies ist ein gutes Beispiel für
44 vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik.

45

46 Wir werden beweisen, dass im Zusammenspiel von klugem Sparen,
47 Effizienzsteigerungen und der Wahrnehmung der Einnahmeverantwortung durch die
48 Erhebung gerechter Steuern und des Setzens politischer Schwerpunkte eine
49 Reduzierung der Schuldenaufnahme und bis spätestens 2020 ein ausgeglichener
50 Landeshaushalt möglich ist, wie ihn die Hessische Verfassung vorschreibt.

Programmkommission

Vorsitz: Gernot Grumbach
Kordinator: Timon Gremmels

Koordinatorinnen und Koordinatoren der Projektgruppen:

Energie und Umwelt:	Melanie Haubrich, Timon Gremmels
Familienland Hessen, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Sport:	Gisela Stang, Dr. Thomas Spies
Gute Arbeit, starke Wirtschaft, mobiles Hessen:	Matthias Körner, Uwe Frankenberger
Gute Bildung von Anfang an:	Kerstin Geis, Heike Habermann
Haushalt, Finanzen und Staatsmodernisierung:	Burkhard Albers, Norbert Schmitt
Integration:	Corrado di Benedetto, Gerhard Merz
Kultur, Medien und Netzpolitik:	Dr. Kerstin Weinbach, Michael Siebel
Ländlicher Raum:	Manfred Schaub, Lisa Gnadl
Mehr Demokratie, liberales und sicheres Hessen:	Günter Rudolph, Nancy Faeser
Metropolen / Stadt- und Regionalpolitik:	Gisela Stang, Marius Weiß
Wissenschaft Forschung und Innovation:	Gernot Grumbach, Lothar Quanz

Redaktionelle Betreuung: Michael Fraenkel